



In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt, Helmut Böhme
Rudolf Hillebrecht, Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Martin Grassnick, Kaiserslautern
Erweiterung historischer Stadtsysteme

Gábor Csanádi / János Ladányi, Budapest
Der Budapester Generalplan von 1871

Dieter Hennicken / Volker Roscher, Aachen
Der Amsterdamer Generalplan von 1934

Gerd Koch / Ann Kathrin Scheerer, Hamburg
Peking baut um

Andreas Feldtkeller, Tübingen
Altstadtsanierung: zum Beispiel Tübingen



ISSN 0170-9364

Die alte Stadt. Vierteljahreszeitschrift
für Stadtgeschichte, Stadtsoziologie
und Denkmalpflege

In Verbindung mit Hans Paul Bahrdt,
Helmut Böhme, Rudolf Hillebrecht,
Eberhard Jäckel und Friedrich Mielke
herausgegeben von Otto Borst

Band 2/ 1985. Zwölfter Jahrgang

Redaktionskollegium: Professor Dr. Otto Borst, Lehrstuhl für Landesgeschichte am Historischen Institut der Universität Stuttgart, Keplerstraße 17, 7000 Stuttgart 1 (Schriftleitung) – Dr. Hans Joachim Fliedner, Leiter der Volkshochschule und des Stadtarchivs Offenburg, Ritterhaus-Museum, Ritterstraße 10, 7600 Offenburg – Professor Dr. Burkhard Hofmeister, Direktor des Instituts für Geographie an der Technischen Universität Berlin, Budapeststraße 44/46, 1000 Berlin 30 – Professor Dr. Rainer Jooß, Historisches Seminar an der Pädagogischen Hochschule Schwäbisch Gmünd, Oberbettlingerstraße 200, 7070 Schwäbisch Gmünd – Professor Dr. Hermann Korte, Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum, Universitätsstraße 120, 4630 Bochum – Architekt Dipl.-Ing. Hellmut Richter, Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern, Oberste Baubehörde, Karl-Scharnagl-Ring 60, 8000 München 22 – Redaktionssektorat: Frauke Borst, Lipperheidestr. 27C, 8000 München 60 – Rezensionsteil und Redaktionssekretariat: Eduard Theiner, Marktplatz 16, Postfach 269, 7300 Esslingen am Neckar.

Die Zeitschrift erscheint jährlich in Vierteljahresbänden mit einem Gesamtumfang von etwa 390 Seiten. Der Bezugspreis im Abonnement beträgt jährlich DM 104,-; Vorzugspreis für Studierende gegen jährliche Vorlage einer gültigen Studienbescheinigung DM 84,- einschließlich Versandkosten und Mehrwertsteuer; Einzelbezugspreis für den Vierteljahresband DM 28,- einschließlich Mehrwertsteuer und zuzüglich Versandkosten ab Verlagsort. Preisänderungen vorbehalten. Abbestellungen sind nur 6 Wochen vor Jahresende möglich.

Verlag, Vertrieb und Anzeigenverwaltung: W. Kohlhammer GmbH, 7000 Stuttgart 80, Heßbrühlstraße 69, Postfach 800430, Tel. 786 31. Verlagsort: Stuttgart. Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Graphischer Großbetrieb, Stuttgart. Printed in Germany.

Redaktionelle Zuschriften und Besprechungsexemplare werden an die Anschrift der Schriftleitung erbeten: 7300 Esslingen am Neckar, Marktplatz 16, Postfach 269, Tel. (0711) 35 76 70. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie fotomechanische und andere Vervielfältigungen bedürfen der schriftlichen Genehmigung des Verlages.

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart Berlin Köln Mainz

Martin Grassnick

Das Problem einer möglichen Erweiterung historischer Stadt-Systeme

Hier soll weder eine Stadtgeschichte noch die Möglichkeit einer Stadtplanung dargestellt werden. Unser Augenmerk richtet sich auf die Frage, wie sich historische Stadtsysteme bei Bedarf sinnvoll haben erweitern lassen. Überprüft man die Literatur des historischen Städtebaues, so fällt auf, daß sich die Untersuchungen und Betrachtungen auf den planerischen und gestalterischen Zustand der jeweils beschriebenen Stadtstrukturen beschränkten. Überlegungen über die Möglichkeiten, historische Städte erweitern zu können, wurden kaum angestellt. Ziel der hier gemachten Ausführungen ist es, die in vorgegebenen alten Stadtanlagen herausgearbeiteten Erweiterungstendenzen als Erkenntnisse in die aktuelle Arbeit des Städteplaners bei Aufgaben der Stadterweiterung einfließen zu lassen.

Herausgegriffen werden zehn typische Städte vergangener Kulturepochen. Damit wird keineswegs eine vollständige Erfassung aller historischen Möglichkeiten angestrebt; doch lassen sich die aus den gewählten Beispielen gewonnenen Erkenntnisse leicht auf andere Stadtsysteme übertragen und anwenden. Im Verlaufe der Untersuchung wird sich zeigen, wie wenig den Stadtplanern, gleichgültig ob sie empirisch oder theoretisch ihre Städte bauten, die Notwendigkeit einer Erweiterung ihrer Stadtidee bewußt war. Nur im letzten Beispiel »Teotihuacán« werden wir ein System erkennen, das schon mit der ursprünglichen Planung – man möchte sagen – unendliche Erweiterungsmöglichkeiten vorsieht. Dies geschieht mittels eines Achsensystems, das jede starren Nutzungs- und Gestaltungsgrenzen vermeidet. Die verwendeten Stadtachsen lassen auch die Deutung von Entwicklungsschienen zu. Die Planer der Stadt Teotihuacán nahmen im Grunde etwas voraus, was die Raumforschung und Landesplanung erst in jüngster Zeit zum Thema ihrer Untersuchungen gemacht hat, wobei deren Planungsabsichten allerdings nicht nur dem Ziel der Stadterweiterung dienen, sondern wesentlich – als Entwicklungsachsen im großräumigen Bereich – auch im Sinne der Verkehrsanbindung angesehen werden.¹

Bevor die ausgewählten Beispiele im einzelnen untersucht werden, ein knapper Exkurs dazu, daß sich das Bedürfnis einer Stadterweiterung manchmal erst gar nicht stellt, sich sogar ein Schrumpfungsprozeß der Stadtgestalt einstellen kann; ein Problem, dem sich die Industrienationen in Mitteleuropa im ausgehenden zwanzigsten Jahrhundert konfrontiert sehen. Dazu gehört auch die Landflucht, die in Italien und Frankreich Dörfer hinterläßt, in

¹ Vgl. H. Kistenmacher u. a., Achsenthematik und Entwicklungsachsen (= Veröff. der Akad. für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 113 u. 133). Hannover 1976 u. 1980.

denen nur noch einige alte Menschen, die nicht mehr umgepflanzt werden wollen, auf ihren Tod warten; ein Problem, das der Strukturplanung im ländlichen Raum erhebliche Sorgen bereitet. Auch Städte – die ja wesentlich Ziel der Landflüchtigen sind – kennen das Phänomen schrumpfender Bevölkerungszahlen infolge kinderschwacher Jahrgänge und Abwanderung in das Umland. In der Vergangenheit der Städte gab es viele Gründe zur Entvölkerung, die die Mauern zu weit werden ließen. Nachdem die Völkerwanderung der Macht der römischen Kaiser ein Ende setzte und deren Herrschaftszentrale Rom die Lebensgrundlage raubte, konnten weder Frühchristentum und Mittelalter noch Renaissance und Barock – trotz allen Glanzes am päpstlichen Hof – die Weite innerhalb der römischen Stadtmauern wieder füllen. Erst im 19./20. Jahrhundert drängen neue Wohnviertel über die aurelianischen Mauerzüge hinaus in die Landschaft Lazio's.

Ein interessantes Beispiel bietet Trier. 460 von den Römern verlassen, wird die Masse der Gebäude zerstört. Bis zu vier Meter Höhe lagerte sich der Schutt im Laufe der Jahre über das römische Stadtniveau. Römische Großbauten, aus haltbarem Stein errichtet, blieben in diesem Trümmerfeld stehen. In sie und um sie drängen sich die wenigen, dem Massaker entkommenen Menschen. Das Christentum richtet sich in den Ruinen – z. B. der Porta Nigra – ein. Die Bischöfe durften nicht mit den römischen Beamten fliehen, denn im Konzil von Nicaea (325) war bestimmt, daß sie bei ihrer Herde zu bleiben hätten. Um die Großbauten von Trier erwachsen nach und nach Wohnquartiere. Die im Trümmerfeld entstehenden Wege und Trampelpfade verbinden die Kristallisationspunkte der Stadt auf kürzester Strecke miteinander. Es bedurfte aber der gesamten Epoche des Mittelalters, um die alte römische Stadtfläche Triers neu zu bebauen und damit zu bewohnen.

Nicht zu übersehen ist auch die Entvölkerung unserer Städte durch die großen Pestepidemien, vornehmlich im 14. Jahrhundert. Zwischen einem Drittel bis zur Hälfte der Bevölkerung starb hinweg. Nicht zu vergessen wären auch die Schrecken des Dreißigjährigen Krieges 1618–1648, der zu einem ähnlich großen Aderlaß der Bevölkerung führte. Es ist leicht vorstellbar, wie sich solche Katastrophen auf das Gesicht der Städte auswirkten. Von einer Stadterweiterung konnte in der Zeit der geschilderten Fälle sicherlich nicht die Rede sein.

Die Städte der geschichtlichen Vergangenheit – wobei der Feststellung für alle Kulturepochen gleichermaßen Gültigkeit zukommt – haben alle eine Flächenausdehnung besessen, die sie überschaubar ließ und alle Punkte der Stadt zu Fuß, in zumutbaren Entfernungen erreichbar machte. Auch einzelne Großstädte wie Rom, Bagdad oder Konstantinopel überschritten – im Wortsinne – nicht eine »fußläufige« Ausdehnung. Sollte eine historische Stadt erweitert werden, muß diese fußgerechte Ausdehnung beibehalten werden, um ein soziales Zusammenleben der Gesamtstadt zu gewährleisten. Ernsthaft wandelte sich das Gesicht der Städte erst mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert und deren Folge: der Erfindung schneller und weitreichender Transportsysteme.

Wir sind allzuleicht geneigt, bei Erwähnung von Stadtbauproblemen zu sehr unsere westlichen Industriestädte vor dem geistigen Auge aufsteigen zu lassen, nicht bedenkend,

wie sehr auch andere Kulturkreise ein eigenes Gesicht ihrer Städte gestalteten. Um so eindeutiger gilt dies von Kulturen, die mehr oder weniger untergegangen sind. Dies veranlaßt uns – gerade weil es sich um geschichtliche, das heißt abgeschlossene Stufen der Stadtbaukunst handelt –, den Bogen der sich bietenden Beispiele in zeitlicher wie geographischer Weise weit zu spannen.

I. Ägyptischer Kulturkreis

Die Stadt Illahûn (Kahun) in der Oase Fayum

Von den Städten der Pharaonen steht nichts mehr. Sie waren aus Nilschlammziegeln erbaut – ein allzuleicht vergänglicher Baustoff. Nur die Tempel der Götter hat man in unvergänglichem Stein errichtet, für die Ewigkeit eines unverlierbaren Lebens bestimmt. Viele Städte im alten Ägypten entbehren einer planerischen Grundkonzeption. Labyrinthartig schlängeln sich die Straßen mit ein- und mehrgeschossigen Häusern um die Kultbauten.²

Doch finden sich auch geplante Städte. Dazu gehören Theben, Dair-el-Medine, Amarna. Ebenso gibt das Ramesseum in West-Theben eine ausgezeichnete Vorstellung einer vorgeplanten Residenzstadt, mag sie hier auch als Stadt der Toten gebaut sein. Ihre ganze Struktur entspricht dem Abbild einer Stadt der Lebenden. Eine gute Vorstellung einer soziologisch geordneten und vorgeplanten Stadt vermittelt uns die Stadt Illahûn (Kahun)³ am Zugang der Oase Fajum. Errichtet hat sie Pharao Sestostris II. (12. Dynastie; 1906–1888 v. Chr.). Die Orientierung ist genau nord-südlich. Erhalten blieb der nördliche Teil, der südliche ist im Laufe der Zeit abgeschwemmt worden.

Wir sehen eine Wohn- und Marktstadt für viele Menschen auf engem Raum, die nochmals von einer starken Mauer in einen schmalen westlichen Stadtteil für die ärmere arbeitende Bevölkerung und einen breiten Stadtteil der Vornehmen geteilt ist. Kleine Einraumhäuser, Reihenhäuser und ausgedehnte Wohnhäuser mit bis zu 80 Räumen und 8 Höfen füllen die Wohnquartiere. Es gibt Marktstraßen; Marktplatz und Tempelanlagen im südlichen Stadtteil sind wahrscheinlich. Bequeme Straßen – in rechtwinkligem Schema – bis neun Meter Breite durchziehen die Quartiere. Die ganze Stadt, von etwa 350 × 400 m rechteckigen Umfangs ist von einer glatten Mauer ohne Wehrtürme umgeben.

Vermißt wird beim Studium der archäologischen Pläne die sonst in ägyptischen Städten übliche Begrünung durch die Anlage von Gärten. Für Kahun gilt nicht das Wort Ramses' III.: »Ich habe aus der ganzen Erde Bäume und Pflanzen sprießen lassen, ich habe gesorgt, daß die Menschen im Schatten sitzen können.«⁴ Wir wissen auch von wilder Bebauung in

² G. Posener u. a., Lexikon der ägyptischen Kultur. Wiesbaden 1960, S. 249.

³ P. Montet, So lebten die Ägypter. Stuttgart 1960, S. 15; hier wird Illahun als die Stadt »Hetep-Semusrit« und nach Fußnote 1 auch »Gurob« genannt.

⁴ Papyrus Harris, I. 78,8.

den schönen Grünanlagen oder in den Vorhöfen der Tempel.⁵ In der eng gebauten Stadt Kahun ist Freiraum nicht nachweisbar und auch wegen der Stadtstruktur gar nicht möglich. Der letzte Raum wurde bebaut. Nur hundert Jahre war die Stadt mit Leben erfüllt – danach, ohne daß wir wissen warum, wurde sie verlassen.



Abb. 1 Illahun (Kahun) in der Oase Fayum, Ägypten (Umzeichnung nach K. Michalowski, Ägypten, Freiburg 1969 u. E. Gassner, Geschichte des Städtebaus, Bonn 1972.)

Zur Möglichkeit, Kahun zu erweitern

Betrachtet man den Gesamtstadtplan, so könnte der Eindruck aufkommen, daß der Westteil – ein sich über die ganze 350 m breite Seite erstreckendes, mit Kleinstwohnungen gefülltes und durch die Nord-Süd-Mittelmauer vom Ostteil der Stadt getrenntes Quartier – eine Stadterweiterung darstelle. Wir wissen aber, daß in diesem Quartier die Arbeiter oder Sklaven lebten, die beim Bau der Stadt selbst und vor allem bei der Errichtung der ausgedehnten Nekropolis von Kahun eingesetzt worden waren. Wir müssen hier eine

⁵ G. Posener, *La première domination perse en Egypte*. Kairo 1936, S. 15f.

soziologische Trennung zweier unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sehen, die ganz im Sinne des hierarchischen Aufbaus der ägyptischen Gesellschaft liegt. Wenn man die Gestalt der Stadt Kahun als eine geplante Konzeption ansieht, so kann es nicht gelingen, geeignete Erweiterungen anzugliedern, ohne dieses Gesamtkunstwerk zu beeinträchtigen. So gesehen müssen die Planer von Kahun bei der Gründung der Stadt die Möglichkeit einer Erweiterung überhaupt nicht ins Auge gefaßt haben. Jedem Bewohner war seine Funktion zugewiesen, ein Bevölkerungsschub war ausgeschlossen, weil auch gar keine neuen Strukturen erwünscht waren; der ägyptische Staat war auf Beharrung ausgerichtet.

Wir halten fest: Diese geplante ägyptische Stadtanlage bietet keine gestalterisch sinnvolle Lösung für eine Stadterweiterung an. Die zweite, kaum 30 Jahre bewohnte und durch Ausgrabungen beispielhaft erhaltene Stadt El-Amarna (von Amenophis IV. 1375–1358 v. Chr. errichtet), zeigt zwar ein interessantes Zentrum mit aufeinander ausgerichteten Tempel- und Palastbauten an drei Hauptstraßen, doch die anschließenden Wohnquartiere der Bevölkerung wuchern unregelmäßig und ohne Planung in die Landschaft hinein (Agglomeration). Der ganzen Stadt ist ihr überstürzter Ausbau anzumerken. Somit scheidet auch diese Stadt für unsere Betrachtung als unergiebig aus.

II. Mesopotamischer Kulturkreis

Die Stadt Babylon zur Zeit Nebukadnezars II.

Um 3000 v. Chr. ist Babylon, am mittleren Euphrat gelegen, schon als Siedlung nachgewiesen. Eine der größten Herrscherpersönlichkeiten der Weltgeschichte und weiser Gesetzgeber, Hammurabi (1792–1750 v. Chr.), macht aus Babylon seine glänzende Regierugsstadt. Nach einer fast 1200jährigen Tradition wird diese Metropole von dem assyrischen König Sanherib 689 v. Chr. völlig zerstört. Schon bald danach, ab 680 v. Chr., wird Babylon aus handelspolitischen Gründen durch den Baumeister Asarhaddons, unter Rücksicht auf vorgegebene Strukturen – besonders der Tempel – wieder aufgebaut. Ihre höchste Blüte – die Stadt zählt jetzt zu den sieben Weltwundern – aber auch der letzte Akt sumerisch-akkadischer Geschichte⁶ – fällt in die Regierungszeit Nebukadnezars II. (604–561 v. Chr.).

Zwischen 1899 und 1917 haben Grabungen das Gefüge Babylons ans Tageslicht gebracht. Wir finden eine ausgedehnte Großstadt: mit einer turmbewehrten Doppelmauer und vorgelagerten Wassergräben wird ein schiefes Rechteck von 2,6 auf 1,5 km als Stadtgrundriß gebildet, den der Euphrat durchschneidet. Der westlich vom Fluß gelegene Stadtteil gilt als Neustadt.

Zeigen wir knapp die geplante Struktur der Stadt auf. Entlang des Euphrats dehnen sich die Tempel und im Norden der Palast aus. Die Ausmaße reichen schon an das Gigantische heran. Der Marduk-Tempel hat eine Ausdehnung von 500/450 m. Die unter I. behandelte

⁶ H. Schmökel, *Ur, Assur und Babylon*. Stuttgart 1955, S. 142.

ägyptische Stadt Kahun nahm dagegen eine Gesamtfläche von 400×350 m ein. Imponierend in der Großstadt Babylon ist das Groß-Straßennetz. Hervorzuheben die Brückenstraße, die die Altstadt über eine feste Brücke mit der Neustadt verbindet und schon mit einem Plattenbelag ausgestattet war. Westlich der Großbauten, parallel zum Strom, verläuft die ebenfalls gepflasterte Prozessionsstraße. Nicht der Fahrverkehr, sondern die prunkvollen Prozessionen zu Ehren der Ishtar bedingten die überproportionale Breite dieses »Boulevards«. Die bewußte Planung wird durch die konzeptionelle Symmetrie der Alt- und Neustadt deutlich, ist aber nicht kleinlich bis in das Detail im Sinne unserer Renaissance-Barock-Architektur durchgeführt.

Ob repräsentative Großbauten oder bürgerliche Wohnbauten, hier gibt es keine Symmetrie. Ins Auge fällt, wie sich die Palastfestung auf der Nordseite der Stadt über den Mauerzug schiebt. Eine Eigenart, die typisch für mesopotamische Städte ist und besonders

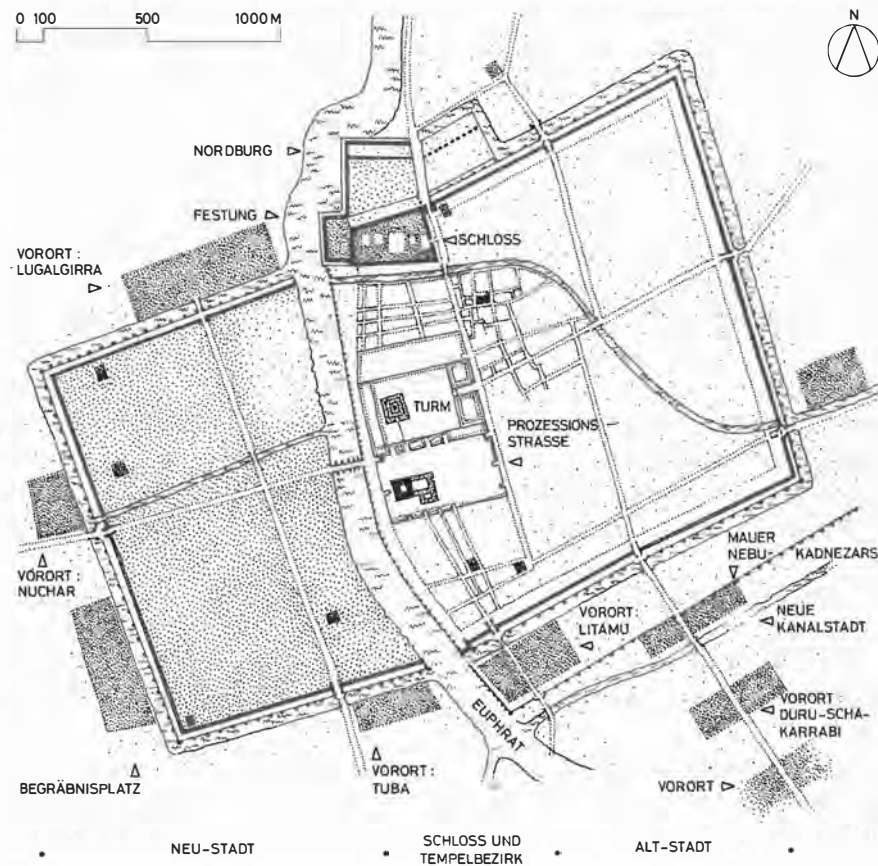


Abb. 2 Babylon in Mesopotamien (Umzeichnung nach E. Unger, Babylon, Berlin – Leipzig 1931).

gut bei der Stadt Dur-Scharrukin beobachtet werden kann. Hier wird deutlich, wie sich das königliche Machtzentrum von der Stadt abzuriegeln und abzusetzen versucht. Die Größe aller Bauwerke ist sozial bedingt. Die volkreichen Quartiere zwischen den Achsenstraßen sind ohne Sinn für Ordnung⁷ und mit dem bekannten orientalischen Straßengewirr gewachsen; gegen den Stadtrand finden sich Hausgärten.

Nebukadnezar führt um die Altstadt einen weiteren äußeren 11 km langen Mauerring, der sich jedoch nicht an die geometrische Form der Altstadt anlehnt. In diesem Mauerbereich liegen zwar einige Vororte, er war aber sonst nicht besiedelt, sondern diente im Kriegsfall als Fluchtbereich und als landwirtschaftliche Fläche für die umlebende Landbevölkerung. Südlich der Außenstadtmauer liegen einige weitere ungeschützte Vororte. Im Laufe der Geschichte ist die Stadt von 400 ha auf 2000 ha Fläche gewachsen. Man hat eine Bevölkerungszahl von etwa 360 000 Menschen errechnet, fürwahr eine Großstadt!

Zur Möglichkeit, Babylon zu erweitern

Unser Plan macht diese schon deutlich: Organisch und der Gesamtkonzeption angepaßt, die Stadt als Gesamtkunstwerk erhaltend, ist die schon unter Nebukadnezar II. angelegte Neustadt. Die im Plan ausgewiesenen Vororte muten willkürlich an. Sie ordnen sich in keiner Weise der Planidee unter, verunklären das Stadtbild, wobei es gleichgültig bleibt, ob diese Vororte auf schon bestandene dörfliche Siedlungen oder als Erweiterungsvororte nach einer Übervölkerung der ummauerten Stadt entstanden sind. Das Beispiel Neubabylon macht dem Städteplaner die Unmöglichkeit, eine solche geplante, klar umgrenzte Stadtanlage unbeschränkt zu erweitern, augenscheinlich: Die ungeordneten Vororte im Weichbild der Stadt liefern ein hierfür deutliches Zeichen. Auch die nebukadnezarsche Außenmauer kann schon von ihrer Zweckbestimmung (Fluchtburg) her nicht als eine sinnvolle Stadterweiterungskonzeption gewertet werden.

III. Griechisch-hellenistischer Kulturkreis

Die Stadt Milet

Wie in vielen Bereichen des Geistes und der Kultur verdanken wir den Griechen bei der Planung und Ausgestaltung der Stadtidee reiche Impulse. Im Vergleich mit den Metropolen der Gott-Könige in Ägypten und Mesopotamien stellen die Griechen den Menschen in seiner maßstabgebenden Individualität⁸ in den Mittelpunkt der Stadtgestaltung. Polis bedeutet den Griechen die Stadt (Stadtstaaten), dies jedoch unter Einbeziehung des gesamten sozialen und kulturellen Daseins. Unser heutiger Begriff »Politik« leitet sich von dem griechischen »Polis« ab.

⁷ G. Contenau, So lebten die Babylonier und Assyrier. Stuttgart 1959, S. 40.

⁸ Individualität in der Bedeutung »Einzigkeit«.

Im griechischen Raum sind unterschiedliche Stadtformen entstanden, wobei die Kolonisationsstädte für den Gedanken der Stadtplanung eine besondere Bedeutung haben. Hunderte Städte sind vom griechischen Mutterland und dann wieder von den Kolonialstädten im Mittelmeerraum in relativ kurzer Zeit gegründet worden. Von Milet allein gingen 80 Stadtgründungen aus. Hierbei muß es zwangsläufig zu der Einsicht der Verantwortlichen und Planer kommen, Straßenlinien und die daraus sich bildenden Baublöcke vorgeplant festzulegen. So schafft die Häufigkeit von Stadtgründungen Stadtgestaltungsregeln und so stellt sich folgerichtig die Weiterentwicklung zum parallelen Straßensystem ein, erhalten die Baublöcke regelmäßige Gestalt.⁹ Quadratische oder rechteckige Häuser passen besser und zweckmäßiger in das Stadtsystem. In der Literatur findet sich für diese Art der systematischen Stadtform der Begriff: Hippodamisches System (nach Hippodamus von Milet).

Hippodamus (geb. um 500) kann sicherlich nicht die abstrakte Erfindung des nach ihm benannten Systems für sich in Anspruch nehmen. Dafür waren diese Planidee und vorausgehende Versuche viel zu bekannt. Allerdings kann seine Mitwirkung bei der Anwendung dieses Straßenprinzips in Milet als gesichert gelten. In Piraeus war Hippodamos dann schon als verantwortlicher Planer der neuen Stadtanlagen tätig¹⁰ und hat dort eine großartige Leistung vollbracht.

494 v. Chr. zerstörten die Perser Milet. Sie wollten die Stadt physisch vernichten. Große Teile der Bevölkerung wurden verschleppt. Trotzdem kehrten geflüchtete Bürger zurück, die schon ab 479 die Stadt neu erstehen lassen. Gerkan¹¹ glaubt – das ist wichtig für uns – an die volle Gesamtplanung der Stadt um diese Zeit und eine langsame Besiedlung in den folgenden Jahrhunderten (wobei hier der Hinweis auf so manches Hypothetische im vorliegenden Gesamtplan angebracht wäre, da die Stadt im Ganzen nur unvollständig ausgegraben werden konnte).

Vier Bauphasen sind festzuhalten:

1. Periode 5.–4. Jh. v. Chr.
2. Periode Mitte des 2. Jh. v. Chr.
3. Periode 1. Jh. v. Chr. – 1. Jh. n. Chr.
4. Periode 2. Jh. n. Chr.¹² (röm. Zeit, in ihr hat die Stadt ca. 80–100 000 E).

Somit erstreckt sich die Stadtentwicklung über 7 Jahrhunderte. Diese Tatsache sollte sich jeder Planer in der heutigen Zeit bewußt vor Augen halten; ist es doch auch im Städtebau üblich geworden, daß die Planenden erleben können, wie ihr Werk noch in der gleichen Generation als altes Eisen dem Vergessen überantwortet wird.

⁹ A. v. Gerkan, Griechische Städteanlagen. Berlin 1924, S. 31 ff.

¹⁰ Ebda., S. 42 ff.

¹¹ Ebda., S. 40 f.

¹² Nach K. A. Doxiades, Raumordnung im griechischen Städtebau. Heidelberg 1937.

Betrachten wir den Stadtplan von Milet etwas genauer, so drängt sich unmittelbar die Annahme auf, daß hier ein erfahrener Planer gewirkt haben mußte. Diesem Baumeister war die gesamte Erfahrung seiner Epoche bewußt und er kannte sehr genau alle damaligen Wünsche an die Gestalt der Stadt. Wir sehen, wie sich die Straßenführung in ihrer

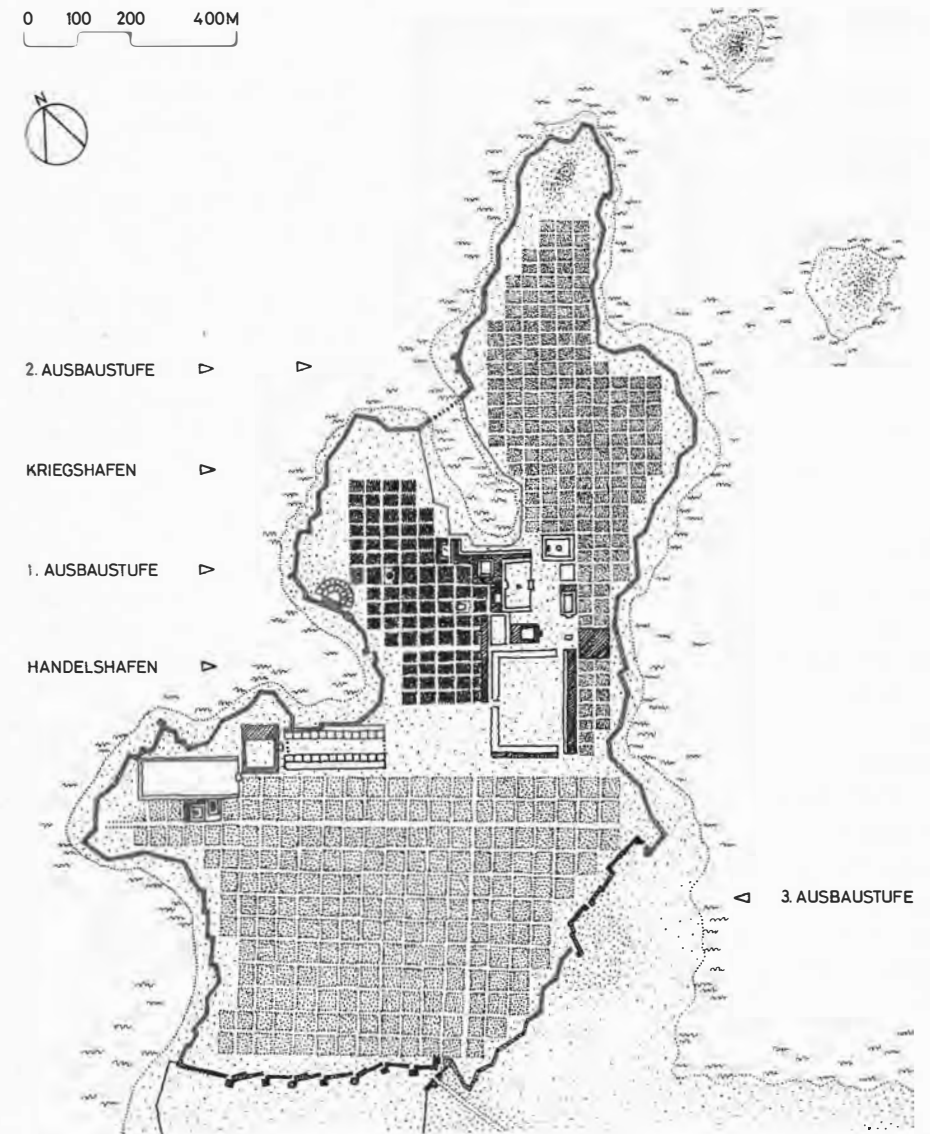


Abb. 3 Milet in Kleinasien (Umzeichnung nach A. v. Gerkan, Griechische Stadtanlagen, Berlin 1924).

Hauptverkehrsrichtung von Nord nach Süd der langgestreckten Halbinsel anpaßt. Bei aller Regelmäßigkeit des Straßennetzes ist die Topographie geschickt genutzt und den hygienischen Forderungen nach günstigen Wind- und Himmelsrichtungen Rechnung getragen. Ein Straßenpflaster konnte in Milet nicht nachgewiesen werden. Die Straßenbreite beträgt ca. 4,40 m.¹³ Die Querstraßen schaffen im Zentrum der Gesamtanlage eine praktische Verbindung zwischen Markt- und Handelshafen. Die beiden nördlichen Stadtteile, welche den Kriegshafen einschließen, werden gelenkartig durch öffentlich-soziale Gebäude miteinander verbunden. Der südliche – auch in seinen Baublöcken – größere Stadtteil hat nochmals ein städtebaulich geschickt angelegtes öffentliches Zentrum an seiner Nordseite. In einem hervorragenden Spannungsverhältnis werden so die drei Stadtteile zusammengehalten und ein gemeinsamer städtischer Mittelpunkt geschaffen. Nach welchen planerischen Gesichtspunkten die verschiedensten öffentlichen Gebäude angelegt worden waren, läßt sich nicht mehr nachweisen.¹⁴

Eine letzte städtebauliche Steigerung erfährt Milet durch die Errichtung des Theaters auf der Nordseite des Handelshafens; das ansteigende Gelände geschickt ausnutzend, grüßt das Rund – imaginär mit umfassenden Armen – jedes in den Hafen einlaufende Schiff. So entstand in Milet eine vorausgeplante, in 7 Jahrhunderten geschickt ausgewogene und gegliederte Stadt. Alexanders Öffnung des Orients brachte durch Handel den für den Bau der Stadt erforderlichen Reichtum.

Zur Möglichkeit, Milet zu erweitern

Hier müssen wir wiederholen, wie die Idee der Stadtplanung in ganzer Ausdehnung vorgegeben war. Das Hemd – bildlich gesprochen – war für die Zeit der Planerstellung viel zu groß bemessen. Es dauerte ganze 700 Jahre, bis die vorgegebene Grundplanung mit Leben erfüllt war. Hier wird schlagartig deutlich, wie weitblickend die Planung Milets war, indem sie von vornherein die Räume für ein Wachstum vorgesehen hatte. Die Entwicklung in Milet dürfte vom mittleren 1. Teil (Grundstücksgröße 380 m²), der zwischen Handels- und Kriegshafen liegt, ausgegangen sein. Es folgte der 2. Ausbau (Grundstücksgröße 760 m²) in der Nordspitze, der Halbinsel zu, zuletzt der Süd-Stadtteil 3 mit Grundstücksgrößen von 1520 m².

In Milet stellte sich zu keiner Zeit das Problem, die Stadt neuerlich zu erweitern.

Wäre der Fall trotzdem eingetreten, hätte sich der Bereich südlich des 3. Stadtteils angeboten. Milet bietet, wie wir gesehen haben, eine Lösung an, die, wenn nicht gerade einmalig in der Stadtbaugeschichte, aber doch von wegweisender Vollkommenheit ist.

¹³ Gerkan, Städtanlagen (s. A 9), S. 82, 86.

¹⁴ Ebda., S. 63. Hier wird darauf verwiesen, daß schon Aristoteles für die Verteilung der Plätze, Heiligtümer und Magistraturen ein bestimmtes Schema nicht zu erkennen vermochte.

IV. Römischer Kulturkreis

Die Stadt Timgad

Das römische Imperium bildete ein einzigartiges Auffangbecken, in dem sich menschliche Erfahrung sammelte. Childe¹⁵ formuliert damit sehr prägnant die Gabe der Römer, zu organisieren, sich anderer Völker Geistesgut dienstbar zu machen, was sich gerade im römischen Städtebau nachempfinden läßt. Und trotzdem waren den Römern Grenzen gezogen, wie wir sie am Beispiel der afrikanischen Stadt Timgad erkennen werden: Timgad (Thamugadi), eine typische geplante römische Militärsiedlung,¹⁶ 100 n. Chr. von Trajan gleichzeitig mit der Veteranenstadt Ulpia Trajana bei Xanten erbaut, nach 500 zerstört, von den Byzantinern in der zweiten Hälfte des 7. Jh. n. Chr. neu besiedelt. Die ursprüngliche, fast quadratische Stadt hat die Ausmaße von 367 × 324 m. Die innere Gliederung entspricht dem im gesamten römischen Reich beim »castrum« angewendeten Schema mit Cardo und Decumanus. Die Stadt muß in einem Zuge errichtet worden sein. Ausgestattet ist Timgad mit Forum, Theater, Arena, Thermen. Die klare Regelmäßigkeit der Stadtplanung deutet auf einen erfahrenen Militärbaumeister, der in Rom seine fachliche Ausbildung erfahren hatte und die Gestaltung der wie eine umgesetzte Idealplanung wirkenden Gesamtanlage als Kunstwerk nach mitgebrachten festen Vorstellungen ausführte.

Nun liegen zwischen Gründung und Neubesiedlung durch Byzanz rund 600 Jahre; der heutige archäologische Ausgrabungszustand entspricht dem 7. Jh. n. Chr. In den 600 Jahren hat sich das innere Stadtbild kaum, das äußere dagegen entscheidend gewandelt. Das Land war befriedet, die militärische Aufgabe als Festung trat in den Hintergrund, Erweiterungswünsche für die Siedlung entstehen. Im Plan läßt sich dies gut durch die Errichtung von Tabernen an der Westseite Timgads erkennen. Die Stadtmauer und der Graben sind hier durchbrochen und fast ganz überbaut.

Die Stadt wollte wachsen, konnte dieses Vorhaben jedoch – von der Planidee aus betrachtet – gestalterisch nicht bewältigen. Nach und nach entstehen neue »canabae«, meist im Verlauf der Ausfallstraßen. Auch größere öffentliche Gebäude wachsen im Weichbild der Stadt. Der Plan vermittelt uns ein großartiges Bild von der Gründungs-Stadtsituation und von den unzulänglichen Versuchen, einer Übervölkerung durch Erweiterung gerecht zu werden. Der imperiale Anspruch Roms kollidierte mit der Wirklichkeit des Lebens, wie sich auch die soziale Struktur im Laufe der Jahrhunderte änderte. Timgad ist kein Einzelfall. Betrachten wir den Plan des »castrum Romanum« Piacenza,¹⁷ so wird das Auswuchern der canabae überdeutlich.

¹⁵ G. Childe, Stufen der Kultur. Stuttgart 1952, S. 329.

¹⁶ Über die Herkunft der römischen Viererstadt vgl. W. Müller, Die heilige Stadt. Stuttgart 1961, S. 9–51.

¹⁷ M. Morini, Atlante di storia dell' urbanistica. Milano 1963, Fig. 293.

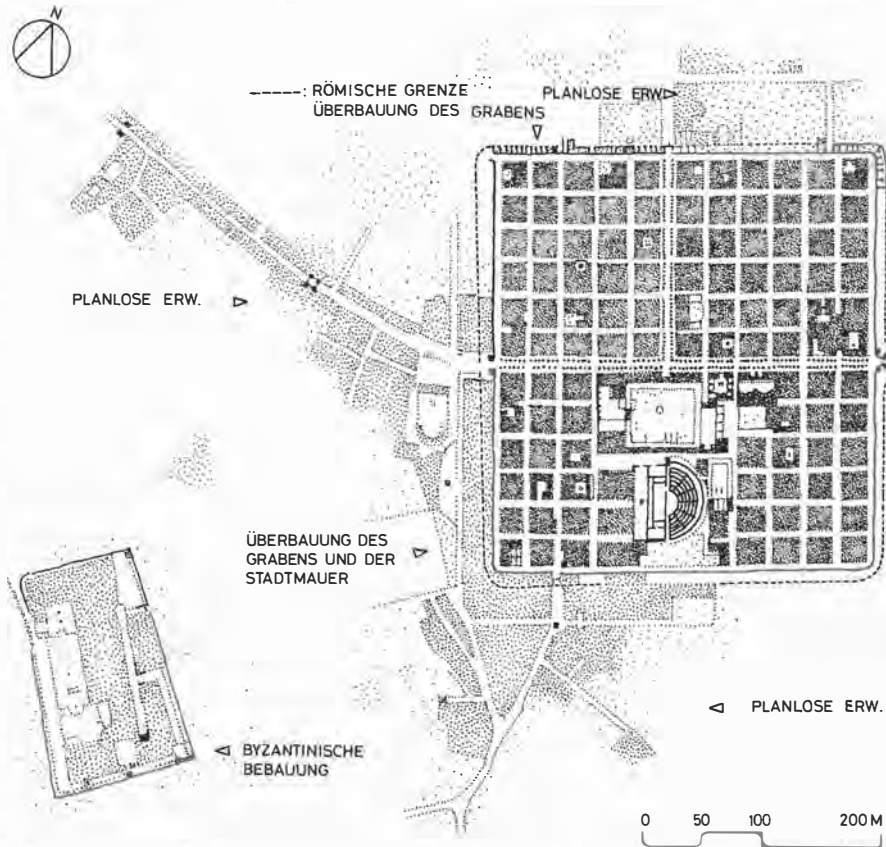


Abb. 4 Timgad in Nordafrika (Umzeichnung nach Westermanns großer Atlas zur Weltgeschichte, Braunschweig 1969).

Zur Möglichkeit, Timgad zu erweitern

Wie wir gesehen haben, zeigen die römischen Militärstädte, die im Grunde für eine festgelegte Aufgabe errichtet worden waren, eine Starrheit, die eine organische Erweiterung überhaupt nicht zuläßt, wollte man an der Planidee als Idealstadtstruktur festhalten. Auch die Militärbaumeister waren in ihren gestalterischen Fähigkeiten nicht beweglich und kreativ genug, um eine organisch begründete Stadterweiterungsidee zu entwickeln. Es mußte zu oben geschilderten Auswucherungen entlang der Ausfallstraßen kommen. Man mag den Stadtplan von Timgad oder anderer römischer Städte dieser Form verändern wie man will, jede – auch auf die Symmetrie Rücksicht nehmende – Stadterweiterung verfremdet den Grundplan, enthebt ihn seiner Übersichtlichkeit. Da hilft auch keine

»Zwiebelschalenmethode«. ¹⁸ Das »castrum Romanum« ist eine Stadtform, die sich nicht befriedigend erweitern läßt. Die Römer haben noch nicht einmal einen Versuch hierzu gemacht.

V. Europäisches Mittelalter

Betrachtet man das Werden der Stadt während des frühen Mittelalters im zentralen europäischen Bereich, so fallen in grober Unterscheidung zwei Gestaltformen auf: die römischen Städte, die nach den Stürmen der Völkerwanderung weiterleben und römische Strukturen beibehalten und Städte, die sich aus unterschiedlichen Gründen, insbesondere in denjenigen Teilen Europas entwickeln, die nie römisches Territorium gewesen waren. Nicht übersehen werden darf, wie in merowingischer und noch in langobardischer Zeit in den römisch gegründeten Städten, deren Lebensfunktionen erlöschen, das Wirtschaftsleben absinkt. Erst nach den Karolingern erwächst unter den römisch-deutschen Kaisern neuer Lebenswille. Die geistlichen und adligen Sitze werden Ansatzpunkte erwachenden Städtebaues. Allein der König konnte Privilegien und Rechte für Stadtgründungen erteilen. Neben den Grafen werden zunehmend Bischöfe und Äbte Lehensträger und damit Landesherren. Unter Otto I. wird das Rechts- und Wirtschaftsleben so kompliziert, daß er von seinen Hoheitsrechten einige – die insbesondere die Stadtgründung betreffen – an Lehensträger abgibt. Diese können nunmehr selbst Stadtrechte verleihen: Markt, Münze, Zoll. Später, im 12. Jahrhundert, kommen die niedere Rechtsprechung, die städtische Selbstverwaltung, die Stadtbefestigung hinzu. Neben der Burg sind Bischofssitze und Klöster – ermöglicht durch die übertragenen Hoheitsrechte – Orte, um die herum sich Städte entwickeln. Im Schutze solcher Herrnsitze siedeln sich Händler und Handwerker an.

Hildesheim, eine Bischofsstadt

Nach 814 war das Bistum unter Ludwig dem Frommen begründet worden. Der Bischof schützt sich durch eine Burg um den Dom. Um 1000 ist der Straßenmarkt zwischen der Burg und dem um diese Zeit entstandenen St. Michaelskloster an der wichtigen Fernstraße von Westen nach Osten nachweisbar. Weitere Klöster, alle für sich befestigt, obgleich im Weichbild der Bischofsburg gelegen, entstehen nacheinander. Zwischen diesen Klosterfestungen füllt sich die unbefestigte Bürgersiedlung. Eine planerische Ordnung läßt sich nicht ablesen. Um 1125 entsteht eine erste Erweiterung nordöstlich der Bischofsburg. Sie ist mit einer Mauer umgeben. Eine innere Ordnung ist nur in der Tatsache zu erkennen, daß der Markt mit eigenem Rathaus und Pfarrkirche seinen Standort selbständig behauptet.

¹⁸ Die Zwiebelschalenmethode ist z. B. bei der indischen Stadt Nandyavarta angewendet worden, d. h. um einen Stadtkern wurden – wie Zwiebelschalen – Siedlungsringe gelegt, die von innen nach außen bewohnt wurden durch Brahmanen, Krieger, Kaufleute, Handwerker, Arbeiter. Plan bei: Müller, Heilige Stadt (s. A 16), Abb. 32.

tet. Wiederum wächst die Bevölkerung; um 1220 entsteht östlich der Bischofsburg und dem St. Godehardkloster eine Neustadt. Auch sie ist für sich befestigt und weist einen großen zentralen Platz auf, auf dem nunmehr Rathaus und Kirche nebeneinander stehen. Jetzt ist am Grundriß der »Neustadt« eine vorgeplante Ordnung erkennbar. War die erste Neustadt, die nun »Altstadt« heißt, noch unregelmäßig in ihrer Umfassung und ihren Straßenzügen gestaltet, so hat die »Neustadt« von 1220 Rechteckgestalt und orthogonal angelegte Straßenzüge. Am Ende der Stadtwerdung von Hildesheim wird die erste Siedlung durch einen Mauerzug mit in die Gesamtstadt einbezogen. Wie ein »totum in toto« behalten jedoch die einzelnen Teile im ganzen Stadtbild Selbständigkeit und eigenes Leben.¹⁹ Die mittelalterliche Stadt bleibt Mittelpunkt ihres ländlichen Umlandes.

Zur Möglichkeit, Hildesheim zu erweitern

Am Beispiel des mittelalterlichen Hildesheim wird uns im Vergleich mit Timgad eine gänzlich andersartige Gesetzlichkeit von Wachstum aufgezeigt.

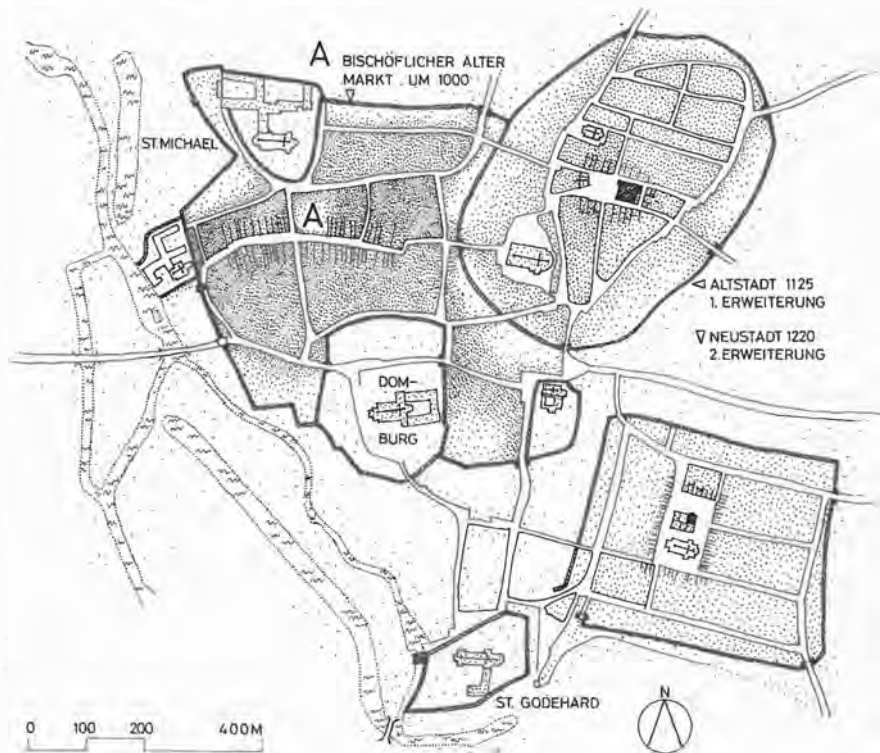


Abb. 5 Hildesheim zu Beginn des 13. Jh. (Umzeichnung nach K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt, München 1952).

¹⁹ K. Gruber, Die Gestalt der deutschen Stadt. München 1952, S. 44 ff.

Im Schutze einer Herrschaftszelle – des befestigten Domhügels – entsteht eine gewerbliche Siedlung. Reicht sie nicht aus, addiert man, ganz im architektonischen Gestaltungsprinzip des Mittelalters, eine neue Zelle bürgerlichen Zuschnitts hinzu; ein Vorgang, der sich wiederholt. Obwohl kein Gesamtkonzept einer Stadtplanung vorliegt, wuchs die Stadt organisch und mußte – da sie sich menschlichen Maßstäben unterordnete – zum Gesamtkunstwerk werden. Ihr wohnt eine geistige Ordnung inne, die sich an den geistig-religiösen Tendenzen ihrer Zeit ausrichtet und sich feudalistischer, alles beherrschender – möglicherweise auf Symmetrie beruhender – Gesamtplanung widersetzte. So können wir feststellen, wie sich mit der Methode der Addition eine zu klein gewordene mittelalterliche Stadt erweitert. Der mittelalterliche Stadtplan von Krakau zeigt ganz ähnliche Strukturen wie das Beispiel Hildesheim. Die Trabantenstadtidee des 19. und 20. Jahrhunderts hat hier ihre erste Ausformung erfahren.

Bern, eine Zähringer-Gründung

Nur kurz sei hier eine zweite mittelalterliche Stadtgründung im Hinblick auf die Möglichkeit ihrer Erweiterung vorgestellt. In einer Kehre der Aare, auf der Spitze eines Hochplateaus, wird um 1150 die Burg Nydeck errichtet; ein Burgum schließt sich nach Westen bis zur heutigen »Kreuzstraße« an. 1191 erweitert der Zähringer Graf Berthold V. das Burgum bis zum Zeitglockenturm. Stadtbeherrschend ist der Straßenmarkt, der sich durch die gesamte Stadtmitte zieht. Deutlich ist eine geplante Konzeption der Anlage ablesbar.

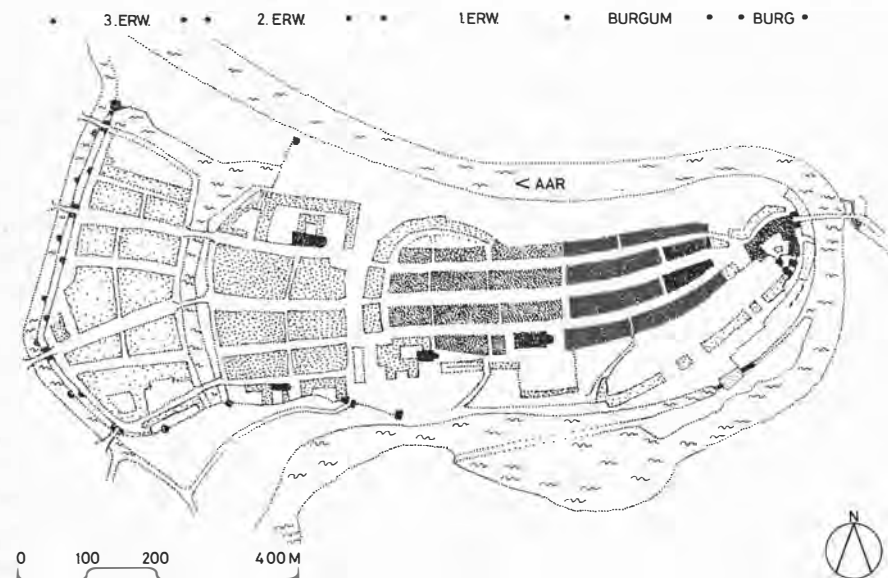


Abb. 6 Bern im Mittelalter (Umzeichnung nach E. Egli, Geschichte des Städtebaues, Bd. 2, Erlenbach – Zürich 1962).

Mittelalterlicher Tradition folgend liegt das bürgerliche Münster in einem eigenen Bezirk, vom Marktgeschehen abgetrennt. Immer nach Westen folgend werden im 13. und 14. Jahrhundert eine innere und eine äußere Neustadt angelegt. Ins offene Land wird die Plateauzunge zwischen den Flußarmen durch eine Mauer geschützt. Die Langzeilen der Straßen werden in den Neustadtteilen von Baublöcken abgelöst. Dies geschieht so organisch, daß der Eindruck einer Gesamtplanung entstehen könnte.

Zur Möglichkeit, Bern zu erweitern

Auch die Versuche, die Zähringer-Gründung Bern mit dem Anwachsen der Bevölkerung zu erweitern, folgt dem mittelalterlichen Prinzip der Addition. Die topographische Gestalt – Hochplateau von der Aare umflossen – läßt den Stadtplanern nur die Möglichkeit, der natürlich vorgegebenen Situation folgend, die Stadt nach Westen zu erweitern. Dies gelingt im Falle Bern so überzeugend, daß die Stadt nach drei Erweiterungen noch immer Gesamtkunstwerk bleibt, und zeugt von der großen planerischen Geschicklichkeit der Zähringer Baumeister. Was besonders beeindruckt, ist das Vermeiden jeder schematischen Behandlung der jeweils angesetzten Neustadtteile in ihrem dem Menschen angepaßten Maßstab. Trotzdem ist die Stadtidee wohlgeordnet. So ist Bern das Beispiel einer mittelalterlichen Stadterweiterung, die noch heute bei ähnlichen topographischen Gegebenheiten Vorbild sein könnte.

VI. Neuzeit

Die Idealstadt Palma-Nuova

Im Sinne einer möglichen organischen Stadterweiterung müssen wir mit dem Beginn der Neuzeit gegenüber dem Mittelalter einen Rückschritt konstatieren. Der Humanismus knüpft an die Antike (Vitruv) an. Der Absolutismus will alles ordnen, den ganzen Staat zentral ausrichten. Doch ist das Land so besiedelt und mit Städten versorgt, daß neue Städte nur noch in verschwindend kleiner Zahl notwendig sind. Die Stadtplaner, angeregt durch naturwissenschaftliche und historische Forschungen, werden zu Stadtplantheoretikern. Ihre Idealstadtentwürfe folgen in ihrer Anlage römisch-symmetrischem Achsendenken. Der absolute Maßstab mittelalterlichen Gestaltens wird durch den von der Antike wieder übernommenen relativen Maßstab abgelöst. Mit dem 15. Jahrhundert wandeln sich die Waffenarsenale, und mit der aufkommenden Geschütztechnik werden die mittelalterlichen Städte verwundbar.

Dem zu begegnen ist Planungsziel der Idealstadt-Theoretiker. Sie umschließen ihre Stadt mit einem System von »neuartigen« Verteidigungsanlagen. Wie schon angedeutet, werden – von der Neubefestigung bestehender mittelalterlicher Städte abgesehen – nur wenige neu geplante Städte gebaut. Dazu gehört die Stadt »Palma-Nuova« auf der venezianischen »Terra ferma«. Dem Stadtplan sieht man seine Entstehung auf dem Reißbrett an. Planer ist Vincenzo Scamozzi, der Palma-Nuova ab 1593 baut. Spricht man von den »Stadtbauteo-

retikern«, so ist diese Bezeichnung allenfalls eine halbe Wahrheit: es handelt sich doch mehr um »Formalisten«. Das Studium ihrer Pläne läßt zwischen den geplanten Baublöcken der inneren Stadt und dem Korsett des sie einschließenden Festungskranzes – der oft mehr Gelände beansprucht als die eigentliche Stadt, die damit unwirtschaftlich wird – ungeklärte, unverplante Resträume erkennen. Im Gegensatz zur mittelalterlichen, addierbaren Stadt zwingen Renaissance und Barock zum totalen Stadtplan.

Palma-Nuova zeigt im Zentrum einen sechseckigen großen Platz; keine »Agora«, sondern einen schematischen dekorativen Pseudoplatz.²⁰ Von diesem Mittelplatz laufen Radialstraßen direkt in die Bastionen, nur drei führen zu den Stadttoren. Vier »Ringstra-

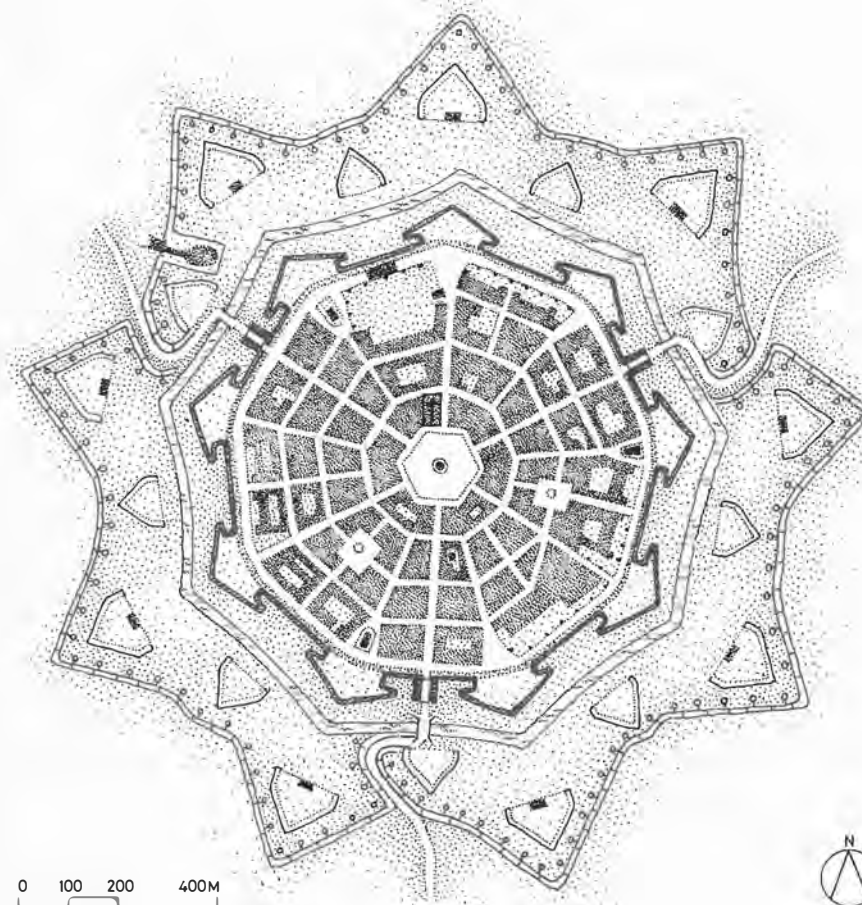


Abb. 7 Palma-Nuova in Italien (Umzeichnung nach M. Morini, Atlante di storia dell' Urbanistica, Milano 1963).

²⁰ J. Despo, Die ideologische Struktur der Städte. Berlin 1973, Abb. 84.

ßen«, ebenfalls dem Sechseck folgend, umschließen den Zentralplatz. Auf einem Plan des 17. Jahrhunderts²¹ erscheint im Zentrum ein Turm; ob er dem Plan Scamozzis entstammt oder eine Erfindung des Zeichners ist, muß dahingestellt sein – er scheint für die Planidee unpassend.

Zur Möglichkeit, Palma-Nuova zu erweitern

Der totale Plan von Palma-Nuova, völliger Symmetrie untergeordnet, läßt im Grunde keine sinnvolle Erweiterung zu. Versucht man sie trotzdem, so muß einem empfindsamen Betrachter das Gewalttätige eines solchen Versuches einleuchten. Jeder Durchbruch durch den Festungsgürtel hebt die ursprüngliche Gestaltidee auf, zerstört die Symmetrie, schafft Anschlußgelenke. Deutschland bietet ein Beispiel, wo die Erweiterung eines solchen Idealplanes durchgeführt wurde: die 1607–1622 erbaute Hugenottenstadt Mannheim erfährt eine Erweiterung durch eine im Süden angeklebte Neustadt.²² Der bastionierte Festungsring wird ungelenk an den alten Sechseck-Ring angeschlossen und in Eiform um die Neustadt geführt. Ein weiterer Stilbruch ist der Wechsel der Straßen- und Baublockgestaltung. In der Altstadt sind diese wie in Palma-Nuova auf das Sechseck ausgerichtet, in der Neustadt Mannheims erscheint ein dem Vorbild von Priene folgendes hippodamisches Straßennetz mit großem rechteckigen Zentralplatz. Auch hier tritt der erwähnte ungelöste Restraum zwischen Festungskranz und der hippodamischen Blockbebauung auf. Wir wollen festhalten: Der Idealstadtplan der Neuzeit läßt sich nur schwer und wenig überzeugend erweitern. Auch Karlsruhe bildet hier keine Ausnahme.

VII. Indischer Kulturkreis

Die Stadt Jaipur

Im hinduistischen Indien ist die Übereinstimmung von Weltbild und Göttern mit der Idee des Stadtbildes gleichzusetzen. In der Mitte des zweiten Jahrtausends v. Chr. entstehen in Nordindien Dörfer, in denen Ritual und Symbolik vedischer Herkunft die Gestalt der Siedlung durchdringen. Erst in der Mitte des ersten Jahrtausends v. Chr. entstehen kleine, dann schnell anwachsende Städte, welche durch Mauern geschützt werden. In der Páli- und Játaka-Literatur, den 100 Bauschriften der silpa sastra, ist die Straßenform beschrieben: »Rechteckig mit Wall, Straßenkreuz im Sinne römischer Limitation, ausgewiesene Viertel und Baublöcke, im Zentrum Brahma, die weitere Teilung hierarchisch dem Götterhimmel bzw. dem Kastensystem angepaßt«.

Müller²³ geht diesen Zusammenhängen nach und zeigt eine Reihe von ideellen Stadtgrundrissen auf. Die Ähnlichkeit mit den Idealstadtbautheoretikern der Renaissance in

²¹ Plan von Palma-Nuova von Joan Blaeu.

²² Gruber, Gestalt (s. A 19), Abb. 126.

²³ W. Müller, Heilige Stadt (s. A 16), S. 115 ff.

Europa drängt sich dem Betrachter dieser indischen Stadtpläne unwillkürlich auf. Das Ordnungsprinzip ist durch das Vastu-Purusha-Mandala mit 32 Möglichkeiten der Unterteilung gegeben. Bei der Auswahl des Stadtstandortes und der Stadtplanung sind Priester und Astrologen beteiligt, aber auch praktische Erwägungen wie Klima und Wasser werden mit in die Planung einbezogen. Schwierig ist es, die literarisch beschriebenen Städte als Realität zu finden und ihre Gestalt zu skizzieren. Bis zur Mogulzeit bestanden die Bauten indischer Städte aus ungebrannten Ziegeln, Lehm, Holz, Bambus: alles wenig beständigen Baustoffen. Nur Tempel durften aus haltbarem Naturstein errichtet werden.

Ein zwar spätes Beispiel einer geplanten indischen Stadt, der Vastu-Purusha-Mandala-Idee folgend und weitgehend erhalten, ist Jaipur, erbaut von Ja Singh II ab 1711–1727.²⁴ Jaipur – Stadt des Sieges – entspricht in ihrer regelmäßigen Anlage indischer Tradition und

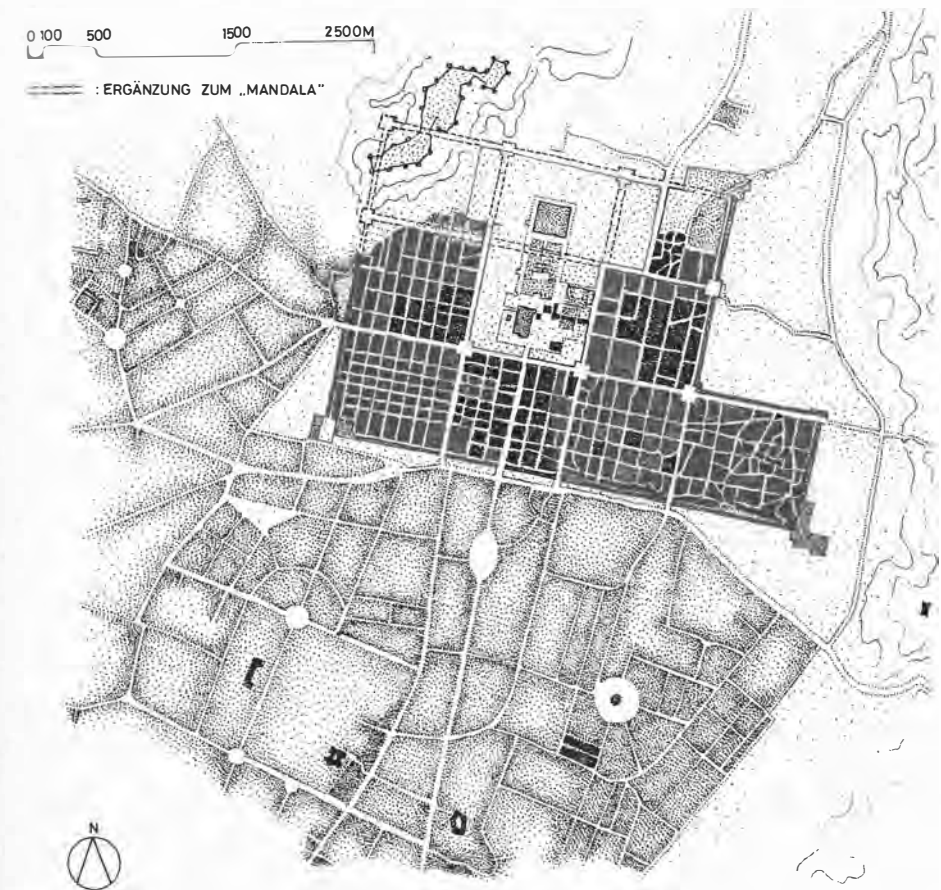


Abb. 8 Jaipur in Indien (Umzeichnung nach N. Gutschow / J. Pieper, Indien, Köln 1978).

²⁴ Nach Gutschow/Pieper, Indien. Köln 1978, S. 232.

planerischer Vorstellung, doch weicht die Nord-Südachse aus topographischen Gründen von der üblichen Richtung ab. Das regelmäßige Mandalaquadrat wird, bedingt durch Berghänge im Nord-Westen, eingedrückt. Die neuen Quadrate des Mandala werden durch 33 m breite Hauptstraßen – hierbei war diese enorme Breite nicht vom Verkehr bestimmt, wir müssen sie auch als religiöse Prozessionsstraßen sehen – getrennt. Die West-Ost-Hauptstraßen heißen Rajapatha, die Haupt-Querstraßen dazu Mahakalapathas. Die Kreuzungspunkte sind platzartig ausgeweitet. Das Mittelquartier nimmt nicht mehr der Brahma-Tempel, sondern der Palast des Maharadschas mit einer Ausdehnung von 1800/1800 m ein. Der Palast selbst wird später in das nördliche Mittelquartier hinein ausgeweitet. Das westliche Quartier mit dem Nahagarh-Fort ist, wie schon angedeutet, durch die Topographie bedingt, nur wenig und das Nord-Ost-Quartier nie recht ausgebaut worden. An das Süd-Ost-Quartier wurde nach Osten ein weiteres, in seiner Grundform mehr rechteckiges Quartier mit unregelmäßigen Innenstraßen angefügt.

Zur Möglichkeit, Jaipur zu erweitern

Die dem Gesetz des Mandala folgende regelmäßige indische Stadt wie Jaipur widersetzt sich naturgemäß einer ästhetisch befriedigenden Erweiterung. Gleich in welcher Richtung und mit welcher Planidee die indische Mandala-Stadt erweitert werden soll: das religiös bedingte Mandala wäre zerstört. Jaipur aus neun Quartieren geplant, in deren Mitte sich der Palast, der hierarchischen Ordnung folgend, befindet, ist wie das Universum nicht veränderbar. Die süd-östliche Erweiterung (siehe Plan) macht das Unbefriedigende deutlich; noch mehr ungeordnet, im Sinne indischer Vorstellungen, sind die uferlosen Erweiterungen Jaipurs, die sich einfach in die Landschaft ergießen. Das vedische Ordnungsprinzip zwischen Mensch und Weltbild (Weltberg Meru) als einer Einheit hat sich aufgelöst.

VIII. Chinesischer Kulturkreis

Die Stadt Peking

Wie so oft in der baugeschichtlichen Vergangenheit sind die Städte aus vergänglichem Baumaterial, in China fast ausschließlich aus Holz und Lehm erbaut. Kriegerische Zerstörungen taten das Ihre, um es schwer zu machen, Gestalt und Form früher chinesischer Städte zu erfassen. Erste Markt- und Kleinstädte entstehen zwischen 1500 und 1050 v. Chr., danach bis zur Han-Dynastie erste Residenzstädte, von Mauern geschützt und mit strenger Quartiereinteilung. Städtebau der Chinesen ist nicht rationale Schöpfung, sondern folgt subjektiven, vom Ganzen zum Detail gehenden philosophischen Überlegungen. Mensch und Universum müssen im Gleichklang stehen. »Harmonie und Symmetrie sind dem Chinesen angelegen«. Feng-shui²⁵ gibt die Regeln der Einpassung der menschlichen

²⁵ Vgl. *P'eng Tso-chih*, Chinesischer Städtebau unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Peking, in: Nachrichten der Gesellsch. f. Natur- und Völkerkunde Ostasiens, H. 89/90. Hamburg 1961.

Stadt in das geistige Universum. »Yin«, das Sinnbild der Erde und »Yang« als das Wesen des Himmels müssen auch im Stadtbild im Gleichklang stehen. Seit altersher wird der Stadtplan nach strengen geomantischen Prinzipien aufgestellt: »Wo Erde und Himmel sich treffen, wo die vier Jahreszeiten verschmelzen, wo Wind und Regen eingebracht werden und wo sich Yin und Yang in Harmonie befinden«. ²⁶ Sowohl Mongolen als auch der erste Mingkaiser halten sich streng an diese bestehenden Regeln der Stadtbaukunst, die Riten der Chou. Bei aller theologisch-philosophischer Grundidee fließen in das feng-shui auch ablesbare rationelle Erfahrungen ein.

Das unverrückbare Quadrat ist die geometrisch-gesetzmäßige Grundform der Stadt, die sich auch zum Rechteck entwickeln kann. Wichtig ist die Nord-Süd-Ausrichtung des Stadtplanes. Im Norden (Wasser) wohnt das unheilvolle Böse, im Süden (Feuer) das Licht (Sonne). In der Mitte der Stadt liegt der kaiserliche Palast, den Nabel der Welt verkörpernd. Nach der totalen Planung wurden zuerst – von außen nach innen – die Mauern, dann die Straßen, Paläste, Tempel und zuletzt die Wohnhäuser errichtet. Die Straßen wurden nach ihrer Bedeutung angelegt: Hauptstraßen neun Wagenbreiten (21,60 m), Nebenstraßen siebeneinhalb bis zu drei Wagenbreiten. Männer hatten auf den Straßen rechts, Frauen links zu gehen, die Wagen fuhren in der Mitte. ²⁷ Innerhalb dieser geplanten Städte waren weite Acker- und Gartenflächen als Vorratsflächen vorgesehen. Die bebauten Flächen sind gemäß dem orthogonalen Straßensystem aus verschiedenen großen hierarchisch bestimmten Baublöcken gebildet. Im Weichbild der Städte gibt es Dörfer. Ein Syn-Oikismos ist nicht vorgesehen und nie ausgeführt. Beispiele der geplanten geomantischen Städte vom 7.–14. Jahrhundert sind: Hsian, Tatung, Loyang, Taiyuan, Yiuchuan in Nordchina; Suchou, Chengtu, Kunning, Wuhsi in Südchina. ²⁸ Mit dem Wachstum der chinesischen Städte ab dem 19. Jahrhundert verlieren sie ihre »uralte geomantische heilige Form«.

Peking hat eine lange Besiedlungsgeschichte. An unterschiedlichen Standorten im Weichbild des heutigen Peking entstehen nach Zerstörungen mit wechselnden Namen: die Provinz-Städte Chi um 1100 v. Chr., 221 v. Chr. zerstört; ab 70 v. Chr. bauen die Han »Yen«, die T'ang »Yuchou«; unter den Liao entsteht ab 737 n. Chr. in allerdings größerer Entfernung als 1. Hauptstadt »Nanking« (südliche Hauptstadt) mit 21 qkm Fläche, 1115 n. Chr. werden Chungtu (mittlere Hauptstadt) und 1267 der Wiederaufbau der mongolischen Stadt »Tatu« etwas nördlich davon begonnen, jetzt mit einer Fläche von 35 qkm. Die Ming machen die Stadt wieder zur Provinzstadt mit dem Namen »Pei-p'ing-tu«

²⁶ R. McFarquhar, Die verbotene Stadt. Wiesbaden 1976, S. 76.

²⁷ J. H. Plath, Nahrung, Kleidung und Wohnung der alten Chinesen (= Abh. d. Philos.-Philolog. Classe der königl. Bayer. Akad. d. Wiss., Bd. 11). München 1868; *P'eng Tso-chih*, Chines. Städtebau (s. A 25), S. 48.

²⁸ Karte mit den verschiedenen Standorten Pekings im Laufe der Geschichte bei *P'eng Tso-chih*, Chines. Städtebau (s. A 25), S. 48.

(nördlicher Friede). 1421 verlegt der Kaiser seinen Sitz zurück, nun heißt die Stadt »Peking«.²⁹ Dieser Name blieb bis zum 1. 1. 1979; von da ab führt sie den Namen »Beijing«.

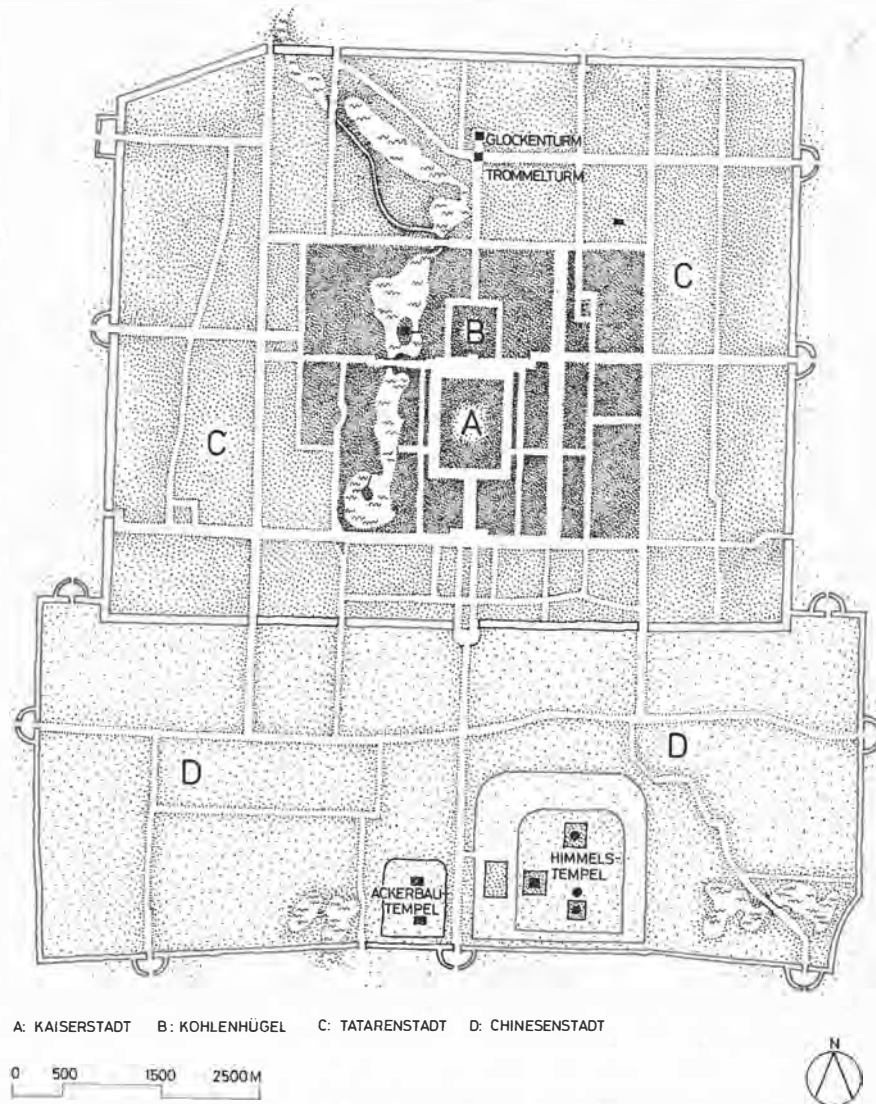


Abb. 9 Peking (Beijing) in China (Umzeichnung nach R. Mac Farquhar, Die verbotene Stadt, Wiesbaden 1976).

²⁹ Daten nach *ebda.*, S. 42 ff.

Die eigentümliche Gestalt der Stadt Peking in Form eines auf den Kopf gestellten »T« ist auf die Anlage der sogenannten Chinesenstadt im Süden der quadratischen Ming-Stadt, genauer gesagt auf eine Erweiterung durch die Mandschu zwischen 1550 und 1565 zurückzuführen. Der Plan läßt deutlich den zentralen Kaiserpalast erkennen, im Norden durch den künstlichen »Kohlenberg« vor Bösem geschützt. Die Palastfolge öffnet sich nach Süden mit Blick auf den Ackerbau- und Himmelstempel an der Südseite der Chinesenstadt. Symmetrie und Harmonie atmen die »Verbotene Stadt« sowie die ganze bürgerliche Stadt bis hin zum Einzelbauwerk innerhalb ihrer Mauern.

Zur Möglichkeit, Peking zu erweitern

Durch Jahrhunderte erfüllte die Stadt Peking ihre Aufgabe als Mittelpunkt des Reiches, als Befehlszentrale der Kaiser. Nicht zuletzt sorgten die Freiflächen (Vorhaltegelände), besonders im Süden der Chinesenstadt beidseitig der Tempel für notwendig gewordene Ausbaumöglichkeiten. Die Dörfer im Umfeld Pekings sind oben erwähnt. Zu keiner Zeit sind sie in den geplanten Organismus der Stadt Peking einbezogen worden.

So wie sich unser Plan darstellt, wäre eine harmonische Erweiterung ebenso wenig denkbar wie beispielsweise beim römischen Timgad oder dem indischen Jaipur. Das beweist die sozusagen an die Tatarenstadt angeklebte Chinesenstadt. Peking ist ein in sich abgeschlossenes geomantisches Kunstwerk. P'eng Tso-chih³⁰ hat versucht, für Peking eine Großraumstadt zu planen, von der Bevölkerungsvermehrung und dem Wachsen der Verwaltung her gesehen eine einsichtige Aufgabe der heutigen Stadtplanung, doch im Grunde führt diese Absicht zu einem uferlosen Weiterwuchern über die Grenzen des historischen Pekings in alle Himmelsrichtungen, dies ohne jede geistige Bindung an die Harmonie der alten Stadt und unter Aufgabe jeder Überschaubarkeit.

IX. Altamerikanischer Kulturkreis

Die Stadt Teotihuacán

Mit Bedacht wurde diese Stadt als letztes Beispiel für unsere Betrachtung historischer Stadtanlagen und deren Erweiterungsmöglichkeiten gewählt: in Teotihuacán bietet sich eine optimale, sonst nirgends erreichte Lösung an. Die theokratische Kultur von Teotihuacán begann im 2. Jahrhundert v. Chr. Die Stadt erlebte mehrere Entwicklungsstufen, bei einer Ausdehnung von 6 qkm mit etwa 10 000 Einwohnern, dann 20 qkm bei etwa 30 000 Einwohnern, um in ihrer Hochblüte bis auf 150 000 Einwohner anzuwachsen. Rom mit einer viel geringeren Wohnfläche hatte eine fünffach größere Bevölkerung: ein Vergleich, der die weitläufige, großzügige Stadtgestalt von Teotihuacán verdeutlicht. Getragen war der Kulturhorizont von Priesterkönigen, die glaubten, nach dem Tode zu Göttern zu werden. Deshalb der Name Teotihuacán: »Der Ort, an dem sich die Menschen in Götter

³⁰ Plan *ebda.*, S. 70.

verwandeln«.³¹ Der Stadtname stammt allerdings erst von den Azteken, die Teotihuacán nur noch als verlassene Ruinenstadt kennenlernten. Schriftliche Quellen wurden nicht gefunden. Auch die Bezeichnung Mond- und Sonnenpyramide ist aztekischen Ursprungs und ebenso wenig wie die Verehrung von Sonne und Mond in Teotihuacán nachgewiesen. Sehen wir diese ausgedehnte blühende Stadt auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es hier weder Metalle noch das Rad, noch Zugtiere gab, so wird die hohe technische Leistung der Stadtentwicklung erst begreifbar. Wann dieses politisch-religiöse Zentrum genau aufgegeben wurde, wissen wir nicht. Wahrscheinlich im 8. Jahrhundert, denn für diese Zeit sind große Brände und Plünderungen durch die Tolteken bekannt.

Teotihuacán liegt in einer baumlosen, von einem kleinen Fluß durchzogenen Ebene, die eine weiträumige Planung ohne jede Einengung ermöglichte. Diese Planung mußte dem

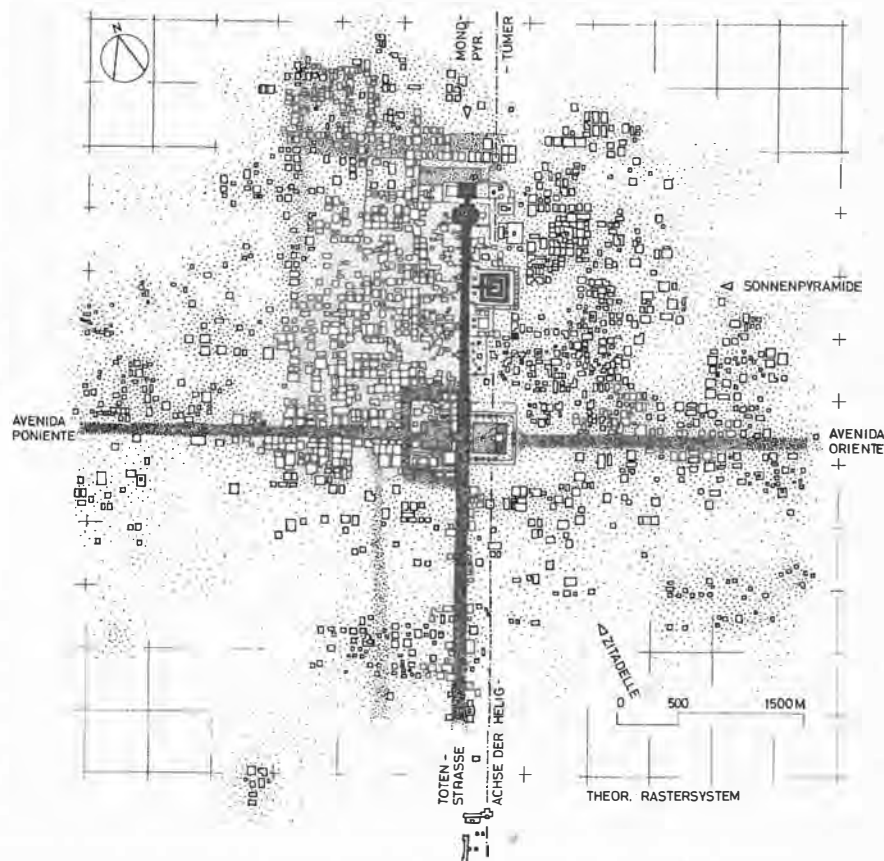


Abb. 10 Teotihuacán in Mexico (Umzeichnung nach Millon, in: Deutsche Bauzeitung 6, 1978, S. 44).

³¹ A. G. Valades, Teotihuacán, Stadt der Götter. Mexico 1978, S. 8.

eigentlichen Bau der Stadt vorausgegangen sein, indem die wichtigsten Straßen und die herausgehobenen Gebäudekomplexe von vornherein als architektonische Elemente in der Topographie genau festgelegt worden waren. Die sorgfältige und sehr kreative Planung basierte wohl auf einem quadratischen Raster. Ein ablesbares Regemaß schien 57 m oder ein Vielfaches davon betragen zu haben. Wichtig sind die mit nur geringer Abweichung von 15°30' nach den Himmelsrichtungen angelegten Zentralachsen.³² Symmetrie ist ein Element der Stadt und ihrer Bauwerke. Das Achsenkreuz schuf Quartiere, die Straßen und Alleen bildeten rechteckige Baublöcke. Um das heilige Zentrum siedelten die Bevorrechtigten, nach der Peripherie hin folgten Handwerker und Militär. Hier hat man vierhundert Obsidianbearbeitungs- und hundert Messer- und Speerspitzen-Werkstätten ausgegraben. Außerhalb der »barrios« (Stadtviertel) lebten die Bauern in kollektiven Kleinsiedlungen.

Die Stadtgestalt wird durch die Sonnen- und Mond-Stufenpyramiden und besonders deren Negativform, die sogenannte Zitadelle mit 67 500 qm, geprägt. Hier kreuzen sich die Zentralachsen. Die Stadtplaner hatten den Vorteil, eine unbefestigte offene Stadt gestalten zu können, die durch keine festungsartigen Anlagen eingeschnürt war. Den Baumeistern war sicher ein hoher sozialer Rang eingeräumt gewesen. Mit den Priestern sind sie intensiv in das total zeremoniell ausgerichtete Leben des Gesamtstadtorganismus eingebunden gewesen. So verwundert es nicht, wie sehr Teotihuacán für den nachfolgenden historischen Städtebau in Altamerika befruchtend wirksam geworden ist.

Zur Möglichkeit, Teotihuacán zu erweitern

Teotihuacán besitzt ein bandartiges Zeremonialzentrum, wobei die Süd-Nord-Achse zur Mondpyramide einen zentralen, durch einen Platz betonten Abschluß findet. Die Totenstraße³³ führt dagegen nach Süden, wie die West- und Ostquerachse, die die Zitadelle kreuzt, ohne städtebauliche Fixpunkte in der Landschaft. Sofern man sich an das Raster von 57 m hält, können sich die von den Achsen vorgegebenen Quartiere vom Zentrum ausgehend sehr leicht füllen und mit geringen städtebaulichen Mitteln nach Bedarf die Stadt erweitern.

Die baumbestandenen Alleen, einzelne herausgehobene Monumente, in Verbindung mit einer größeren und geringeren Verdichtung der Bauten lassen keine stupide Langeweile aufkommen. Geht man sorgfältig den geschickt geplanten Strukturen des Stadtplanes von Teotihuacán nach, so wird man spüren, wie sehr dieser Stadtkomplex alle Voraussetzungen, die an die heutige Stadtgestaltung zu knüpfen sind, in Mexiko verwirklicht wurden. Für keines der zuvor dargestellten Stadtbeispiele der Antike, des Mittelalters und schon gar nicht der theoretisierenden Neuzeit trifft dies gleichermaßen zu. So könnte sich jeder Stadtplaner von der Gestalt Teotihuacáns wirksam befruchten und anregen lassen.

³² Vgl. M. Grassnick, Zur Typologie des nordchinesischen Hallenhaus-Gehöfts, in: Zehn Jahre Universität Kaiserslautern (1980), S. 161–171.

³³ So genannt, weil man glaubte, die Bauwerke links und rechts seien Grabanlagen.

Der erste Budapester Generalbebauungsplan von 1871*)

In einer früheren Arbeit haben wir versucht, Forschungsarbeiten zu kommentieren, die sich mit der Beschreibung und der Erklärung der sozial-räumlichen Struktur von Budapest durch sozialökologische Forschungsansätze beschäftigt haben.¹ Wir sind in unserer Arbeit zu dem Ergebnis gekommen, daß sowohl die klassischen Ansätze als auch deren »verbesserte« Varianten weder in der Lage sind, die empirisch vorfindbare sozialräumliche Struktur von Budapest zu beschreiben, noch geeignet sind, eine Erklärung der Veränderung der Struktur zu geben.

Aufgrund dieser Ergebnisse haben wir die Prämissen überprüft, die den sozialökologischen Forschungsansätzen zugrunde liegen. Eine Prämisse von Hoyt² besteht darin, daß die räumliche Verteilung unterschiedlicher Bevölkerungsschichten über die Stadt durch den freien Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage nach Miet- und Grundstückspreisen bestimmt wird. Die Zulässigkeit der Prämisse des freien Marktmechanismus ist in der Literatur schon häufig diskutiert worden. Wir sind der Auffassung, daß in Europa schon vor den ersten Publikationen der Forschungsergebnisse der Chicagoer Schule städtebauliche Entwicklungen während der frühen Phase der Industrialisierung zu beobachten waren, die sich nicht allein auf die Prämisse des freien Marktmechanismus der Grundstückspreise zurückführen lassen.

Es sind unserer Meinung nach die Entscheidungen der Stadtbauämter aus der Mitte des letzten Jahrhunderts, die einen wesentlicheren Einfluß auf sozial-räumliche Strukturen auch von Budapest gehabt haben. Dabei ist es sicherlich sinnvoll, die damaligen Entscheidungen in den historischen Kontext zu stellen, aus dem heraus sie getroffen wurden. In der vorgelegten Arbeit wollen wir uns auf räumliche Konsequenzen der behördlichen Planungs Eingriffe zur Zeit nach der Vereinigung von Buda, Óbuda und Pest beschränken.

Budapest ist 1873 aus der Vereinigung der drei Städte Buda, Óbuda und Pest entstanden. Nicht nur das Relief unterscheidet die drei Siedlungsschwerpunkte voneinander –

*) Deutsche Überarbeitung von Dipl.-Soz. *Klaus Kiehl*, Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung der Universität Hamburg. Aufgrund der Kooperation der Eötvös Loránd Universität Budapest und der Universität Hamburg besteht seit fünf Jahren mit den Budapester Kollegen eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

¹ G. Csanádi / J. Ladányi, Budapest, a non-ecological study. Annales, Budapest 1985 (im Erscheinen).

² H. Hoyt, One Hundred Years of Land Values, Chicago 1933.

westlich der Donau führt das Hügelland der Budaer Berge unmittelbar bis an den die neue Stadt zerteilenden Strom heran, während Pest auf der östlichen Seite in einer leicht terrassenförmig ansteigenden Ebene gebaut ist –, unterschiedlich war in den drei Städten auch das Wachstum der dort lebenden Wohnbevölkerung. Zum Zeitpunkt der Stadtvereinigung hatte das Bevölkerungswachstum der Bürgerstadt Pest bereits mehrfach das der mittelalterlichen königlichen Residenzstadt Buda übertroffen.

Durch den Ausgleich von 1867 zwischen Österreich und Ungarn waren für die sechs Jahre später entstehende Hauptstadt der ungarischen Hälfte der k. u. k. Monarchie auch politisch und ökonomisch günstige Voraussetzungen geschaffen worden. Die Entwicklung der dort lebenden Wohnbevölkerung nahm einen stürmischen Verlauf. Die letzte Volkszählung in den drei Städten vor der Vereinigung 1869 ergab insgesamt eine Einwohnerzahl von 280 349. Zur Jahrhundertwende wurden schon 733 350 Einwohner gezählt. Zwischen 1890 und 1900, als das Wachstum am größten war, wuchs Budapest einschließlich der erst 1950 eingemeindeten Gebiete um ca. 301 000 Menschen. Bei einem Vergleich der Einwohnerzahlen mit anderen europäischen Hauptstädten lag Budapest 1870 noch auf dem siebzehnten Platz, erreichte zur Jahrhundertwende aber schon den achten Platz.

Um die Vereinigung der drei Städte genügend vorbereiten zu können, wurde 1870 vom ungarischen Parlament der Fővárosi közmunkák Tanácsa (Rat für öffentliche Arbeiten) nach dem Vorbild des London Metropolitan Board of Work gegründet. Im Frühjahr 1871 wurde vom Rat für öffentliche Arbeiten ein internationaler Wettbewerb ausgeschrieben mit dem Titel: »Fertigung des allgemeinen Einteilungs- und Anordnungsplanes der Hauptstadt Buda-Pest«.³ Als Anlage wurden den Wettbewerbsunterlagen u. a. die schon vom Rat entworfene Karte des »temporären Anordnungsplanes« sowie das detaillierte Programm für die Wettbewerbsteilnehmer beigelegt.

Nach unseren Recherchen ist das beigelegte detaillierte Programm für die Wettbewerbsteilnehmer ein entscheidendes Dokument, nicht nur deshalb, weil in ihm Maßnahmen festgelegt worden sind, die aufgrund der späteren Durchführung bis heute die räumliche Struktur von Budapest geprägt haben, sondern weil aus dem Dokument auch die Wertvorstellungen deutlich werden, die die stadtplanerischen Vorstellungen jener Zeit geprägt haben.

Wir wollen unsere Auffassung mit Zitaten aus dem beigelegten detaillierten Programm belegen. Das Programm beginnt mit der Formulierung des Zieles: »Buda und Pest, die durch die Donau getrennt, jedoch gleichzeitig auch verbunden sind, sind für eine Stadt zu betrachten und das zufolge der verschiedenen Lage, Böden und Baumanieren separierte Gebiet der zwei Städte soll in einer harmonischen Einheit verschmelzen...«⁴ Nach der

³ Detailliertes Programm der Preisausschreibung für die Fertigung des allgemeinen Einteilungs- und Anordnungsplanes der Hauptstadt Budapest (zusammengebunden mit den litografierten Erklärungstexten der Preisschriften). Rat für Öffentliche Arbeiten der Hauptstadt 1871. Budapest o. J.

⁴ Preisausschreibungsprogramm (s. A 3), S. 1.

Formulierung des Zieles wird der Mittelpunkt der Stadt bestimmt und die gebietliche Gliederung festgelegt: »Als Mittelpunkt dieser zu verschmelzenden Stadt ist die Kettenbrücke zu betrachten, die Aufmerksamkeit der Wettbewerber wird besonders darauf gelenkt, den Donaukai auf- und abwärts aus diesem Mittelpunkt einzuteilen.«⁵

Es folgen die, unserer Meinung nach, sehr wichtigen Hinweise, die die allgemeine Richtung der Expansion der Stadt bestimmen sollen: »Einerseits wird es beansprucht, über die richtige Verbindung der Hauptstadt mit der Umgebung zu sorgen, aber andererseits ist auch der Vorschlag zu unterbreiten, die widrige Lage, daß Budapest bisher noch keinen dichten Stadtkörper bildet, sondern sich im Vergleich zu anderen ähnlichen Städten auf ein viel größeres Gebiet verbreitet, abzuschaffen. Damit diese allgemeinen Prinzipien womöglich verwirklicht werden ... hat der Rat für Öffentliche Arbeiten der Hauptstadt temporär einen Regulierungsplan festgelegt.«⁶

Auf der erwähnten Karte des temporären Anordnungsplanes sind die zu regulierenden Gebiete eingezeichnet; darüber hinaus sind die Gebiete farbig angelegt, denen bestimmte Funktionen zugeschrieben werden. Die räumliche Gliederung des Budapester Gebiets ist in Zonen vorgenommen worden. Diese zonale Gliederung teilt das Stadtgebiet ein in die Innenstadt, die Vorstädte und die Fabrikansiedlungen.⁷ Wir sind in der Hauptstadtbibliothek Szabó Ervin in der dortigen Budapest-Sammlung auf die Karte des temporären Anordnungsplanes gestoßen und fügen ihn als Abbildung bei.⁸ In der Literatur, die sich mit der Geschichte des Stadtausbaus von Budapest beschäftigt, wird unseres Wissens nach diese wichtige Karte an keiner Stelle erwähnt. So lassen z. B. sich weder bei Siklossy⁹ noch bei Preisich¹⁰ Hinweise darauf finden, daß die Planungen aus jener Zeit schon eine Gliederung des Budapester Stadtgebietes in funktionalen Zonen auf der Grundlage des temporären Anordnungsplanes in Form einer Karte vorsahen.

Die Ursache besteht möglicherweise darin, daß im Februar 1919 der Rat für öffentliche Arbeiten vorübergehend seine Arbeiten eingestellt hatte. Daraufhin wurde das Archiv einschließlich der Wettbewerbsunterlagen aus dem Jahre 1871 verlegt. Während dieses Umzuges ist der größere Teil der Wettbewerbsunterlagen verlorengegangen. Wir vermuten, daß die diversen Autoren der Budapester Stadtgeschichte bis heute der Auffassung gewesen sind, daß die Karte des temporären Anordnungsplanes ebenfalls verloren sei. Die

⁵ Ebda., S. 1.

⁶ Ebda., S. 2.

⁷ Der Plan wurde vom Rat für Öffentliche Arbeiten auf der Sitzung am 4. August 1870 angenommen.

⁸ Allgemeine Einteilungskarte von der Hauptstadt Budapest. 1 Wiener Zoll, 200 Klafter.

⁹ L. Siklossy, *Hogyan épült Budapest? 1870–1930. A Fővárosi Közmunkák Tanácsa története, Budapest 1931.* (Wie wurde Budapest gebaut? 1870–1930. Geschichte des Rates für Öffentliche Arbeiten der Hauptstadt. Rat für Öffentliche Arbeiten der Hauptstadt).

¹⁰ G. Preisich, *Budapest városépítésének története I–III.* Műszaki Könyvkiadó, Budapest 1960, 1964, 1969. (Geschichte des Stadtbaus von Budapest. I–III. Technischer Verlag Budapest).

Bedeutung der wiederentdeckten Karte besteht nicht nur darin, daß sie das erste kartographische Zeugnis einer zonalen Planung von Budapest ist, sondern daß auf ihr auch die Informationen der bisher bekannten Einzelkarten der Wettbewerbsanlagen zusammengefaßt dargestellt sind.

Das Programm für die Wettbewerbsteilnehmer, das sich in seiner Detailliertheit durchaus mit heutigen Ausschreibungen messen kann, wurde unserer Meinung nach stark von Ferenc Reitter beeinflusst. Seinen ausgeprägten konzeptionellen Vorstellungen versuchten die übrigen Ratsmitglieder durch eine Relativierung zu begegnen, indem sie folgenden Passus durchsetzten: »Dieser Plan ist bloß provisorisch ... (er) ist für die Wettbewerber nicht verbindlich, kann sie in ihren Auffassungen und Einteilungsideen *überhaupt* nicht (Unterstreichungen von den Verfassern) beschränken, die besseren Ideen werden sogar mit aufrichtiger Freude begrüßt werden.«¹¹ Das detaillierte Programm enthält nicht nur Vorstellungen über die funktionale Gliederung, sondern in ihm sind ebenfalls die Vorstellungen über die Straßenstruktur von Ring- und Radialstraßen niedergelegt: »Besonders wird die Aufmerksamkeit der Wettbewerbsteilnehmer auf die Pläne unter e/ und f/ gelenkt, die diejenigen Regulierungen beinhalten, diejenigen Haupt-, Ring- und Radialstraßen beinhalten, die bereits existieren, teils sich im Stadium der Ausführung befinden, die demgemäß unverändert beizubehalten und mit denen der Einteilung in Einklang zu bringen sind.«¹²

Die Abgrenzung der Zonen hängt sehr eng mit dem ring- und radialförmigen vorhandenen bzw. geplanten Straßennetz zusammen, da »... die Hauptlinien und die Plätze ... die Gruppierung der einzelnen Stadtteile bezeichnen.«¹³ Gewiß hat Preisich recht, wenn er sagt: »Das Resultat der Preisausschreibung beweist, daß die Behörden den Hauptpreis dieser Preisschrift denen zukommen ließen, die den für unverbindlich angegebenen vorangehenden Plan sozusagen im Ganzen akzeptiert und auf dessen Grund vorerst die Detailfragen gelöst hatten. Die Wettbewerber, die grandiose, vom Programm abweichende, oder darüber hinausgehende Konzeptionen versuchten, wurden zurückgedrängt.«¹⁴ Der Beurteilungsbericht sagt dazu: »Obzwar der Preisrichterausschuß keinen der Pläne in der Einzelheit zur Ausführung für empfehlbar hielt, wurde das Ziel der Preisausschreibung doch erreicht, nachdem die eingetroffenen Pläne viele Ideen und reiches Material zu der Fertigung des endgültigen Planes, womit das technische Komitat und die technische Abteilung beauftragt wurden, boten.«¹⁵ Die technische Abteilung des Rates für öffentliche Arbeiten wurde zu jener Zeit von Ferenc Reitter geleitet.

Die zitierten Vorstellungen der Stadtplanung sind gewiß auf charakteristische Stadt-Vorstellungen des 19. Jahrhunderts zurückzuführen, nach denen die »Stadtverschönerung

¹¹ Preisausschreibungsprogramm (s. A 3), S. 2.

¹² Ebda., S. 2.

¹³ Ebda., S. 3.

¹⁴ G. Preisich (s. A 10), Bd. II, S. 38.

¹⁵ Offizieller Jahresbericht: Rat für Öffentliche Arbeiten der Hauptstadt, Budapest 1870–71.

rungspläne« vor allem »einer Leitidee« zu folgen haben, nämlich »das Stadtzentrum« als Mittelpunkt einer harmonischen Einheit zu begreifen. In einer Vorlage für den Stadtrat von Buda heißt es dazu: »Was Buda betrifft, halten wir auch die Kettenbrücke und deren Umgebung für die Mitte der Stadt, für ihren Focus. Und da erfahrungsgemäß die Industrie, der Handel und Wohlstand sich aus diesem Siedepunkt auf die anderen Stadtteile verbreiten, so haben aus diesem Siedepunkt jedwede Ideen auszugehen, die wir für die Verschönerung unserer Stadt zu verwirklichen begehren, zwischen diesen Punkten und allen übrigen Stadtteilen hat das Band des Verkehrs, des Umsatzes, der Erhebung und Verschönerung zu bestehen, damit unsere Stadt sich um diesen Punkt gruppiert, eine schöne harmonische Einheit bildet.«¹⁶

Diese Vorstellung von der Stadt trifft in Budapest auf einen weitverbreiteten Architekturstil jener Zeit, den Klassizismus, der später durch den Eklektizismus abgelöst wird. Bedeutende Baumeister dieser Epoche wie z. B. János Hild oder Miklós Ybl begriffen die Architekturstile als Ordnungselement des Stadtbildes, d. h. alle zu errichtenden privaten und öffentlichen Gebäude sollten in einer einheitlichen Stilrichtung entstehen. Der wichtigere Passus ist freilich jener, der sich im detaillierten Programm mit der »Gruppierung der Stadtteile« beschäftigt. Dieser Passus bedeutet faktisch, daß das Gebiet von Budapest in Bauzonen eingeteilt wird. Die erst später erlassenen Bauordnungen regeln die Größe der verbauten Fläche, die Art der Baunutzung, die maximale Höhe der Gebäude, die vorgeschriebenen Baumaterialien usw. unterschiedlich je nach Bauzone. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß durch die Einteilung in Bauzonen und der damit verbundenen Bauordnungen Vorentscheidungen getroffen wurden, die später die räumliche Verteilung unterschiedlicher Gesellschaftsschichten determinierten.

Zwar wird dieser Gesichtspunkt im allgemeinen Teil des detaillierten Programmes nicht ausdrücklich benannt, aber der spezielle Teil erlaubt sehr wohl solche Rückschlüsse. Zur Anlage und räumlichen Verteilung der öffentlichen Gebäude heißt es, daß »auch darauf zu achten ist, daß ein jedes Gebäude auf dem Platz geplant wird, wo es dieser gesellschaftlichen Klasse, der es bestimmt wurde, am bequemsten zugänglich wird.«¹⁷ Der erste Preisträger Lajos Lechner führt zum Thema Bauzonen in seinem Entwurf folgendes aus: Der Stadtkern »ist der Standort der Residenz, der Regierung, der Stadtleitung, der Banken, des Großhandels, der Wissenschaft, der Kunst, des Wohlseins und Luxus«, umgeben von Geschäfts- und Industrievierteln. Die südlichen Gebiete von Pest sowie die Gebiete unterhalb des Gellért hegy in Buda sind im Entwurf von Lechner als Industrieviertel ausgewiesen. Es ist aber noch eine weitere Bauzone ausgewiesen, in der »kleine Gärten, Gärtnereien und Sommerwohnungen gebaut werden.«¹⁸ Die Areale hinter dem Stadtwäld-

chen, in der äußeren Kristinenstadt und auf den Abhängen des Gellért hegy sind dafür vorgesehen. Bei einem anderen Wettbewerbsteilnehmer »sind in den Vorstädten der besseren Klassen breite, luftige, bequeme Straßen erforderlich, in den Arbeitervierteln jedoch braucht man keinen bequemen Verkehr, anstatt Straßen sollen Gärten der Erhaltung der guten Luft dienen, wo die Arbeiter gleichzeitig ihren Familien das notwendige Grünzeug anbauen können«.¹⁹

Aus den angeführten Zitaten soll deutlich werden, daß die Planungsvorstellungen oft auch bewußt eine Vorstellung davon vermittelten, welche Schicht in welchem Teil der Stadt mit welchen infrastrukturellen Einrichtungen zu versorgen war. Durch die vorhandenen Karten läßt sich ebenfalls gut dokumentieren, daß die historisch gewachsenen Standorte der bestehenden Siedlungsschwerpunkte sich keineswegs ohne weiteres in das geplante Gitternetz der Ring- und Radialstraßen einpassen ließen. Das System der konzentrischen Ringstraße auf der Pester Seite und die Übernahme der analogen Anordnung der Bauzonen, sowohl auf der Pester als auch auf der Budaer Seite, bedeuteten für das bisher bestehende Siedlungssystem eine radikale Neuorientierung. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Buda, Obuda und Pest nicht nur voneinander unabhängige Städte, sondern sie expandierten auch in unterschiedlicher Weise und Richtung. Buda erweiterte sich in geringerem Maße und konnte sich nur auf einem schmalen Landstreifen zwischen den Budaer Bergen und der Donau ausdehnen. Auf der Pester Seite gab es diese topographischen Hindernisse nicht. Pest dehnte sich zwar ebenfalls entlang der Donau und hier besonders stromaufwärts aus, aber gleichzeitig auch entlang der nach Osten führenden Radialstraßen. Siklossy bemerkt dazu, daß »... die Entwicklung von Pest bis Ende des 18. Jahrhunderts durch die Radialstraßen gelenkt wurde. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erstreckte sich die Stadt längs der Donau, dem folgte eine Verdichtung der bebauten Gebiete beiderseits der Radialstraßen.«²⁰

Diese sektorale Stadtentwicklung läßt sich heute noch an dem Zuschnitt der Bezirke VI bis IX erkennen, die den mittelalterlichen Stadtkern von Pest umgrenzen. Dagegen läßt die Ringstruktur, die vor 1873 entstanden ist, auf der Pester Seite in etwa erkennen, daß der Stadtgraben – und ininigem Abstand parallel dazu die Stadtmauer – je einen Halbkreis bilden. Der Stadtgraben war die Grenze zwischen »intravillan« (»Innere Stadt«) und »extravillan« (»Äußere Stadt«) (vgl. Siklossy 1931). Ein Hinweis darauf, daß auf der Pester Seite die bauliche Erweiterung zu verschiedenen Zeitpunkten in verschiedene Richtungen stattgefunden hat, ist möglicherweise auch darin zu sehen, daß die entstandenen sektoralen Straßennetze z. B. des vom VIII. zum IV. Bezirks in ost-westlicher Richtung lange Zeit kaum miteinander verbunden waren. Wie dennoch die spätere Ringstruktur entstanden ist, kann z. B. bei Vamos (1926) nachgelesen werden. Danach stellte das oben erwähnte detaillierte Programm »in den Mittelpunkt der Stadtordnung das System der

¹⁶ Budapesti Közlöny 1868. VI. 7., Buda város szétitéésének programja (Verschönerungsprogramm der Stadt Buda). Budapesti Anzeiger 7. Juni 1868.

¹⁷ Preisausschreibungsprogramm (s. A 3), S. 4.

¹⁸ Preisschrift: Unter dem Kennwort »Veritas«, Budapest o. J.

¹⁹ Preisschrift: Unter dem Kennwort »Unentwegt sei deines Vaterlandes Treu«, Budapest o. J.

²⁰ L. Siklossy (s. A 9), S. 220.

Ringstraßen, die sich um die Stadt als konzentrische Kreise legten, vernachlässigte jedoch den wichtigsten Ergänzungsteil der konzentrischen Ringe und deren belebte Adern, das System der Radialstraßen.²¹

Laut Vámos (1926) wurde diese Konzeption vom Rat für öffentliche Arbeiten »fast allen Wettbewerbern wahrhaftig suggeriert.«²² Daß sich die Expansion von Budapest zonal vollzogen hat, ist demnach nicht ein Ergebnis des freien Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage nach Miet- und Grundstückspreisen, sondern ist eine bewußte städtebauliche Entscheidung. Die räumliche Erweiterung von Budapest hätte möglicherweise auch in eine andere Richtung gehen können. Betrachtet man jedoch die weitere Entwicklung der Stadt, so ist die damalige bewußte städtebauliche Entscheidung positiv zu bewerten. Daß es zu dieser Lösung gekommen ist, hängt sicherlich auch damit zusammen, daß in der Periode des dynamischen Wachstums der Wohnbevölkerung von Budapest in ganz Europa die vorherrschenden stadtplanerischen Vorstellungen darin bestanden, durch den Ring- bzw. den Radialstraßen ausbau ein Gitternetz zu schaffen, in dem die verschiedenen Nutzungen bzw. die unterschiedlichen Schichten hierarchisch verteilt werden sollten.

Blickt man auf den Verlauf des internationalen Wettbewerbs von 1871 für Budapest zurück, so scheint, gemessen an den Resultaten, das Vorgehen höchst erfolgreich gewesen zu sein. Vielleicht kann man den geschilderten Ablauf auch durch den Mechanismus einer sich selbst erfüllenden Prophetie beschreiben: obwohl die Stadtplanung die vorgefundenen Regelmäßigkeiten der Stadtentwicklung widerspiegelt, nimmt sie aber gleichzeitig wesentlichen Einfluß.

Wir hoffen, daß durch das Gesagte deutlich geworden ist, daß nicht nur die Idee der zonalen Einteilung, sondern auch die räumliche Abgrenzung und die Nutzung bzw. Verteilung von Schichten innerhalb und zwischen den einzelnen Zonen das Resultat von stadtplanerischen Entscheidungen ist. Wir wollen unsere Auffassung durch einige herausgegriffene Beispiele stützen. Ferenc Reitter, der langjährig als Oberingenieur für den Stadtausbau verantwortlich war, schlug Mitte des vorigen Jahrhunderts vor, einen Schiffahrtskanal in Höhe des heutigen Großen Ringes durch Pest zu führen. Über die mögliche Strukturierung des Stadtgebietes durch den Kanalbau schreibt Reitter: »Der Teil zwischen Donau und dem Kanal wäre der Kern der Stadt, da sind größere Wohnungen, wissenschaftliche Institute, Behörden, Regierungsgebäude zu plazieren, an den Kanalufeln käme Handel, danach Industrie und Arbeiterwohnungen.«²³ Seinen Plan demonstrierte der

²¹ F. Vámos, Budapest városképeének átalakulása József nádor korától napjainkig. Magyar Mérnök – és Építész – Egylet Közlönyének Havi Füzetek 1926. 9–12 n. (Die Umwandlung des Stadtbildes von Budapest, von der Epoche Palatins Joseph bis heute. Monatsheft des Anzeigers des Vereines Ungarischer Ingenieure und Architekten. 1926. Sonderdruck No. 9–12. Königliche ung. Universitätsdruckerei Budapest).

²² Ebda., S. 4.

²³ Budapesti közlöny 1868. VI. 4., Pest város előterjesztése a három város szépítése tárgyában (Vorlage der Stadt Pest, betreffs Verschönerung der drei Städte). Budapesti Anzeiger 4. Juni 1868.

Oberingenieur mit Hilfe einer Zeichnung.²⁴ Auf dieser Zeichnung ist zu erkennen, daß schon nach der zweiten Parallelstraße zum Kanal Fabrikschlote rauchen sollten. Der Plan von Ferenc Reitter kann als Alternative der später verwirklichten Pläne verstanden werden. In dieser möglichen Alternative wären dann die Distanzen zwischen dem Stadtzentrum und den Industrieansiedlungen sehr gering gewesen. Darüberhinaus wäre durch den geplanten Kanal sicherlich ein topographisches Hindernis entstanden. Dies hätte vielleicht eine größere Segregation der verschiedenen Schichten zur Folge gehabt.

Ein weiteres Beispiel für die räumlichen Konsequenzen von stadtplanerischen Eingriffen ist der Bau des großen Ringes. Die stadtplanerische Notwendigkeit des großen Ringes wurde im ersten Jahresbericht des Rates für Öffentliche Arbeiten folgendermaßen begründet: »Der Großteil der Stadt zeigt ohne jedweden Zusammenhang nur zerstreut hier und da die Zeichen mancher Erhöhung, ist zumeist mit überlebten Häusern belegt. Eine zweckmäßige Richtung der Entwicklung kann bloß dadurch verschafft werden, wenn in der Mitte des Stadtgebietes eine schöne, breite, die ganze Stadt durchquerende Straße eröffnet wird, wodurch einerseits die Lust, längs dieser Straße mehr dekorativ zu bauen, erweckt wird, andererseits diese Straße fast eine Grenze bildet, weil innerhalb dieser Stadtteile mehr zweckmäßige Gruppierungen hervorgerufen werden.«²⁵

Auf die stadtgestaltende Rolle der geplanten Straße wurde in der Debatte des Abgeordnetenhauses hingewiesen, als der Gesetzesentwurf bezüglich »des großen Ringes von Budapest und der Steuerfreiheit der dort zu errichtenden Bauten« aufgerufen wurde. Einer der Abgeordneten betonte: »Pest zieht sich nach oben, bildet am Ufer ein langes Band und ist keine ausgebreitete Stadt. Der Ring wird das günstig ändern, da die bisher wertlosen Grundstücke wertvoll werden.«²⁶ Ein weiterer Abgeordneter stimmte dem zu: »Eines unserer Stadtbauziele ist, daß der Körper, der Großteil von Pest, der schmal neben der Donau gebaut wurde, nach Steinbruch und Stadtwäldchen verschoben werde.«²⁷ Inhalt der Debatte waren ebenfalls die bis dahin unabhängigen Stadtentwicklungen von Buda und Pest, die aufgrund der geplanten neuen Brücke diskutiert wurden: »Wo Buda am meisten weitbäuchig ist, in der Richtung der nach Norden geplanten Brücke, ist Pest kaum zu finden, auf dem unteren Teil hingegen, wo sich Pest bei der Mészáros Gasse ausbeult, ist gerade schon Buda nicht mehr. Also wo immer die Brücke gebaut wird, wird entweder Pest oder Buda nicht gefunden.«²⁸

Zum Schluß noch ein Beispiel dafür, wie eng die räumliche Abgrenzung von Zonen mit

²⁴ F. Reitter, Duna-szabályozás Buda és Pest között. Pesti hajózási csatorna. A Csepel sziget a soroksári Duna-ág balpartján fekvő ártér tehermentesítése. Pest, 1865. (Donau-Regulierung zwischen Buda und Pest. Schiffahrtskanal Pest. Hochwasserschutz des Überschwemmungsgebietes bei Csepelinsel und am linken Soroksärer Donauufer).

²⁵ L. Siklossy (s. A 9), S. 220.

²⁶ Ebda., S. 221.

²⁷ Ebda., S. 223.

²⁸ Ebda., S. 222.

den planerischen Maßnahmen zusammenhängt. Zu Beginn des Ausbaus von Budapest bestand die Absicht, sechs Straßenringe um das Zentrum zu bauen. Von diesen Planungen sind bis heute jedoch nur drei verwirklicht worden. Über die Gründe hierfür können wir nur Spekulationen anstellen. Dazu muß man wissen, daß in Budapest das aus Wien übernommene Stadtplanungsschema eine große Rolle gespielt hat. So haben z. B. die Ringstraßen in Wien eine ähnliche Funktion für die Gliederung des Stadtgebietes wie in Budapest. In Prag, der dritten bedeutenden Stadt der Habsburger Monarchie, sind zwar die topographischen Gegebenheiten ähnlich, aber aus verschiedenen Gründen kam es hier nicht zu vergleichbaren Ringstraßenanlagen.

In Budapest war jedoch die Diskussion um den Bau und den Verlauf der Ringstraße nicht nur und ausschließlich eine Frage der Stadtplanung, vielmehr waren die »Erhöhung der Unternehmerlust« oder die »vorteilhafte Wirkung auf die Grundstücke« durchaus handfeste Argumente, die den Verlauf der Diskussion beeinflussten. Als Beispiel soll ein »Oberamtlicher Vorschlag« der »grundbesitzenden Bürgerschaft« der Hauptstadt an den Rat für Öffentliche Arbeit zitiert werden: »Das Gebiet, das durch den großen Ring umschlossen ist, ist kaum ein Sechstel des Innengebietes und bildet verhältnismäßig einen geringen Teil des ganzen Gebietes: wir finden es daher bereits aus dieser Hinsicht wichtig und notwendig, daß »der richtige Stadtkörper« erweitert und reguliert wird, wie das auf der beigefügten topographischen Karte detailliert geschildert wurde. Die – damaligen – Bezirke V–IX sind zu groß, man muß sie zerteilen...« Diese Aufteilung jedoch »kann mit der Ausbildung einer, in diese und solche Richtung geführten Ringlinie erreicht werden, wie es auf dem beigeschlossenen Grundriß unter t. und dem Namen »Äußerer Großer Ring« ausgewiesen ist.«²⁹ Die Erweiterung des »richtigen Stadtkörpers« war deshalb im Interesse der »grundbesitzenden Bürgerschaft«, weil dadurch die Möglichkeit entstanden wäre, verstärkt hochverdichteten Massenwohnungsbau zu errichten. In dem zitierten »Oberamtlichen Vorschlag« heißt es dazu: »Zum Schluß, selbst die unzweifelbare Tatsache, wonach mit der Legalisierung der Strecken die Unternehmungslust neue Lebkraft gewinnen würde, nicht weniger sich der Wert der betroffenen Grundstücke und Liegenschaften der Umgebung, in der möglichst kürzesten Zeit um viel mehr erhöhen würde, führt die Unterzeichneten mit vollem Recht dazu, daß sie dem Schutz ihrer eigenen materiellen Interessen in diese Richtung energisch petitionieren.«³⁰

Wir sind der Auffassung, daß eine der klassischen sozialökologischen Prämissen, deren Inhalt in der Erklärung des Entstehens »natürlicher Zonen« durch einen freien Bodenmarkt besteht, zu modifizieren ist. Diese Modifikation besteht in folgendem: Neben der

sicherlich vorhandenen Bedeutung der Miet- und Grundstückspreise hat die Budapester Stadtplanung auf die zonale Gliederung des Stadtgebietes einen wesentlicheren Einfluß gehabt. Wir meinen, daß die Budapester Stadtverwaltung durch die zonale Gliederung des Stadtgebietes in homogene Bauzonen den Wertvorstellungen einer monozentrisch angelegten Stadt gefolgt ist. Dabei tritt die interessante Frage auf, wie es möglich ist, daß die Struktur von Budapest – trotz der konsequenten zonalen Stadtplanung – nicht durch klassische sozialökologische Modelle der Stadtentwicklung beschrieben werden kann. Wir bieten dafür zwei Interpretationen an:

1. Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß möglicherweise zwischen der Stadtplanung und den vorgefundenen Regelmäßigkeiten der Stadtentwicklung der Mechanismus einer sich selbst erfüllenden Prophezie gewirkt hat. Von daher glauben wir, daß weitere Analysen des historischen Kontextes notwendig sind.



Der erste Generalbebauungsplan von Budapest. Im unteren Drittel der Karte ist die Dunkelfärbung der Gebiete auf einen Kolorierungsfehler in der Originalkarte zurückzuführen.

²⁹ D. Szilágyi (Hrsg.), Neueste topographische Karte der Hauptstadt Budapest, 1:15 000. Zweite Ausgabe, Budapest 1880. Auf der Rückseite die Begründung des endgültigen Regulierungsplanes, in der Form eines »Oberamtlichen Vorschlages«, den die grundbesitzende Bürgerschaft der Hauptstadt dem geehrten Rate für Öffentliche Arbeiten zu unterbreiten empfahl.

³⁰ Ebda.

2. Es sollte verstärktes Augenmerk auf die damals reale soziodemographische und ökonomische Struktur der Bevölkerung und die tatsächliche Baunutzung geworfen werden. Nach unserer Auffassung lassen sich gerade nach der Vereinigung von Buda, Óbuda und Pest Heterogenitätsprozesse innerhalb verschiedener Bauzonen feststellen, die weder durch die ursprünglichen Planungsvorstellungen noch durch den Mechanismus der Miet- und Bodenpreise erklärbar sind.

Wir versuchen, die angesprochenen Heterogenitätsprozesse in einer weiterführenden Studie zu beschreiben und zu erklären.³¹

³¹ G. Csanádi / J. Ladányi, Budapest területi szerkezetinek nemökológiai vizsgálata, in: Szociológia 1985 (Räumliche Veränderungen in Budapest).

Dieter Hennicken / Volker Roscher

Entwerfen und wissenschaftliche Methode

Zum Amsterdamer Generalplan von 1934

1. Hauptzielrichtungen der Planfeststellung zum AUP – 2. Bestandteile des AUP – 3. Zum Bos-Plan – 4. Zur Einrichtung der Abteilung für Stadtentwicklung – 5. Sozialökonomische Grundlagen – 6. Das Woningwet – 7. Planungstheorie zum AUP – 8. Raumstrukturelle Untersuchungen – 9. Umsetzung der Untersuchungen – 10. Realisierung des AUP – 11. Geistige und kulturelle Strömungen

»Der Dadaismus hat eigentlich viel beigetragen zu der Entwicklung meiner Möglichkeiten um die Realitäten des Lebens... Wissen Sie, der Dadaismus sagt eigentlich: Das Leben präsentiert das und das und das, wir heben es auf von der Straße, so wie Schwitters das gemacht hat..., gehen mit Spiel und Phantasie damit um, fügen alles neu zusammen und fügen noch etwas von uns hinzu.« »So ist das auch ein bißchen mit meiner Arbeit..., man kriegt das ganze Leben präsentiert auf dem Tisch und das ordnet man, Landbenutzung und all diese Dinge mehr und über jedes Ding philosophiert man – hat einen Standpunkt...«¹ So sagt, rückblickend auf sein Leben, ein Mann, der mit 32 Jahren Chefarchitekt und dann Chefplaner einer neu eingerichteten Stadtentwicklungsabteilung von Amsterdam und schon ein Jahr später Präsident der »Internationalen Kongresse für Neues Bauen« (CIAM) wurde.

Die Aussage Cornelis van Eesterens steht für eine damals neue psychische Einstellung vieler Menschen. Es ist dies eine Haltung des positiv Auf-Das-Leben-Zugehens, des genauen Anschauens seiner einzelnen Bestandteile und des Versuches, phantasievoll zu entscheiden und zu verändern, um dann »zu einer Synthese zu kommen ... Synthese *mit Bezug auf*² das, was dem Menschen einfällt in Bezug auf eine schönere und bessere Welt.«³ Die eigene Handlungskompetenz und Zuständigkeit für die soziale und räumliche Umwelt gewinnt an Bedeutung. Die Perspektive eines besseren Neuen durch eigenes und kollektives wie internationales Handeln wurde eröffnet. Dieses konnte sich anfangs besonders deutlich in der Kunst ausdrücken, da sie in der bürgerlichen Gesellschaft als einziger Bereich Raum für »Probearbeiten« neuer gesellschaftlicher Prozesse erlaubt.⁴

¹ Cornelis van Eesteren in einem Interview der agf am 9. 5. 81 in Hamburg, nach einem Transkript des Textes des Filmes »Gedanken über die Funktionelle Stadt«, von agf (agf war die Arbeitsgruppe Funktionalismus, bestehend aus Mitgliedern aus Aachen (RWTH) und Hamburg (HfbK), die Autoren waren Mitglieder). In der Folge zitiert als »Transkript«, hier S. 1/2.

² Van Eesteren legt ausdrücklich Wert auf die Betonung des Kontextes, also die Realität, eben den Bezug auf Daseinsformen, Transkript (s. A 1), S. 4.

³ Ebda.

⁴ Vgl. dazu besonders R. zur Lippe, Naturbeherrschung am Menschen, Bd. 1, Frankfurt/M., 1981, S. 78.

Zu beobachten war dies auch am Entstehen unterschiedlicher Künstlergruppen in ganz Europa, die oftmals nicht lange Bestand hatten. Trotz unterschiedlichster Auffassungen wiesen sie darin Gemeinsamkeiten auf, neue Handlungen ausprobieren zu wollen. Sie standen in internationalem Austausch. Ihr »Probearbeiten« zielte letztlich auf das konkrete Alltagsleben, so auch van Eesteren, der von »De Stijl« über »De 8« kommend seine bereits begonnene Architektenkarriere aufgab, um im »Kollektiv« zu arbeiten, für einen »sozialen Städtebau«.⁵ Dieses Kollektiv fand er in der Abteilung Stadtentwicklung in Amsterdam bei der Erstellung des »Algemeen Uitbreidings Plan« (AUP).

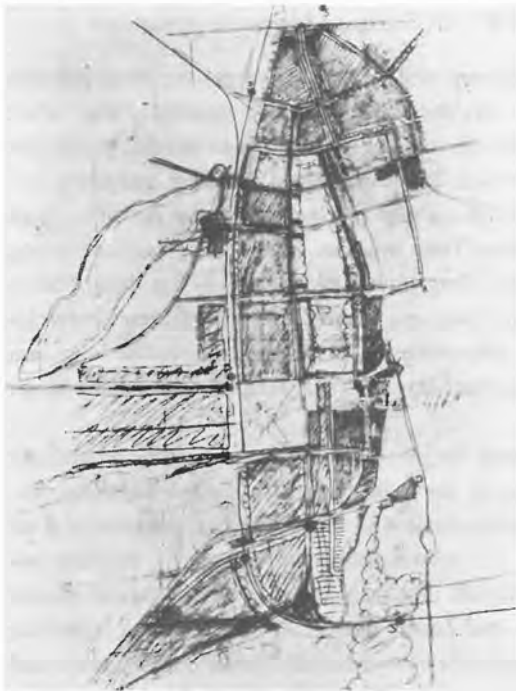


Abb. 1 »Initialskizze westliche Stadterweiterung Amsterdam« (ca. 1929/30), C. van Eesteren.

Der AUP, Generalentwicklungsplan von Amsterdam, 1934, faßt den systematischen Versuch der Veränderung und Verbesserung des konkreten Alltages auf der Grundlage der Verwendung neu gefundenen »Handlungspotentials«⁶ zu gesellschaftlich emanzipatorischen Lebensprozessen in sich zusammen. »Dafür waren Vorbedingungen da, und die waren materieller Art – natürlich – und geistiger Art...«⁷ waren sowohl lokal spezifisch

⁵ Van Eesteren (s. A 1), S. 3.

⁶ Zu den Begriffen des »Probearbeitens« und Handlungs»potentials« vgl. R. zur Lippe (s.A. 4), S. 56ff. und S. 71, S. 77.

⁷ Van Eesteren (s. A 1), S. 3.

wie überlokal und international. Der Plan war sowohl Vorbild wie Resultat aus übernationalem Zusammenwirken. In seiner Umfänglichkeit blieb er einmalig.

1. Hauptzielrichtungen der Planfeststellung zum AUP

Die Aufstellung des AUP war der erste Entwurf eines allgemeinen Erweiterungsplanes einer Großstadt, basierend auf wissenschaftlichen Untersuchungen. Mit der Annahme des Planes legte Amsterdam den räumlichen Rahmen seiner weiteren Entwicklung fest. Zwei Momente sind dabei in dieser Form neu für die Stadtplanungsdiskussion der Zeit:

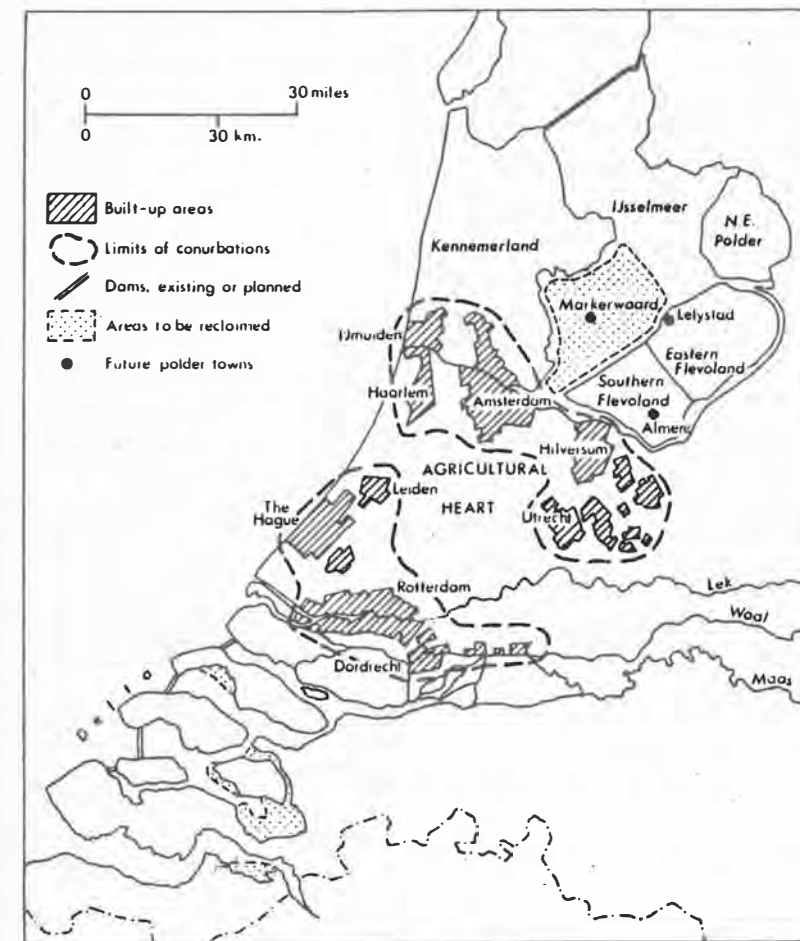


Abb. 2 Die holländische »Randstad«.

1. Die Aufstellung einer umfassenden Norm der Flächennutzungen für die Entwicklung der Stadt in Form eines Gesamtplanes.
2. Die Projektion eines entsprechend räumlich definierten Wachstums der Stadt auf der Basis eines Modells beschränkten Bevölkerungswachstums.

Beide Momente gründen sich auf wissenschaftlich empirische Untersuchungen. Als weiteres wichtiges Moment kommt die Betonung der Gesellschaftlichkeit der Planung hinzu. Denn der AUP wurde nicht nur als ein räumliches, sondern vor allem als gesellschaftliches Konzept begriffen. Es sollte der Versuch unternommen werden, die Stadt Amsterdam, deren ökonomische Bedeutung zunehmend schwand, durch eine systematische Infrastrukturplanung zu einem in sich abgeschlossenen, funktionsfähigen System innerhalb der Arbeitsteilung der »Randstad« zu entwickeln. Diese Zielrichtung enthält die Forderung, über eine planmäßige Entwicklung und Erweiterung der Stadt zu einem Ausgleich sozialer, ökonomischer und hygienischer Bedürfnisse zu gelangen. Diese Diskussion hatte bereits eine lange Tradition im Gemeinderat. Forderungen und Bedürfnisse wurden nicht näher definiert, da sie Ergebnis einer systematischen Untersuchung und Analyse der Entwicklungspotentiale der Stadt sein sollten.⁸

2. Bestandteile des AUP

In der Folge stellte der AUP die zukünftige Entwicklung nicht nur in Plänen dar, sondern legte Grundlagen, Richtlinien und Entwicklungslinien in einem etwa 450seitigen Erläuterungsbericht offen. Der Bericht unterteilt sich in zwei Bereiche, den Erläuterungsbericht (AUP, Deel I, Nota van Toelichting) und die Beilagen (AUP, Deel II, Bijlagen), in denen die Untersuchungen und Berechnungen, die dem AUP, Deel I, zugrundeliegen, wiedergegeben werden.

Der AUP, Deel I, unterscheidet 15 Hauptteile, die sich inhaltlich in drei Gruppen gliedern:

1. Allgemeine Aussagen zur Gesamtentwicklung bzw. Entwicklungstendenz der Stadt.
2. Untersuchungen zu den verschiedenen städtischen Funktionen: Verkehr, Arbeiten, Wohnen, Erholen.
3. Rechtliche Durchsetzungsmöglichkeiten, Voraussetzungen (z. B. Enteignung etc.) und räumlich zeitliche Perspektive.

In einer vorangestellten historischen Übersicht der Amsterdamer Stadtentwicklung unterscheidet der AUP vier Phasen:

1. »Naturwüchsige« Entwicklung zu einem internationalen Seehafen aufgrund der günstigen Lage.

⁸ Vgl. dazu die Diskussionen zum Bosplan, in Gemeenteblad Amsterdam, 1926, Afd. 1, S. 136, in der Folge zitiert als GB.

2. Durch die Befestigungsmauer entstand die Notwendigkeit planmäßiger Erweiterung, charakterisiert durch systematische Straßenführung und erste funktionelle, soziale und räumliche Differenzierung innerhalb der verschiedenen Stadtteile.
3. Ungeordnete Stadterweiterung, bedingt aus dem Bruch mit der Tradition der Kollektivität und der Auflösung gesellschaftlicher Beziehungen.
4. Die Entwicklung staatlicher Fürsorge im Reproduktionsbereich, Verbesserung des Massenwohnungsbaus und die Übernahme der Stadtentwicklung durch den Staat. Resultierte die ökonomische Entwicklung der Stadt ursprünglich aus ihrem Lagevorteil, so stellten nun die infrastrukturellen Vorgaben der Gesamtstadt, auch die qualifizierte Bevölkerung, das eigentliche Entwicklungspotential dar.

Für die Arbeit am AUP wurden daraus folgende Schlüsse gezogen:

1. Erweiterungspläne (Detailpläne) können nicht erstellt werden, ohne daß allgemeine Richtlinien zur Gesamtentwicklung der Stadt bzw. Gemeinde, in Form eines Generalerweiterungsplanes, aufgestellt werden.
2. Die Untersuchung ist über die Gemeindegrenzen hinaus auf die Region auszuweiten. Aus beidem ergab sich die zunehmende Bedeutung der Verarbeitung empirischer Erhebungen zur Grundlegung der Entwicklungstendenzen in Erweiterungsplänen.

Dieser Versuch der wissenschaftlich systematischen Erstellung eines Generalerweiterungsplanes entwickelte sich aus dem Bereich der systematischen Wohnungsfürsorge und des Gemeindewohnungsbaus. Zwei Fakten sind dabei von entscheidender Bedeutung:

1. Die Aufstellung des Planes für Großamsterdam 1926 (Bos-Plan).
2. Die Einrichtung der Abteilung für Stadtentwicklung (stadsontwikkeling, 1928, angegliedert an das Amt für öffentliche Aufgaben (publieke werken, [PW])).

Durch das Eingemeindungsgesetz von 1921 wuchs das Stadtgebiet von Amsterdam von 4395 ha auf 17455 ha. In der Folge wurde die Planungskommission mit der Erstellung eines Erweiterungsplanes für Groß-Amsterdam beauftragt. Sie bestand aus den Direktoren der publieke werken (A. W. Bos), des Wohnungsdienstes, der Bau- und Wohnungsaufsicht, der Gemeindestraßenbahn, den Hauptkommissaren der Polizei und dem Hauptmann der Feuerwehr.⁹

3. Zum Bos-Plan

Der resultierende Plan, der größtenteils von A. W. Bos, dem Direktor der publieke werken erarbeitet worden war, wurde am 22. 1. 1926 dem Stadtrat vorgestellt. Die Reaktionen auf den Plan waren unterschiedlich. Die Kritik richtete sich vor allem gegen zwei Punkte:

1. Daß er einer wissenschaftlichen Fundierung durch Fakten und Untersuchungen entbehre.¹⁰

⁹ GB 1926, Afd. 1, S. 131.

¹⁰ Ebda., S. 136.



Abb. 3 Der »Bos-Plan« (1926). Großamsterdamplan.

2. Daß er zu schematisch sei, zu wenig konkret, willkürlich Straßen, Wohnquartiere usw. festlege, kein Plan sei, der zur Genehmigung vorgelegt werden könne.

Der Plan machte auch ein anderes Dilemma der damaligen Stadtplanung deutlich, den Versuch einer wissenschaftlichen Begründung der Stadtplanung, ohne über adäquate Methoden und Untersuchungen zu verfügen. Die Verfasser wollten eine Studie erstellen, d. h., daß der Anspruch auf eine wissenschaftliche Vorgehensweise erhoben wurde, die zur Grundlage der weiteren Entwicklung der Amsterdamer Stadtplanung werden sollte. Der Geist dieses Anspruches zeigte sich in der ganzen Vorlage. Entwicklungen, Tendenzen – reale und erwünschte – wurden festgestellt bzw. gefordert. Es wurde versucht, diese planmäßig und systematisch räumlich zu fixieren, als Generallinie, nicht als Planentwurf. Allerdings beruhten die Entwicklungen und Forderungen nicht auf eigenen Untersuchungen und Erhebungen, sondern auf dem Vergleich vorhandener Literatur im Zusammenhang mit allgemeinen Erfahrungswerten zur Amsterdamer Situation. Die Arbeit blieb

insgesamt im Bereich der Forderungen und Mutmaßungen, benannte trotzdem schon die zukünftig zu untersuchenden Bereiche und Zusammenhänge und stellte insofern eine neue Qualität, ein neues Bewußtsein in der Auffassung von Stadtplanung dar. Die hier noch geforderten Untersuchungen wurden dann später in der Abteilung für Stadtentwicklung durchgeführt und 1935 im AUP veröffentlicht.

4. Zur Einrichtung der Abteilung für Stadtentwicklung

Die Unzulänglichkeit der publieke werken (PW), des Wohnungsdienstes und der Wohnungsaufsicht in der Lösung der Probleme der Stadterweiterung Amsterdams hatte nach der Eingemeindung (1921) zur Bildung der zweiten Kommission geführt (29. 12. 1922), die die Neuorganisation bei den Diensten prüfen sollte:

1. ob Tätigkeiten der Ämter zusammengefaßt oder anderen Ämtern zugewiesen werden könnten;
2. ob, daraus folgend, eventuell ein neues Amt für Stadtentwicklung eingerichtet werden sollte.

Das Tätigkeitsfeld und die Notwendigkeit der Einrichtung eines Amtes für Stadtentwicklung ist sicher auch aus der Erfahrung des Scheiterns des Bos-Planes mitbestimmt worden.



Abb. 4 Personal Abteilung für Stadtentwicklung (1932).

Der Bericht dieser Kommission wurde am 3. 2. 1928 im Stadtrat vorgestellt und die Bildung einer Abteilung »stadsontwikkeling« (SO) bei den PW beschlossen. Damit wurde die ebenfalls diskutierte Alternative, die PW aufzulösen und die Verwaltung vollständig neu zu organisieren, aufgegeben. Allerdings wurde aufgrund der Relevanz der Stadtentwicklung die Kompetenz der Abteilung SO sehr weit ausgelegt und SO personell und finanziell entsprechend ausgestattet. Daraufhin wurde zum 1. 9. 1928 L. S. P. Scheffer als Leiter von SO eingestellt. Für den Bereich wissenschaftlicher Untersuchungen und Grundlagenforschung wurde der Hoch- und Tiefbauingenieur Th. K. van Lohuizen, bis dahin in Rotterdam zusammen mit Oud im Wohnungsamt tätig, in die Abteilung gerufen. Auf Vorschlag von van Lohuizen, Hudig und Merkelbach wurde Cornelis van Eesteren für den Bereich Entwurf eingestellt. Die von van Eesteren bereits einleitend erwähnten materiellen Grundlagen resultierten in großen Teilen aus der sozialökonomischen Entwicklung der Niederlande im 19. Jahrhundert.

5. Sozialökonomische Grundlagen

Ab ca. 1870 erlebten die Niederlande einen rapiden ökonomischen Aufschwung. Hatte sich nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 das Rhein-Ruhrgebiet zum größten und bedeutendsten Industriearéal Europas entwickelt, so wuchs mit der gleichen Geschwindigkeit die Bedeutung des Rotterdamer Hafens als direkte Verbindung zum Meer. Von Amsterdam aus entwickelte sich ein florierender Kolonialhandel, begünstigt durch den Bau des Suezkanals 1869 und die Eröffnung des Nordseekanals 1876, der Amsterdam einen direkten Zugang zum Meer verschaffte. Die nun einsetzende, scheinbar unbegrenzte ökonomische und technische Expansion ermöglichte größte Profitraten. In der Folge dieser prosperierenden Entwicklung setzte sich in den Niederlanden, aufgrund der schon damals relativ großen Bedeutung des Handels- und Finanzkapitals erst relativ spät und langsam die Industrialisierung durch. Es vollzog sich ein rapides Wachstum der Städte, insbesondere Rotterdams, Amsterdams und den Haags.

Tabelle 1 Bevölkerungswachstum im Zeitraum 1850 bis 1913 in Rotterdam, Amsterdam, Den Haag.

Bevölkerungswachstum im Zeitraum von 1850 bis 1913 in:

Rotterdam	von 90 000 auf 448 000 Einwohner
Amsterdam	von 224 000 auf 588 000 Einwohner
Den Haag	von 72 000 auf 295 000 Einwohner

(Quelle: Hall, P., 1977, World Cities, London, S. 92)

Die demographischen Daten (vgl. Tabelle 1) zeigen bereits den relativen Einbruch Amsterdams als führender Industrie- und Hafenstadt im Vergleich zu Rotterdam. Schon hier

deutete sich die spätere Arbeitsteilung der »Randstad« an: Rotterdam Industrie- und Schwerhafen, Amsterdam Handels- und Finanzkapital, Den Haag Verwaltung. Obwohl in den Niederlanden schon vor der Industrialisierung fast die Hälfte der Bevölkerung in den Städten lebte, was damals den höchsten Stand der Verstädterung in Europa bedeutete, entstand wegen des großen Zuzuges von Arbeitern in die Städte eine große Wohnungsnot – vergleichbar den Verhältnissen in anderen europäischen Metropolen –, die verstärkt wurde durch die europäische »Landbaukrise« 1875 und den wachsenden Geburtenüberschuß. Diese Tatsachen drücken eine neue Qualität der Gesamtstadt für die gesellschaftliche Produktion und Reproduktion aus, d. h. der Bedeutung der Qualität des Wohnens, der Organisation der Raumstruktur der Stadt und der Region. Die privatwirtschaftliche Initiative blieb, bezogen auf die Gesamtheit der Stadt als Infrastruktur, bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts unzureichend. Die kompensatorisch dazu gestarteten kommunalen (lediglich) wohnungspolitischen Initiativen mündeten in eine zentralstaatliche Gesetzesinitiative, die Anfang dieses Jahrhunderts in einem zentralen Gesetz Ausdruck fand, das der Stadt als Infrastruktur Rechnung trug.

6. Woningwet

Diese erste umfassende zentralstaatliche Regelung zur Reproduktion des Gesamtkapitals auf sozialer und raumstruktureller Ebene bildete das »woning wet« (Wohnungsgesetz), das 1902 von der Krone verabschiedet wurde. Das Gesetz umfaßte zehn Paragraphen, die sich inhaltlich in drei Bereiche gliederten:

1. Regelungen zur Flächennutzung betreffs zukünftiger Bebauung.
2. Regelungen zur Flächennutzung betreffs bestehender Bebauung.
3. Finanzielle Eingriffe des Staates in die Bauproduktion.

Drei Momente waren für das Gesetz ausschlaggebend, (1.) die Ankurbelung privater Investitionen durch finanzielle Hilfen des Staates, (2.) gesellschaftliche Befriedungsstrategien gegen entstehende soziale Unruhen, (3.) Beeinflussung der raumstrukturellen Entwicklung der Städte und des Großraums der Randstad. Staatliche Eingriffe zur Sicherung der Voraussetzungen der Produktion und Reproduktion des Kapitals hatten eine lange Tradition auf kommunaler Ebene. Landgewinnung, Stadtgründungen etc. waren in den Niederlanden immer schon in starkem Maße auf gesellschaftliche, kollektive Planung angewiesen. Neu war jetzt die zentrale und finanzielle Regelung durch das Reich. Während die gesetzlichen Regelungen zur Finanzierung im Bereich Wohnungsbau von den kommunalen Bauträgern, Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften relativ schnell in Anspruch genommen wurden, fanden die Regelungen zur Stadtplanung erst später Anwendung.

Erst die Stadterweiterungspläne (Teilpläne), vor allem Berlages, weisen den Übergang zur neuen Dimension einheitlicher Planung eines größeren Stadtzusammenhangs als neue, gesellschaftliche Aufgabe aus und zeigen die neue Bedeutung der Stadtplanung auch für die

Architektursprache.¹¹ Die dann im AUP 1934 getroffene großräumliche planerische Zuweisung von Funktionszusammenhängen stellte wohl einerseits die Bedeutung der Stadtplanung als Instrument der Kapitalverwertung auf räumlich-gesellschaftlicher Ebene dar, andererseits jedoch auch die Möglichkeit der Stadtplanung als Instrument zur Verbesserung der Lebensbedingungen sozial unterprivilegierter Klassen.

7. Planungstheorie zum AUP

Die von van Eesteren eingangs bezeichnete »schöne« Stadt formulierte den Anspruch der Planer. »Schön« meinte nicht nur die äußere Form, sondern wesentlich die Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens, das Wechselverhältnis von Individuum und Kollektiv. Die Lebenszusammenhänge des Menschen in der Stadt bedingten dabei die qualitativen Ansprüche an die räumliche Organisation der Stadt. Der Stand der Produktion zeigte nur sehr bedingt die Chance zur Mischung von Lebensbereichen. Die Industrie und der tertiäre Sektor hatten bereits eigene, separate Standorte bezogen, z. B. »cityvorming«. Das wichtigste Ziel sahen die Planer daher im Bereich »ontspanning« (Erholung inklusive Kultur). Darunter wurde die Verbindung von »Schönheit der Natur« mit sozialen Gelegenheiten verstanden. Das »Grün« wird zum zentralen Synonym für die »soziale Stadtplanung«. Es wird Teil des »Wohnens«. Die Qualität des »Wohnens« wurde nicht allein auf den projektierten hellen und geräumigen Grundriß bezogen, sondern ergriff das unmittelbare Umfeld, in den Grünzonen und in der gesamten Stadt. Die Raumergreifung in der Stadt wurde aus dem Lebensanspruch der arbeitenden Klasse hergeleitet.

Das wird deutlich in der Betonung der funktionalen, quantitativen und qualitativen Differenzierung der Grünflächen, für die – unterschieden nach räumlicher Erreichbarkeit und Nutzergruppen – ein räumlich abgestuftes Grünflächensystem entwickelt wurde.¹² Es wurden quantifizierte Werte hergeleitet aus einer speziellen Untersuchung der quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Benutzbarkeit der Grünflächen. Die Erhebung des Grüns zur zentralen Bedeutung für die Reproduktion der Arbeitskraft erweist sich aus den verwendeten Untersuchungskriterien wie Tagesabläufen, berufskompensatorischen Bedarfen u. ä. Aufgrund der Empirie der segregierten Flächennutzung wurde der Verkehr¹³ zu einer der wichtigsten Bedingungen der Raumergreifung. Seine hohe Gewichtung wurde notwendig, da die nicht mehr vorhandene »räumliche Nähe« durch eine soziale Kategorie ersetzt werden sollte, durch die »Erreichbarkeit« der städtischen Lebensbereiche.

¹¹ Vgl. H. P. Berlage, Gedanken über den Stil in der Baukunst, Leipzig 1905.

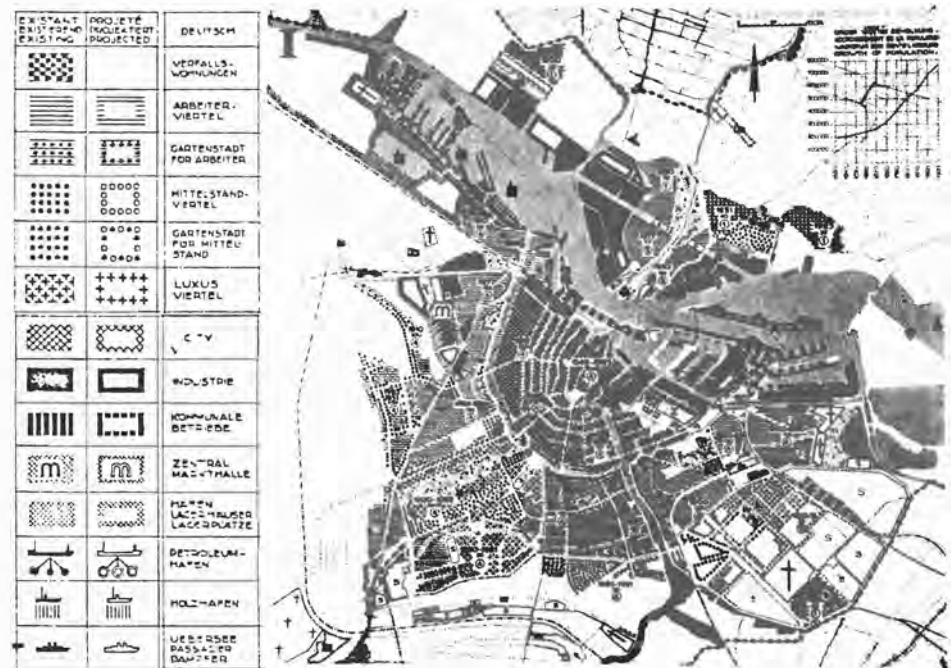
¹² 1. Naturschön zur allgemeinen Erholung, 2. Stadt- und Stadtteilparks, 3. Sport- und Spielflächen (auch Wassersport und Strandbäder), 4. Schrebergärten und Schulgärten (Nutzgärten), vgl. AUP, Deel I, S. 89–113.

¹³ Zu den ersten Untersuchungen der Abteilung SO gehörte eine Verkehrszählung der gesamten Stadt (1930), an der 2800 Zähler beteiligt waren, vgl. L. S. P. Scheffer, Het schema voor de verkeersverbetering in de binnenstad van Amsterdam, in Tijdschrift voor Volkshuisvesting 1931, S. 106ff.

8. Raumstrukturelle Untersuchungen

Die Handlungspotentiale dieser planerischen Überlegungen sind im wesentlichen aus den konkreten raumstrukturellen Erfordernissen der Kapitale an die Standorte abgeleitet worden. Diese Dialektik war den Planern durchaus bewußt und wurde von van Eesteren angewendet, um seine sozialen Ansprüche zu realisieren.¹⁴ Um zu »wissen, was die Stadt ist«,¹⁵ hatte man zu allererst eine Bestandsaufnahme kartiert. Das Ergebnis war eine sozialräumlich differenzierte Karte, in der neben Flächennutzungen, Verkehr, wichtigen Bebauungen und Gebäudealter in den Quartieren auch die sozialen Gruppen – nach drei Merkmalen unterschieden – räumlich dargestellt wurden. Es ergab sich ein Zusammenhang der Wohnorte und Wohnbedingungen verschiedener sozialer Gruppen, sowie eine unterschiedliche Erreichbarkeit städtischer Lebensbereiche.

Unter der Leitung van Lohuizens wurde parallel eine großangelegte Bevölkerungsentwicklungsstudie durchgeführt, die ein begrenztes Bevölkerungswachstum, um ca. 200 000



Quelle: Steinmann, M., 1979, CIAM, Dokumente 1928–1939, Basel/Stuttgart

Abb. 5 Sozialräumliche Karte von Amsterdam (CIAM-Vorlage), nach baulichen, räumlichen, sozialen Gruppen, nutzungsmäßigen Merkmalen (1933).

¹⁴ Interview 19.10. 81, agf mit van Eesteren in Amsterdam.

¹⁵ Van Eesteren 1931, nach M. Steinmann, CIAM, Dokumente 1928–1939, Basel 1979, S. 114.

Einwohner auf ca. 960 000, bis zur Jahrtausendwende vorhersagte. Aus der Annahme über die Anteile der Berufsgruppen wurde die mögliche Industriefläche errechnet. Man ging von einem drei- bis vierfachen Anstieg der vorhandenen Industriefläche auf insgesamt ca. 600–800 ha aus und rechnete damit, daß ca. 50 ha an den Tertiärbereich verloren gingen.¹⁶ Die Dominanz des Tertiärbereiches ist auch deutlich aus der Berechnung der benötigten Anzahl Wohnungen zu ersehen. Von den 110 000 neu zu errichtenden Wohnungen waren ca. 12 000 Folge des sog. »cityvorming« (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2 Berechnung der notwendigen Wohnungen

Totaal benodigd aantal woningen voor een bevolking van 960 000 zielen bij een gemiddeld aantal inwoners per woning van 3,37 personen	285 179
Aanwezige woningvoorraad	200 867
Nieuw te bouwen woningen wegens bevolkingsaanwas en gezinsverdunding	84 312
Extra benodigd voor aanvulling wegens door saneering vervallen woningen	13 460
Extra benodigd voor aanvulling wegens door cityvorming vervallen woningen	12 039
Extra benodigd voor aanvulling wegens vervallen van woningen in het landelijk gebied	1 370
In totaal benodigde nieuwe woningen	111 181

Quelle: Algemeen Uitbreidingsplan Amsterdam, (AUP), S. 82 (1934, genehmigt 1935).

9. Umsetzung der Untersuchungen

Innerhalb der geschlossenen Entität des Gesamtplanes sollten die vier Funktionen städtischen Lebens, Verkehr – Arbeiten – Wohnen – Erholung, zu einer harmonischen Funktionseinheit räumlich und sozial organisiert werden. Die vorgeschlagene zentralisierte Stadtform war ein deutlicher Bruch mit der stadtplanerischen Tradition sowohl der Gartenstädte in ihrer Ausprägung als Vororte, wie der Trabantensiedlungen als Ausdruck bloßer Wohnstadtplanungen. Die bestehende ökonomische und städtische Struktur determinierte die räumliche Zuordnung der Wohnquartiere. Als abgeschlossene Einheiten konzentrierter Bebauung geplant, sollten sie – durch Grün- und Erholungsgebiete von den anderen Funktionen und Nutzungen getrennt – eine einfache und schnelle Verbindung zur Stadt, den Industriegebieten und untereinander erhalten.

Als räumliche Fixpunkte wurden die Innenstadt – als expandierender tertiärer Bereich, unter Anschluß an ihr Straßensystem – und die Hafenanlagen gesetzt. Die räumliche Weiterentwicklung des Hafens sollte sich nach Westen hin ausdehnen, um die Transportstrecke und die Kosten zur Wartung des Nordseekanals zu reduzieren. Weiter bestand hier

¹⁶ Vgl. AUP, Deel I, S. 55–61.



Abb. 6 Der Amsterdamer Generalplan (het algemeen Uitbreidingsplan, AUP), 1934.

die Möglichkeit, auf kommunalem Boden¹⁷ Industriegebiete vorzuhalten (Konkurrenz mit Rotterdam) und weiterverarbeitenden Betrieben, die hier traditionell einen Wirtschaftsschwerpunkt bildeten, eine direkte Hafenanbindung anzubieten. Daneben waren für kleinere Industrien und Gewerbe Flächen in den Wohngebieten ausgewiesen.

Das bedeutete für den Arbeiterwohnungsbau logischerweise die Stadterweiterung in westliche Richtung, womit die Anbindung an die Industrie- und Hafenflächen und die Stadt gesichert war. Die südliche Stadterweiterung für gehobenen Wohnungsbau, geringerer Dichte, wurde an die tertiäre Stadtstruktur angebunden. Die bestehende »ringspoorbaan« (Ringeisenbahn) bildete in dem Zusammenhang einerseits ein wichtiges Verbindungsglied, andererseits war sie eine stadträumliche Grenze. Die stadträumliche Gliederung und Differenzierung der Wohngebiete wurde durch die Elemente Verkehr und Grün erreicht. Als funktional verbindende Elemente bildeten sie zugleich die Grenze, umschreiben und definieren die Quartiere als räumliche Einheiten (de Stijl-Prinzip).

¹⁷ Die Gemeinde Amsterdam führte seit dem Ende des 19. Jhs. eine konsequente Bodenvorratspolitik durch. Boden wurde nur in Erbpacht vergeben, so daß mit Ausnahme der Innenstadt der größte Teil des städtischen Bodens kommunalisiert war.

Abb. 7a/b/c Vogelschau zu den Entwürfen der neuen Stadtteile im Süden und Westen (= farbige Beilagen zum AUP von 1934).



Abb. 7a Der südlich geplante Stadtteil »Buitenveldert«, im Vordergrund das Berlage'sche Amsterdam Zuid.



Abb. 7b Die geplante westliche Stadterweiterung mit dem anzulegenden See (Sloter Plas) und dem Hafen im Hintergrund (von Süden nach Nordwest gesehen).

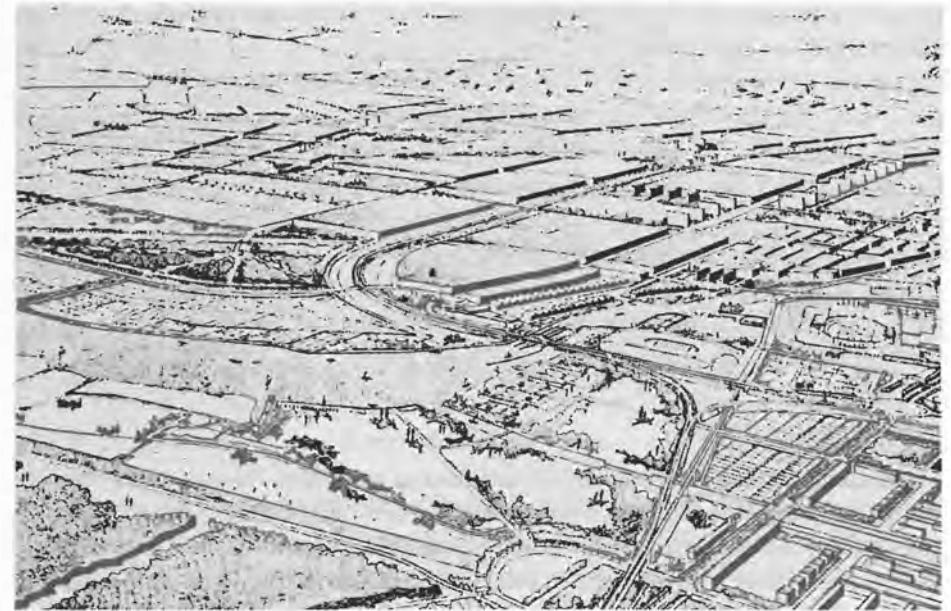


Abb. 7c Ansicht der geplanten westlichen Stadtteile im Vordergrund der »Amsterdamse Bos« (geplanter Stadtwald) mit der Ruderbahn, dahinter der Fluß, die Amstel.

In seiner Funktion als Gesamtplan weist der AUP lediglich die für wichtig erachteten Momente der Gesamtentwicklung auf. Das Verkehrssystem unterteilte die Wohnbauflächen in relativ gleichgroße, an die Hauptachsen angebundene Flächen, da diese erst mit Hilfe von Detailplänen ausdifferenziert werden sollten. Andererseits wurden großräumig der spätere See Sloterplas und die Grünzüge als strukturelle Momente der räumlichen und sozialen Gliederung der Stadt festgelegt. Diese funktionellen Ordnungsprinzipien der städtischen Elemente wurden einer formal ästhetischen Bestimmung des Raums entgegengesetzt.

Die Wohnquartiere wurden mit von innen nach außen abnehmender Dichte differenziert. Die Gebiete innerhalb der ringspoorbaan, die unmittelbar zur Bebauung anstanden, sollten mit 3–4geschossigen Zeilen bebaut werden (Bos en Lommer). Sie sollten räumlich den Übergang von der alten zur neuen Stadt deutlich werden lassen. Darüber hinaus war die dichtere Bebauung von den Finanzierungsrichtlinien des wonigwet abhängig, die Zuschüsse nur gewährten, wenn Höchst- oder Mindestwerte bezüglich Wohnungsgröße, Ausstattung und Bebauungsdichte eingehalten wurden. Diese Werte lagen deutlich unter den qualitativen Anforderungen der Amsterdamer Verwaltung und waren ein ständiger Friktionspunkt zwischen Zentralregierung und Gemeinde.

Für die zeitlich später geplanten Siedlungen hoffte man auf die Weiterentwicklung und Verbesserung der Normen zum sozialen Wohnungsbau. Diese Quartiere sollten in einer

gemischten Bauweise mit Einfamilienhäusern und 3–4geschossigen Gebäuden ausgeführt werden. Wie verschiedene, in der Abteilung SO durchgeführte Untersuchungen gezeigt hatten, war bei der projektierten Dichte von 70 Wohnungen/ha, bei großzügiger Parzellierung, auch im »Hochbau« und unter Zugrundelegung der angestrebten verbesserten Werte des sozialen Wohnungsbaus, noch ein Anteil von 50–60% des angestrebten Flachbaus zu erreichen. Ausgehend von der geplanten Dichte und der erwarteten Bevölkerungszahl wurde der Flächenbedarf berechnet. Dabei ging die Bevölkerungsprognose von einer Verringerung der Anzahl der Familienmitglieder aus. Als Konsequenz für die Planung ergab sich ein vermehrter Wohnungsbedarf, der noch verstärkt wurde durch die fortschreitende Tertiärisierung im Bestand. Der ermittelte Wohnungszuwachs betrug über 50% bei einer Bevölkerungszunahme von nur ca. 27%.

10. Realisierung des AUP

Die Realisierung des AUP erfolgte im wesentlichen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Detailpläne wurden jedoch größtenteils schon vor bzw. während des Krieges entwickelt und teilweise vom Stadtrat verabschiedet. Sie wurden, während die Bautätigkeit ruhte, weiter ausgearbeitet, so daß nach dem Krieg auf eine Reihe fertiger Pläne zurückgegriffen werden konnte. Dabei wurden sie oft verändert und den modifizierten Richtlinien bezüglich Finanzierung, Normen zur Wohnungsgröße etc. angepaßt. Es zeigt sich im Vergleich des AUP mit dem heutigen Weichbild der Stadt, daß die Hauptlinien (Verkehrsanbindung, Größe und Lage der Quartiere etc.) der im Plan festgeschriebenen städtebaulichen Entwicklung fast vollständig realisiert wurden.

11. Geistige und kulturelle Strömungen

Die erste nach dem AUP realisierte Siedlung war »Bos en Lommer« (ab 1935). Die Diskussion und Konflikte bei der Umsetzung des ersten Teilbereiches, »Landlust«, konkretisierten die sozialen und ästhetischen Ansprüche und Vorstellungen der Planer für den Bereich des Wohnungsbaus im Sinne von Daseinsfürsorge. Hier wird der Versuch deutlich, die in den zwanziger Jahren auf der Folie des »internationalen Stils« in Europa und den Niederlanden entwickelten neuen Formen des Zusammenlebens in der Synthese von Stadtplanung, Wohnungsbau, Architektur und Stadtgestaltung umfassend in die Stadtentwicklung einzubinden und massenwirksam praktisch umzusetzen.

Für die Siedlung »Landlust« bestand bereits ein Detailplan (Bebauungsplan) in traditioneller Blockbauweise. Er entsprach nicht mehr der neuen Planungsauffassung in der Abteilung SO, die eine Zeilenbebauung realisieren wollte. Die Gründe waren, (1.) bessere Belichtung und Belüftung und (2.) Verringerung der Verkehrsbelastung durch Abkopplung von der Hauptverkehrsstraße und Erschließung durch eine Quartiers-(»service«) Straße. Die Zentralregierung lehnte die Bezuschussung dieser Bebauung jedoch ab, da sie die geforderte Dichte für nicht erreichbar hielt.

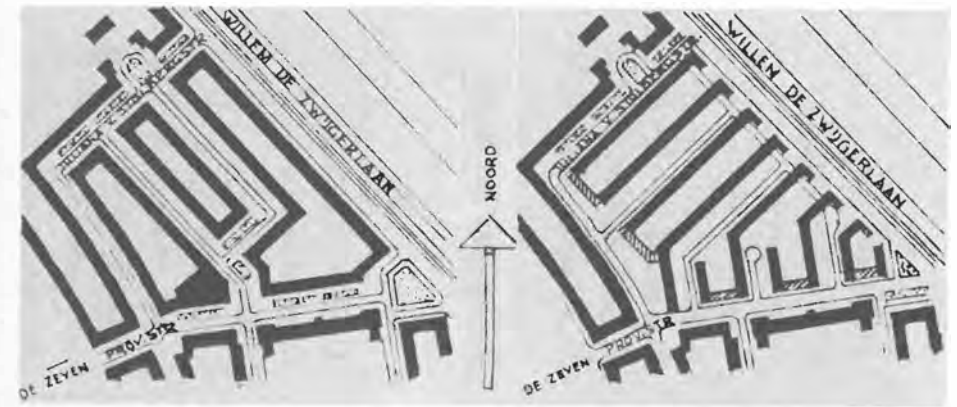


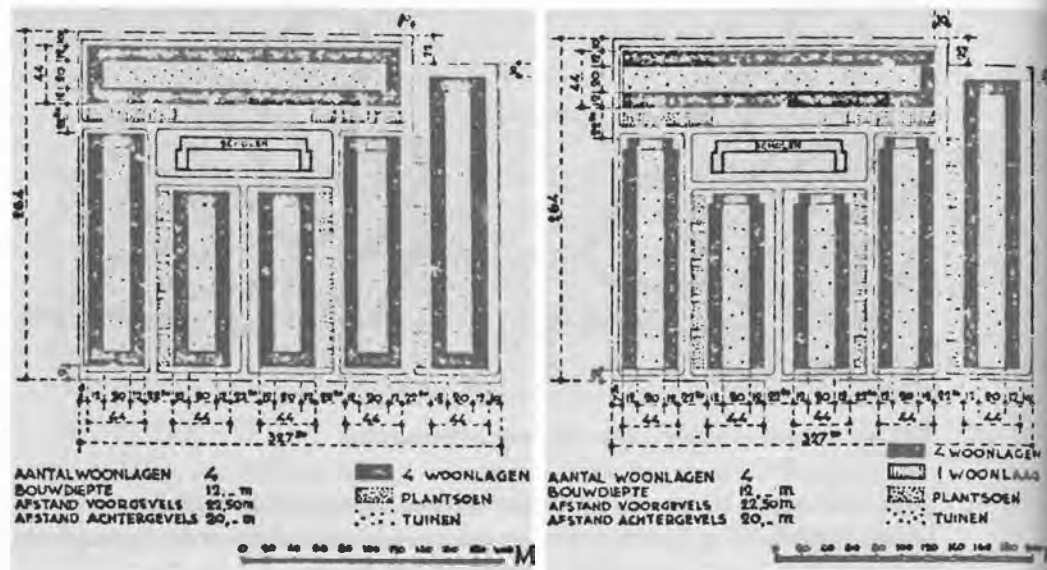
Abb. 8a Quartier »Landlust«, alter und neuer Bebauungsplan.

Die Antwort von SO war: die Durchführung einer Untersuchung, die die Bauweisen und Dichten verglich.¹⁸ Das Ergebnis erbrachte gleiche Dichtemöglichkeiten der neuen offenen Bauweise. Mit dieser Untersuchung verfolgte SO die Perspektive, die offene Zeilenbauweise zum Regelfall der Stadterweiterung zu machen. Daher beteiligte sie auch einen Reichsinspektor der Zentralregierung an der Durchführung. Die offene Bauweise wurde damit grundsätzlich als förderungsfähig anerkannt. Diese Rationalität der Aneignung von Lebenszusammenhängen artikuliert sich nicht nur in der äußeren Gestaltung der Siedlung.

¹⁸ Die Ergebnisse wurden 1937 in der Studie »Grondslagen voor de stedenbouwkundige ontwikkeling van Amsterdam, Uitbreidingsplan Bosch en Lommer« publiziert.

Abb. 8b Landlust.





gen und Architektur, sondern auch in dem Versuch des Bezuges der Grundrißgestaltung auf die alltäglichen Lebensabläufe, ein Versuch, der sich in Teilen auch schon im »Neuen Frankfurt« und im Bauhaus, ab Herbst 1923, findet.

Dieser Bezug wurde bewußt aufgenommen und macht die Eingebundenheit des »Neuen Amsterdam« in die Entwicklung der gesamten Moderne deutlich. Diese Moderne bestand nicht nur in der Architektur, sondern im gesamten kulturellen Bereich der Kunst (Malerei, Skulptur, Literatur) und der Wissenschaft (Technik, Sozialwissenschaften, Psychologie) und in einer internationalen Kommunikations- und Rezeptionsbeflissenheit. Das äußerte sich in der Bildung einer Vielzahl – teils sehr kurzlebiger – Gruppen, häufigen Reisen und Kongressen, deren Resultate in Manifesten niedergelegt und in kleinen, gruppeneigenen Zeitschriften publiziert wurden.

Am Beispiel der Person Cornelis van Eesterens läßt sich dies gut darstellen. Als er 1923 aufgrund eines Studienentwurfes ein Reisestipendium (Prix de Rome) zum Studium der norddeutschen Backsteinarchitektur erhielt, reiste er statt dessen an die Orte in Europa, an denen er Vertreter der Moderne treffen konnte und beschäftigte sich mit Städtebau. Er traf in Skandinavien E. Saarinen und Asplund, in Wien Loos, in Weimar van Doesburg und die Mitglieder des Bauhauses, über van Doesburg und die letzteren auf die Dadabewegung und die Konstruktivisten. Van Doesburg gab seit 1922 die Zeitschrift »De Stijl« von Weimar aus heraus, um gegen die »Mittelalterlichkeit« der damaligen Bauhausphase zu argumentieren. Über van Doesburg fand van Eesteren Anschluß an »De Stijl«, dessen Mitglieder J. J. P. Oud, Piet Mondrian, Gerrit Rietveld, Jan Wils u. a. waren.

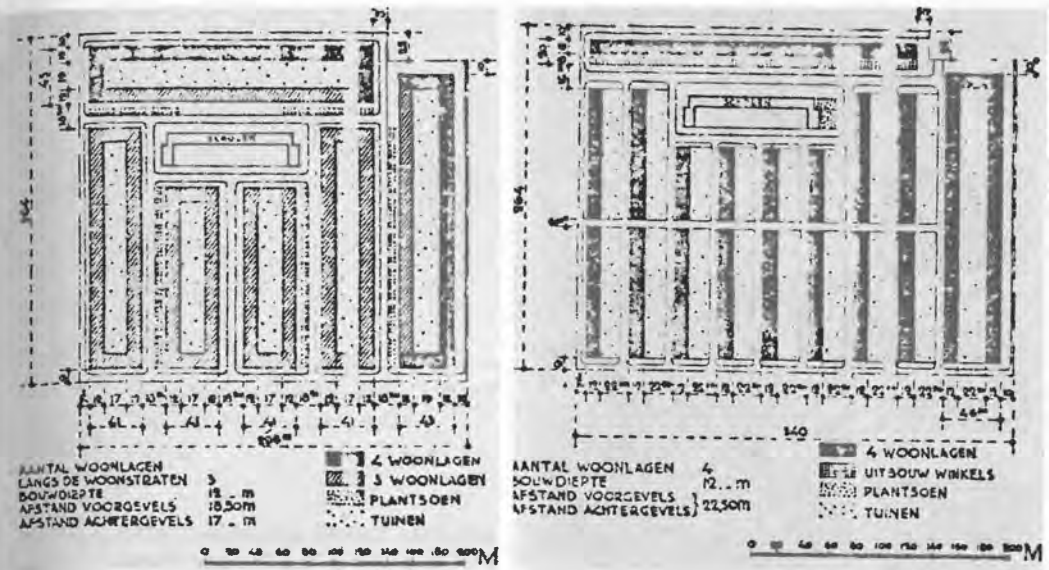
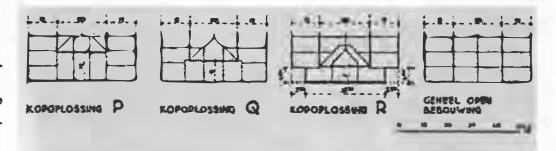
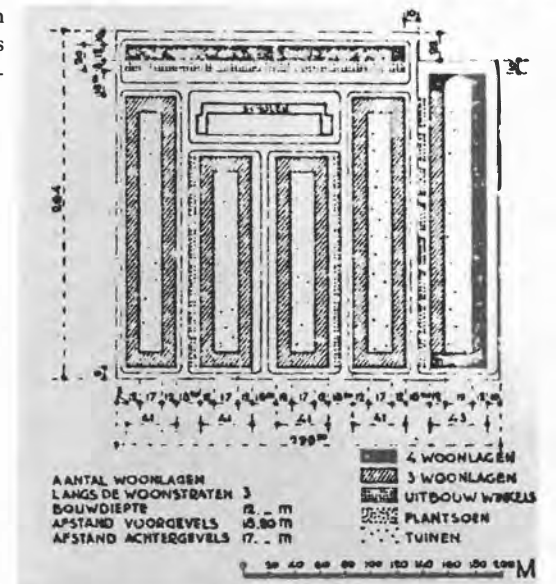


Abb. 9 Dichteuntersuchung: Vergleich von Zeilen- und Blockbauweise als Nachweis gegenüber der Zentralregierung.



Quelle: Grondslagen voor de stedenbouwkundige ontwikkeling van Amsterdam, Uitbreidingsplan Bosch en Lommer, Amsterdam 1937, S. 11–13.

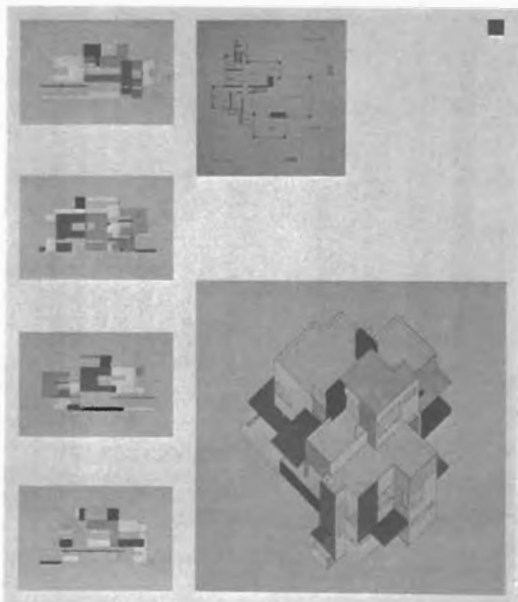


Abb. 10a Maison particulière (1923), Van Eesteren und Van Doesburg (Farbstudie und Grundriß).

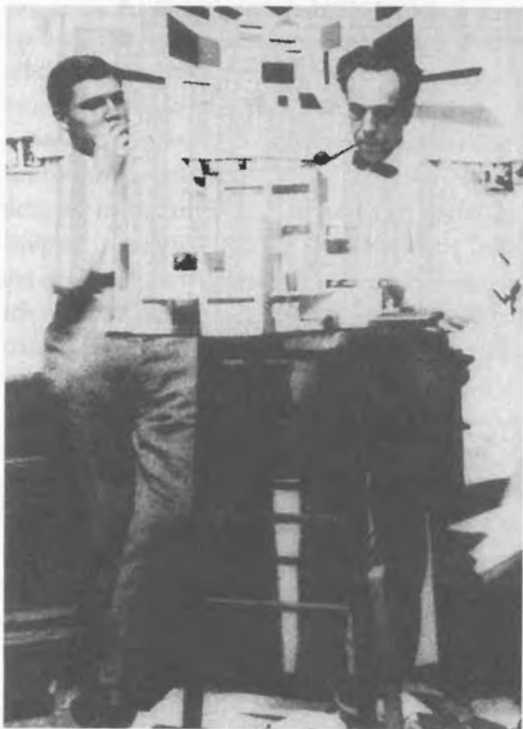


Abb. 10b Van Eesteren und Van Doesburg. (V.E. links) am Modell des Maison particulière (1923).

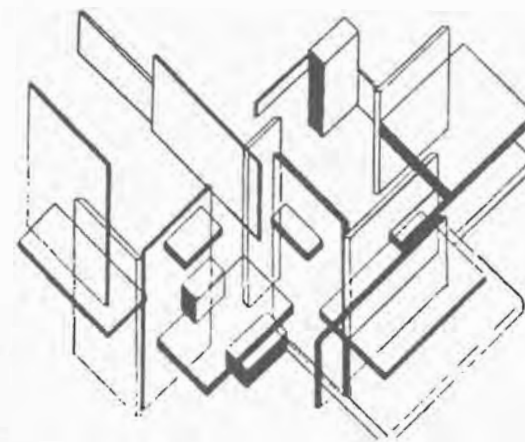


Abb. 10c Maison particulière (Elementarisierung in Flächenkanten). Van Eesteren und Van Doesburg, 1923.

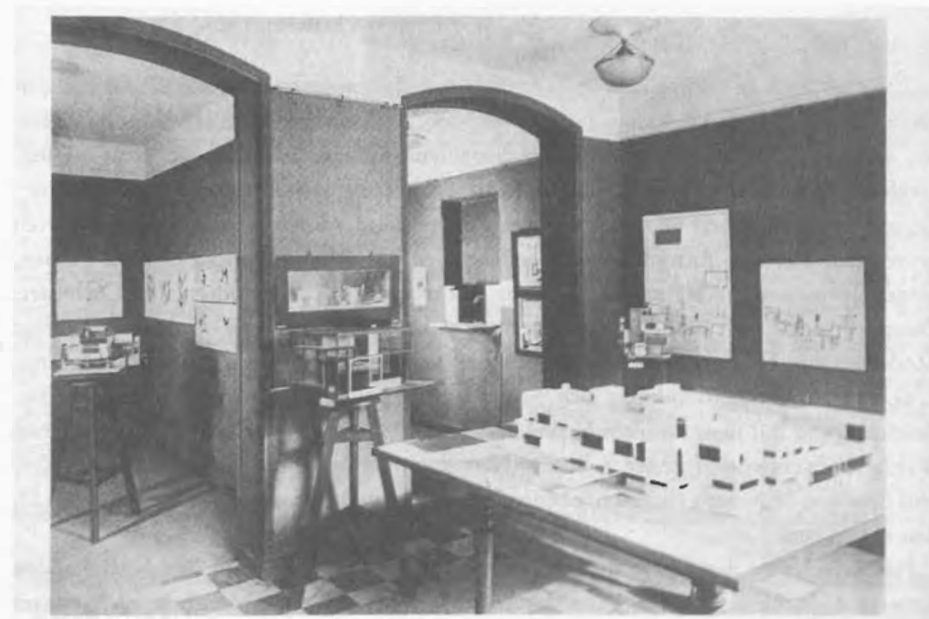


Abb. 10d Salon Léonce Rosenberg, De Stijl-Ausstellung, Paris 1923.

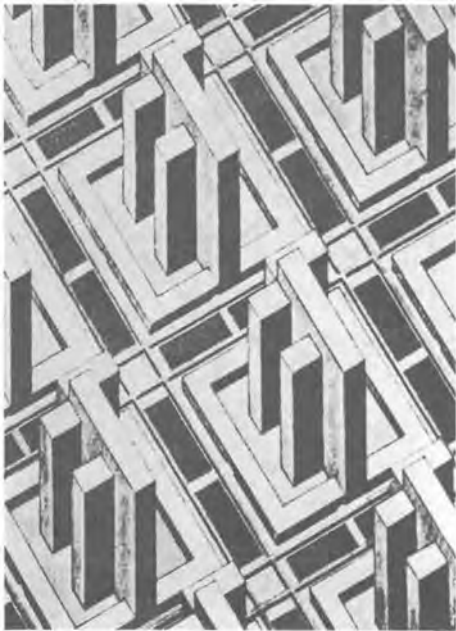


Abb. 10e Entwurf für ein Geschäftsviertel, Paris, van Eesteren mit L. G. Pineau, 1924.

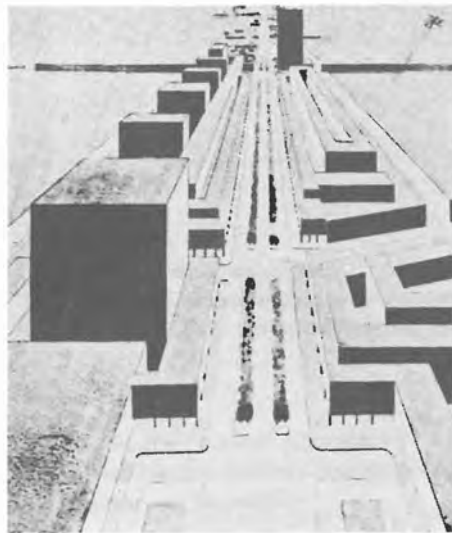


Abb. 11 »Unter den Linden« Berlin, Wettbewerb ausgeschrieben von Wasmuth (Verlag), 1. Preis, van Eesteren, 1925.

Auf »De Stijl« gehen zwei der wichtigsten Grundlagenprinzipien des AUP zurück: (1.) »Kein Element ist »bedeutender« als das andere, keines kann bei der Integration weggelassen werden. Das Zusammenwirken, Nebeneinander dieser Elemente ist nicht additiv, sondern exponential.«¹⁹ und (2.) die Dialektik der »Elementarisierung und Integration der Grenze zwischen innen und außen«. Van Eesteren und van Doesburg experimentierten gemeinsam mit der Anwendung dieser Theorien auf Architekturformen und Farben, gingen gemeinsam nach Paris in das Zentrum der französischen Moderne (Le Corbusier, Ozenfant = L'Esprit Nouveau) und stellten in Léonce Rosenbergs »Galerie de l'Effort Moderne« aus. Hier in Paris setzte van Eesteren diese Experimente in der Stadtplanung mit L. G. Pineau fort und widmete sich besonders der Bewältigung des Stadtverkehrs. Die Beschäftigung mit dem Problem Verkehr und Stadtplanung schlug sich in verschiedenen Wettbewerbsentwürfen nieder, z. B. zur »Neugestaltung des Rokin in Amsterdam« (1924) und dem von Wasmuth ausgeschriebenem Wettbewerb »Berlin unter den Linden« (1925), den er gewann.

Das verschaffte ihm internationalen Zugang zur Moderne. Auch in den Niederlanden hatte er Aufnahme gefunden. Unterstützt wurde das durch seine Mitarbeit im Büro von

¹⁹ Nach Y. A. Bois, Zur Definition des »De Stijl«, in *Werk, Bauen + Wohnen*, Nr. 7/8, 1983, S. 43.



Abb. 12 Van Eesteren auf der Patris II (= CIAM IV) erläutert die Pläne für Amsterdam (1933).

Jan Wils. Er wurde in die »schoonheidscommissie«²⁰ der Stadtplanung von Rotterdam berufen. Oud war zu dieser Zeit Chefplaner von Rotterdam, van Lohuizen arbeitete an der Wohnungsstatistik im Wohnungsamt und war Vorsitzender des »opbouw«, in dem van Eesteren 1925 einen Vortrag über seinen Entwurf »Berlin unter den Linden« hielt und Mitglied wurde. Die Gruppen »opbouw« und »De 8«, insbesondere nach ihrer späteren Vereinigung, wurden das Sammelbecken der modernen Architektur und Stadtplanerbewegung in den Niederlanden. Ein Teil der Mitglieder bildete später das holländische »CIAM-Büro«.

Die CIAM, deren Präsident van Eesteren 1930 (Rationelle Bebauungsweisen) wurde, versuchten die modernen Tendenzen auf europäischer Ebene zu einer einheitlichen Bewe-

²⁰ Die schoonheidscommissies (»Schönheitskommissionen«) waren der kommunalen Bauverwaltung beigeordnet. Sie beurteilten die Fassadenentwürfe auf ihre stadträumliche und gestalterische Qualität hin. So wurde durch die Besetzung dieser Kommission mit Vertretern der »Amsterdamer Schule« in den frühen 20er Jahren das Stadtbild von Amsterdam geprägt.

gung zusammenzufassen. Entstanden waren sie aus der Niederlage der Moderne (Le Corbusier und Jeanneret) im Völkerbundwettbewerb. Die Methoden bei der Analyse und Synthese der Städte wurden von van Eesteren in die CIAM eingebracht und im CIAM IV als verbindliche Grundlage ausgeführt. Sie waren vorher in Amsterdam entwickelt und erprobt worden. Van Lohuizen war dabei bestrebt, den Stand der Wissenschaft auf internationaler Ebene zu rezipieren, wobei die Stadtplanung um die Sozialwissenschaft erweitert wurde.²¹ Die Untersuchungen zum AUP spiegeln dies wider. Sicher lagen Überlegungen von Patrick Geddes²² zugrunde und die Erfahrungen des Generalplanes von New York (1923), und auch E. Howards Gedanken finden sich wieder. Es bestanden auch engere Kontakte zu Unwin und Parker. Die Quantifizierung der Grünbereiche ging auf Martin Wagners Dissertation²³ zurück. Der gesamte Planungsansatz jedoch ging über alle Rezeption hinaus, indem die verwendeten Inhalte, ganz nach dem Prinzip des »De Stijl«, nicht als beliebig aneinandergefügte Teile behandelt wurden, sondern als Integration zu einem nicht nur formalen Ganzen, zu einer sozial-räumlichen Gesellschaftsperspektive. Insofern ist der AUP neueren parzellierten Siedlungs- und Stadtteilplanungsansätzen, wie auch seiner eigenen Fortschreibung voraus, da diese lediglich räumliche Fragmente, aber keine umfassende Lebensperspektive sind.

²¹ Der wissenschaftliche und kommunalpolitische Ansatz von van Lohuizen drückte sich auch aus in seiner Mitarbeit im »Nederlands instituut voor volkshuisvesting« (NIV), dessen Gründung auf dem Stadtplanungskongreß 1924 in Amsterdam beschlossen wurde und dem die meisten Wohnungsbauvereinigungen, alle großen Kommunen und eine Anzahl wichtiger Persönlichkeiten aus dem Bereich Stadtplanung und Wohnungswesen angehörten. Aufgabe des NIV war, wissenschaftliche Untersuchungen zum Wohnungswesen und zur Stadtplanung zu erstellen, mit dem Ziel, mit diesen Ergebnissen die Wohnungspolitik der Regierung zu beeinflussen.

²² Vgl. P. Geddes, *Cities in Evolution. An Introduction to the Town Planning Movement and to the Study of Civics*, London 1915.

²³ M. Wagner, *Das sanitäre Grün der Städte, Ein Beitrag zur Freilächentheorie*, Diss. Berlin 1915.

Gerd Koch / Ann Kathrin Scheerer

Peking*) baut um. Tendenzen der chinesischen Stadtplanung und Denkmalpflege

1. Peking heute: Impressionen, zwei Seiten einer Stadt – 2. Die Stadt als Mikrokosmos, das Hofhaus als Miniatur-Stadt – 3. Dilemma und Widersprüche der Stadtplanung – 4. Einige Thesen zum Hintergrund chinesischer Denkmalpflege – 5. Die chinesische Diskussion um Stadtplanung und Denkmalschutz – 6. Ein letztes Plädoyer für das Hofhaus: Nostalgie oder städtebauliche Vernunft?

1. Peking heute: Impressionen; zwei Seiten einer Stadt

»In Peking wird eine neue Große Mauer gebaut«, so sagten Einwohner der Stadt 1977, als im Süden eine lange Reihe 10–12stöckiger Wohnhochhäuser in die Höhe wuchs, just an derselben Stelle, wo sich bis 1953 die alte Stadtmauer hinzog. Es gab schon vorher einige Hochhäuser, z. B. das neue Peking-Hotel mit 12 Geschossen oder die Hochhäuser im Osten der Stadt, in denen ausländische Diplomaten wohnen. Aber für chinesische Bewohner hatte es solche Wohnblocks noch nicht gegeben. 3–4geschossige Häuser, oft Wohnheime für Arbeiter einer Fabrik, waren bis 1977 das Allerhöchste. Wir referieren Klaus Bodenstein:¹ Es wurden viele Fehler gemacht. Es stellte sich heraus, daß das fließende Wasser es nicht in das 12. Obergeschoß schaffte, daß Fahrstühle² häufig klemmten, daß nicht daran gedacht wurde, für die Tausende von Bewohnern auch Einkaufsgelegenheiten und andere Versorgungseinrichtungen einzuplanen, daß es kaum Grünflächen um die Häuser herum gab und daß – weil die Baukosten hoch sind – die Wohnungen teuer wurden. Es wohnten dort erstmals nur mittlere und höhere Funktionäre. Alte Leute wollten dort nicht einziehen. Sie meinten, sie verlören in höheren Geschossen den Boden unter den Füßen, dem Fahrstuhl trauten sie nicht, die Treppen schafften sie nicht. Außerdem sind diese Wohnhäuser auch nicht für Großfamilien geplant. Sie hatten meist 2-Zimmer-Kleinfamilien-Wohnungen.

Der Zuschnitt der neuen Wohnungen soll den Bedürfnissen einer Kleinfamilie entsprechen. Der Plan für den Pekinger Wohnungsbau, der 1979 in der Pekinger Tageszeitung veröffentlicht wurde, sieht hauptsächlich 2- und 3-Zimmerwohnungen mit eigenen sanitä-

*) Die neue Transkription verlangt für den Namen der Hauptstadt *Beijing* statt Peking. Wir verwenden das im Deutschen noch geläufigere Peking.

¹ Klaus Bodenstein, In grauer Städte Mauern. Beijing und seine Gassen, in: *Das neue China*, Nr. 1, 1984, S. 5–7.

² Carol Bargmann, China baut Wohnungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. 2. 1985.

ren Anlagen vor, jede Aufgangstreppe soll zu nur jeweils zwei Wohnungstüren führen, damit die Anwohner weniger durch nachbarlichen Lärm gestört werden. Die soziale Einheit wird kleiner, zumindest, was die von der Architektur erzwungene Wohnform angeht, sie besteht nicht mehr aus Großfamilien, nicht mehr aus mehreren Familien um einen Innenhof herum, nicht mehr aus mehreren Hofhäusern entlang einer städtischen Wohn-gasse (nach Bodenstein).

In diesen Wohnungen, »hu-tung« genannt, schlägt noch heute das alte Herz der Stadt, im Peking der kleinen verwinkelten, von grauen Mauern gesäumten Gassen. Hier wohnen die Alteingesessenen, »diejenigen, die abends mit ihren Vogelkäfigen die Parks bevölkern und morgens um fünf vor dem Tagwerk ihr Taijiquan dem Jogging vorziehen; die alten Beijinger, blauekleidet, winterfeste Graubärte mit hundert Lachfalten um den letzten blinkenden Zahn, Frauen mit schwarzen Mützen wie in der Oper, die noch allemal eine dreiminütige Schimpfkanonade durchhalten, bevor sie ans Luftholen denken und dem Widersacher noch ein überzeugtes »Ist doch wahr!« mit auf den Weg geben, ehe sie sich auf ihren Hof zurückziehen ...

Einen Besuch auf einigen Höfen sollte man nicht versäumen. Im Idealfall kommt man, hat man die Geistermauer passiert, auf einen Hof, auf dem ein paar Bäume und viele Blumen und Kakteen stehen, davor die Fahrräder der Familie. Auf den Hof schauen drei oder vier einstöckige Häuser, deren Fenster der neugierigen Blicke wegen unten mit Papier beklebt und oben verglast sind. Manchmal ist es auch umgekehrt. Viele der grauen Ziegelbauten sind allerdings hoffnungslos überbelegt. Dann ist aus dem Hof ein Schweinestall oder ein Kohlenlager geworden, in dem sich Töpfe, Körbe und Pfannen stapeln. Aber auch dort findet sich noch ein Plätzchen, auf dem ein chinesisches Schachbrett ausgebreitet werden kann.

Die Jahrhunderte haben Beijings Gassen kaum verändert. Nur in den Anwesen der Reichen, die über mehrere Höfe und zweistöckige Häuser verfügten, und in einigen alten Klöstern befinden sich heute oft gemeinnützige Einrichtungen, Kindergärten, Schulen, Sanitätsstationen. Sonst sprechen meist nur der Fernseher und die Quarzuhr für die neue Zeit. In den Gassen ist die Geschichte lebendig, denn sie sind ein Zeugnis für die traditionelle Lebensweise« (Bodenstein).

Zur ursprünglichen Nutzung: Reiche Familien lebten abgeschirmt dort bis 1949; also Beamte, Künstler, Herrscher – feudales Leben unter Ausschluß der nicht feudalen Öffentlichkeit. Schonraum, »Verbotene Stadt«, Erstellung einer eigenen Welt, Schaffung einer Welt, die den kosmischen Gesetzen nachgebildet wurde: Parkanlagen, Paläste und Wohnhäuser hatten ähnliche Grundrisse, Maße und Strukturen.³

»Von der Geschichte der Hutongs, von Arbeit und Leben, das sich in ihnen abspielte, sprechen ihre Namen. Vielfach gehörten mehrere Gäßchen und Gassen, Wege und Straßen

³ Vgl. weiterführend Alfred Forke, Die Gedankenwelt des chinesischen Kulturkreises, München/Berlin 1927.



Im Vordergrund die Dächer des Kaiserpalastes, im Hintergrund das Peking-Hotel, dazwischen 5stöckige Wohnhäuser aus den 60er Jahren (sämtl. Fotos von Ann Kathrin Scheerer).

zu einem größeren Komplex, dem Viertel eines bestimmten Gewerbes, Fang genannt. Zwar hießen in der Qing-Zeit auch die größeren, geographischen Viertel Fang, es gab jedoch auch die kleineren. Im Xuanwu-Bezirk im Süden der Stadt gibt es z. B. das baizhifang, das Weiße-Papier-Viertel. Hier gibt es die Weiße-Papier-Viertel-West-Straße, die -Gasse, -Ostgasse, -Nord-, -Süd-, und -Mittelmeile, die Papiermachergasse und die Weißpapiergasse. Hier arbeiteten früher die Papiermacher und Papierkleber, die aus weißem Papier – weiß ist die Farbe der Trauer – Gegenstände zusammenbauten, die den Verstorbenen zugeordnet wurden, damit diese auch im Himmel noch Pferd und Wagen, Kisten und Kästen hatten« (Bodenstein).

Nach 1949 wurden diese Gebäude, besser: Gebäudekomplexe umgenutzt, für Wohngemeinschaften mehrerer Familien, für Kindergärten, für ambulante medizinische Versorgung. Man nutzte also die Chancen, die eine großzügige, vormals herrschaftliche Bauweise bot. Erst später kam ein kunst- und kulturhistorisches Interesse hinzu: ein Stück chinesischer Baukunst und früher Stadtplanung sollte konservatorisch betreut und erhalten werden. Dieses Interesse war allerdings zwangsläufig meist der sozialpolitischen Frage der Behebung von Wohnungsnot nachgeordnet (besonders in der Zeit der Kulturrevolution sichtbar: alles Luxuriöse galt als suspekt).

Die einstige Große Hauptstadt Kublai Khans, deren Pracht Marco Polo⁴ in Erstaunen versetzte, macht sich heute daran, moderne Welt-Stadt zu werden. Wohnungsnot und Modernisierungswille scheinen den Weg vorzuzeichnen: vom (alten, traditionellen) Hofhaus-Ensemble zum (neuen, modernen) Hochhaussolitär. Peking wird einen Teil seiner baulichen und wohnlichen Geschichte, als ästhetische und soziale verstanden, verstoßen. Werfen wir – zum Abschied? – noch einen Blick zurück:

2. Die Stadt als Mikro-Kosmos, das Hofhaus als Miniatur-Stadt

»Die Zhouli, die ältesten chinesischen Stadtbauvorschriften besagen, daß der Plan einer Stadt das getreue Abbild eines harmonisch geordneten Universums darstellen soll.« – »In der alten chinesischen Kosmologie, in der der Himmel als rund, die Erde aber als quadratisch angenommen wurde, stellte man sich den Raum als zusammengesetzte, ummauerte Quadrate vor, die sich um einen Kern herum ordnen.« – »Die Stadt gedacht als Modell einer kosmischen Ordnung. Die ideale Hauptstadt ist ein Quadrat, umgeben von Mauern mit zwölf Toren, die mit den Monaten des Jahres korrespondieren. Im Zentrum erhebt sich die fürstliche Residenz, sie bildet, quadratisch und eingeschlossen in ihrer Umfriedung, eine Stadt für sich. Im Kern der Stadt gelegen ist sie das Symbol des Universums, ihre Front ist nach Süden gerichtet, die Rückseite nach Norden.

Die Darstellung der kosmischen Ordnung in Beijings Stadtbild drückt sich in immer wiederkehrenden Grundelementen aus, in den Mauern, den quadratischen Grundrissen, der hierarchisch gegliederten inneren Struktur der Stadt und in der Nord-Süd-Ausrichtung der gesamten Stadtanlage.« – »Der quadratische oder rechteckige Grundriß der Häuser, Paläste, Stadtviertel und Städte ist analog zum eingedeichten Feld zu verstehen und spiegelt die Vorstellung von der Erde als Quadrat wider. Die Zahl der Straßen, Viertel und Stadttore haben Bezug zu astronomischen Zahlenrelationen. Das Zentrum von Beijing besteht auch heute noch aus vier, jeweils von Mauern umgebenen Teilen. Quadratisch angelegt sind die Verbotene Stadt, die Kaiserstadt und die Innere Stadt. Rechteckig angelegt schließt sich daran im Süden die Äußere Stadt an.«⁵

Peking, Hauptstadt des Reiches der Mitte und Sitz des Himmelssohnes, war ein städtebaulicher Mikro-Kosmos, die Hofhäuser wiederum waren nach demselben Ordnungsprinzip angelegte Miniatur-Städte. Über Jahrhunderte (bis 1949) lebten in diesen für Peking typischen einstöckigen Häusern »Großfamilien nach außen hin ein abgeschirmtes Leben. Eine umlaufende Mauer mit nach innen gerichteten Gebäuden schafft den Hof. Vielfach gibt es auch seitliche Höfe, die den Eindruck eines Zimmers ohne Dach erwecken. Gedeckte, durchlaufende Galerien führen zu den Höfen. Von der verkehrsarmen Neben-



»Zwei Gesichter einer Stadt«.

straße gelangt man durch ein seitliches Haupttor in den schmalen äußeren Hof vor eine Art Schutzwand, die den Eintritt vor Geistern schützt. Dieser Hof diente dem Empfang von Gästen. Der innere Hof war für die Unterkunft der zur Familie gehörenden Frauen und Mädchen sowie der Dienerschaft bestimmt. Der zweite innere Hof war der gegen Süden gerichtete Wohnbereich der Hausherrn. West- und Ostbau waren für die verheirateten Söhne bestimmt. Im vorderen Teil, dem äußeren Hof, gegen die Straße befanden sich die Küche und seitlich zwischen den Gebäuden Service- und Abstellräume.

Heute sind einige dieser Hofhäuser aus der Ming-Dynastie (1368–1644) und der Ching-Dynastie (1644–1911) wieder tadellos restauriert und renoviert und zu Kindergarten, Restaurant, Büroräumen und Handwerksbetrieben umfunktioniert worden. Für die Wohngemeinschaft bildet der Gartenhof immer noch eine erhaltenswerte Wohnform, wobei Situierung der Gebäude um einen Hof und Installation enorme Probleme darstellen. Auch die Einstöckigkeit ist für städtische Dichte kaum mehr vertretbar.«⁶

⁴ Marco Polo, Von Venedig nach China, Tübingen/Basel 1976, S. 4.

⁵ Alle Zitate aus Elke Müller-Risse, Politisches Zentrum seit 2000 Jahren, in: Das neue China, Nr. 1, 1984.

⁶ Werner Blaser, Hofhaus in China. Tradition und Gegenwart, Basel / Boston / Stuttgart 1979, S. 10f.

3. Dilemma und Widersprüche der Stadtplanung

Peking hat heute beinahe 10 Millionen Einwohner. Durch strengste Zuzugsbeschränkungen konnte die Regierung bisher die Bildung von Slums, wie wir sie aus verschiedenen Ländern der Dritten Welt (und nicht nur dort!) kennen, verhindern. Doch dem Bedürfnis der Bevölkerung nach mehr und besserem Wohnraum, nach individuellen sanitären Anlagen muß natürlich nachgekommen werden; zumal nach dem verheerenden Erdbeben Mitte der siebziger Jahre große Teile der ohnehin schon baufälligen Altstadt gänzlich unbewohnbar wurden. Die obdachlos gewordenen Einwohner hatten sich damals mit dem Bau sog. Erdbebenhütten beholfen, die monatelang das Straßenbild von Peking beherrschten. Als die Regierung im Oktober 1977 den Abriß aller provisorischen Unterkünfte anordnete, wollte kaum einer diesem Erlaß nachkommen, selbst wenn sein ursprüngliches Haus repariert war. Die Familien hatten sich an den zusätzlichen Wohnraum in den Erdbebenhütten gewöhnt, besonders junge Leute schätzten die relative Intimität ihrer Herberge, geschützt vor den sonst allgegenwärtigen Blicken und Kommentaren der Nachbarschaft in den kleinen Gassen.

Auch daran war deutlich erkennbar, daß das Bedürfnis nach mehr Wohnraum dringend bestand – und besteht. In Peking betrug 1980 der Wohnraum pro Kopf durchschnittlich 4 qm. Es muß also weitergebaut werden, und auch höher als eingeschossig. 1978 wurden –



Wohnraummangel in Shanghai: durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf – 4 qm.

laut Xinhua Nachrichtenagentur – 3 100 000 qm Wohnraum neu geschaffen. Die Frage des ›Wie‹ – wie die neuen Häuser aussehen sollen, welche Bedingungen sie mindestens erfüllen müssen – ist in letzter Zeit erneut gestellt worden. Vor einigen Jahren wurde in Peking ein Wohnungsbaudesign-Wettbewerb ausgeschrieben, der 532 Entwürfe für städtischen Wohnungsbau einbrachte. Die zehn Kriterien, nach denen sich die Architekten richten mußten, betonten den Aspekt der Wirtschaftlichkeit und Schnelligkeit des Bauvorgangs, ein sehr pragmatisches Konzept, das zunächst einmal die Möglichkeit eines Umbaus alter traditioneller Hofhäuser völlig vernachlässigte. Wir zitieren aus dem Pekinger Wohnhausdesign-Wettbewerb, Juni–November 1978: 10 Kriterien für gutes Design:

- » 1. Praktikabilität, Wirtschaftlichkeit, wenn möglich Berücksichtigung des ästhetischen Aspekts; vernünftige Planung und funktionale Anwendbarkeit (der Wohnungen);
2. Designvorschläge müssen den Anforderungen des industrialisierten Hausbaus, den Designnormen, der Maschinisierung des Bauvorgangs, der Vielfältigkeit der Flächennutzung und des Grundrisses entsprechen; sie müssen im Bauvorgang gut und schnell durchzuführen sein;
3. Sie müssen Schutz vor Erdbeben der Stärke 8 (Richter-Skala) bieten.
4. Sie müssen im Grundflächenverbrauch sehr sparsam sein.
5. Jede Wohnung soll etwa 51 qm Grundfläche aufweisen. (Aus Gründen des Erdbebenschutzes kann jeweils 1 qm zugegeben werden.)
6. Toilette und Waschgelegenheit müssen mindestens eine Fläche von $1,1 \times 1,5$ m einnehmen, jeweils mit Sitzklo, Waschbecken und Dusche.
7. Wohnungen sollen in der Regel aus zwei Zimmern bestehen, 3-Zimmer-Wohnungen sollen etwas seltener sein, 1-Zimmer-Wohnungen nur ganz selten, jede Wohnung muß durchschnittlich mindestens 2,1 Zimmer haben.
8. Das Wohnhaus soll 5- bis 6geschossig sein, jedes Geschoß 2,7 m hoch.
9. Die Baukonstruktion soll folgende Bauarten umfassen: Fertigbauwände, leichte Rahmenwände, verschränkte Backsteinmauern.
10. Jede Wohnung soll Zentralheizung haben, einen Wasserableser, Stromableser und Gasableser.«⁷

Eine Wohnung in einem Hochhaus erscheint vielen bestimmt als materieller Fortschritt der Wohnqualität. Der Rückzug in den geschlossenen Privatbereich wird zunächst als Erholung von unausweichbarer sozialer Kontrolle empfunden. Andererseits sind sich auch chinesische Stadtplaner heute gewiß bewußt, daß mit dem städtebaulichen Umbau vom Hofhaus-Prinzip zum Hochhaus-Prinzip nicht nur eine städtische Lebensform zerstört oder verändert wird, sondern daß auch Stadt-Geschichte, Denkmäler chinesischen Welt- und Wohnverständnisses damit vom Erdboden verschwinden. So wie die Chinesen heute endlich wieder ihre alten Tempel und Pagoden für die westlichen Touristen herrichten

⁷ Aus *Jianzhu Xuebao*, Nr. 4, 1979. Eigene Übersetzung A. K. S.

(und zum Teil sogar wieder ihrer religiösen Bestimmung zuführen), so sollten sie, meinen wir mit unserem europäischen Blick für Erhaltenswertes, auch ihre Wohndenkmalen retten und vielleicht auch wieder ihrer Bestimmung zuführen.

4. Einige Thesen zum Hintergrund chinesischer Denkmalpflege

- Denkmalpflege ist eine Frage des zur Verfügung stehenden Geldes. Diese These trifft für ökonomisch saturierte Gesellschaften zu und sie trifft besonders für Entwicklungsgesellschaften der Dritten Welt zu. Die Volksrepublik China können wir – trotz mancher Einschränkung, die wir aber hier vernachlässigen – zu diesen armen Ländern zählen. Dies gleich eingangs zu sagen, erscheint uns deshalb wichtig, weil der europäische Blick gerne (immer noch und auch zu Recht!) in China das alte Kulturvolk der Chinesen mit seiner konfuzianischen Treue und Achtung der Geschichte gegenüber sieht. Erst die Maosche Kulturrevolution hat den Blick fürs überkommene Kulturelle und seine gesellschaftliche Funktion in China auch bei uns geschärft: Denkmalpflege gab es damals nicht oder in geringem Umfang. Eher – so die Überzeichnung in Europa, aber durchaus richtige Tendenzen treffend – Denkmalstürmerei; kein Schutz der Schätze der Vergangenheit.
- Der stärker werdende Tourismus verlangt einen Erhalt sog. erhaltenswerter Objekte oder baulicher Ensembles. Archäologische Funde wollen konserviert werden. Bauliche Schäden, die während der Kulturrevolution wie durch eine Bilderstürmerei entstanden sind, müssen ausgeglichen werden. Es muß ausgebessert werden, es müssen historische Vorlagen wiederentdeckt werden, es müssen alte Techniken der handwerklichen und künstlerischen Arbeit reaktiviert werden. Dies alles ist zum Beispiel notwendig, weil der heutige Tourismus das Bilderbuch-China (die alte Kultur) sucht.
- Eines der Weltwunder, die Große Chinesische Mauer, die auch für Chinesen Bedeutung hat, die auch ein nationales Emblem ist, ist seit Jahren vom Verfall bedroht. Sorgfältige Restauration in Touristengebieten sind erfolgt. Zu bedenken aber ist, daß durch die Immobilität der chinesischen Bürger (etwa durch wenig bis keinen Urlaub) solche schutzwürdigen Bauwerke gar nicht oder kaum im Original von Chinesen gewürdigt werden können.
- Die Politik der nationalen Minderheiten der Volksrepublik China hat zu einigen denkmalpflegerischen Maßnahmen geführt, indem z. B. Kult- oder Kulturstätten der nationalen Minderheiten erhalten wurden, etwa die moslemischen Gebethäuser⁸ oder mongolische oder nomadische Kulturen, die sich in Gebäuden und Siedlungsformen manifestieren.

Im Zusammenhang des Afghanistan-Konfliktes in Zentral-Asien kommt der Restaurierung der lamaistischen Klöster usw. in Tibet (etwa in der Hauptstadt Lhasa) und in

⁸ Vgl. Johnny Erling, Freiraum für Chinas Moslems, in: Die Welt, 8. 3. 1985.



Die ersten Bauteile der »neuen Großen Mauer«: Fahrstühle bleiben stecken, Lichtschächte sind schief – viele Wohnungen blieben leer...

den angrenzenden Gebieten nicht nur denkmalpflegerischer Sinn, sondern eher sicherheitspolitischer zu. So können separatistische Tendenzen reduziert werden.

- Dort, wo Denkmalpflege, Restaurierung und Konservierung historischer Bauten der Pflege des Tourismus entgegenkommt, decken sie sich zweifellos mit den offiziellen Modernisierungszielen⁹ der chinesischen Regierung. Diese Modernisierung allerdings ist ansonsten eher der ärgste Feind des Denkmalschutzes. Diese Modernisierung der chinesischen Gesellschaft führt – darin nicht unähnlich der einstmaligen Kulturrevolution – auch zur Zerstörung und Verdrängung von historisch und sozial interessanten und schutzwürdigen Objekten (darin zudem nicht unähnlich der Entwicklung in anderen Ländern der Dritten Welt, aber auch – wie uns täglich vor Augen stehend – in den uns geographisch naheliegenden Regionen). Kurz gesagt: Industrieansiedlung geht vor Denkmal- oder Landschaftsschutz. Zugleich aber schafft in Teilbereichen die

⁹ Einen guten und aktuellen Überblick über den »Weg Chinas in den vergangenen fünf Jahren« gibt Helmut Opletal, Ganz methodisch geht China den Weg nach oben, in: Frankfurter Rundschau, 15. 3. 1985. Vgl. auch die (welt-)politische Einschätzung von Helmut Schmidt, Das größte Experiment der Geschichte, in: Die Zeit, 5. 4. 1985, und die drei Beiträge von Jürgen Kreb in: die tageszeitung vom 11.–13. 4. 1985.

moderne Technologie allererst Chancen des denkmalpflegerischen Handelns, etwa durch Analysemethoden, Konservierungs- und Bemessungsverfahren – auch durch den Fachleute- und Wissenschaftlertausch.

- Eine sich modernisierende Gesellschaft steht – sozialpsychologisch betrachtet – den alten Bauwerken z. B. vergleichsweise uninteressiert gegenüber: Sie sind Erinnerungen an Zeiten, die etwa mit feudaler Knechtung oder ökonomisch-technischer Mühsal verbunden sind. Neues Bauen, eine Abrißpolitik kennzeichnen junge Gesellschaften.

Die nationale, kulturelle Identität Chinas ist – im Vergleich zu anderen Ländern der Dritten Welt¹⁰ – wenig durch Kolonialismus denaturiert oder entfremdet.

Aus der Zeit des von den Engländern 1840 gewonnenen Opiumkrieges findet man in China heute noch europäisch anmutende Stadtviertel, absurd wirkende Kirchtürme zwischen chinesischen Giebeln, einschüchternde Fassaden der ersten ausländischen Banken. In den folgenden Jahrzehnten, speziell nach der Republikgründung 1911, versiegte die eigene chinesische Bautätigkeit fast gänzlich. Krieg und Bürgerkrieg ließen gerade noch Aufräum- und Reparaturarbeiten zu. Die Europäer setzten zwar weiterhin hier und dort ihre architektonischen Wahrzeichen in die chinesische Landschaft, es gelang ihnen aber nirgends, die chinesische Baukunst auf Dauer zu beeinflussen. Der chinesische Baustil, wie er über die Jahrhunderte bewahrt, höchstens von Fremd-Dynastien weiterentwickelt wurde, ist auch heute noch das, worauf die Restaurationsarbeiten zurückgreifen.^{10a} In den ehemaligen reinen Kolonialländern sind traditionelle, tribale Zeugnisse zerstört. Pflegewürdige Zeugnisse des Bauens oder der Stadtplanung etwa sind dort sehr häufig zugleich Zeugnisse des kolonialen Jochs, also politisch wie individuell-moralisch nicht schützens- oder erinnerungswürdig; es sei denn, als Negativum. So in der Tat die Begründung für den Erhalt der Zeugnisse der Feudalzeit: Schützen, aber nicht wert-schätzen, was sich da materialisierte – als Zeugnis, als Warnung nehmen.

5. Die chinesische Diskussion um Stadtplanung und Denkmalschutz

Die Diskussion um ›Für und Wider des Wohnhochhauses‹ ist in China lebendig. Da ist noch keine Frage endgültig beantwortet, die kritischen Stimmen finden sich auch in der Presse wieder. In der Pekingener Tageszeitung schreibt ein Verfasser, daß die in den letzten Jahren gebauten 9–13geschossigen Hochhäuser einige Nachteile haben. Die Baukosten sind um 30% höher als beim Bau von 4–5geschossigen Häusern, die Bautechnik ist komplizierter. Der Anteil an Bäufläche, der für Treppen und Fahrstühle gebraucht wird,

¹⁰ Siehe zur nationalen Identität ehemaliger Kolonien die grundlegende Untersuchung von *Albert Memmi*, *Der Kolonisator und der Kolonisierte*, Frankfurt 1980.

^{10a} *Christian Oertel*, Wohnungsbau und Stadtentwicklung in der Volksrepublik China, in: *Dialog*, Okt. 1984, S. 26–29.



Typische Pekingener Wohngasse ›Hu-tung‹.

ist um 3 qm pro Wohnung höher. Diese 3 qm könnten in einem 4–5geschossigen Haus der Wohnfläche zugeschlagen werden. Er führt auch das Problem der alten Menschen und Kinder an. Die Wartungskosten für den Aufzug und die Stromkosten sind höher. Über das Argument, daß durch Hochhausbau Baugrund gespart wird, setzt sich der Verfasser hinweg: »Baugrund sparen ist ein wichtiges Problem, aber man muß sich auch um die Bevölkerungsdichte und um die Sonne kümmern. Der Abstand zwischen den Häusern beträgt das 1,5 bis 1,7fache der Höhe der Häuser. Die Bevölkerungsdichte ist dabei schon ziemlich hoch. Die Grünfläche pro Person ist gering.«¹¹

Die Idee, traditionelle Wohnformen mit den modernen Materialien und den modernen Ansprüchen an Wohnkomfort zu vereinen, ist auch den chinesischen Stadtplanern längst in den Sinn gekommen. In der chinesischen Architekturzeitschrift vom Februar 1979 wird ein Hochhaus im Hofbaustil vorgestellt. Ein Wohnhaus mit unterschiedlichen Wohnebenen, Dachgarten und Innenhof, trotz allem noch ein monströses Gebäude, das aber doch prinzipiell an gemeinschaftlich nutzbare (Be-)Wohnflächen denkt¹² (siehe Zeichnung).

¹¹ Aus *Jianzhu Xuebao*, Nr. 2, 1979.

¹² Vgl. *Beijing Ribao*, 2. 1. 1980.

建筑学报, 162, 1979

住宅设计
问题探讨内
院
式
住
宅
方
案
探
讨

武汉煤矿设计研究院 左肖思

笔者通过学习南方民居的传统经验,试作了一种适应炎热地区气候条件的内院式住宅方案,并就有相关问题略加探讨。

一、在南方地区浅进深住宅存在的问题

近几年来,南方地区住宅设计的倾向是,争取南北穿堂风而导致进深越来越浅。其进深通常都在7米左右。图1是武汉市穿堂风效果很好的一梯二户单元住宅实例,进深仅6.64米,平均每户面宽达6.6米。由于这种住宅热稳定性差,对室外气温敏感,住户反映冬冷夏热,室内外温度几乎接近,使用上不理想。

因为进深过浅,再加上尽量压缩交通面积的结果,使得住宅从内

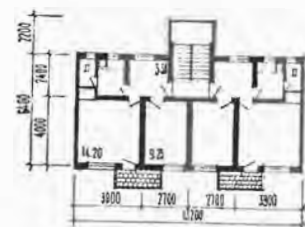


图1 武汉一梯二户单元住宅



图2 武汉民居

图3 广州民居

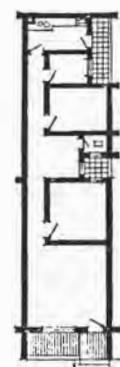


图5 广东农村民居



图6 安徽歙县民居

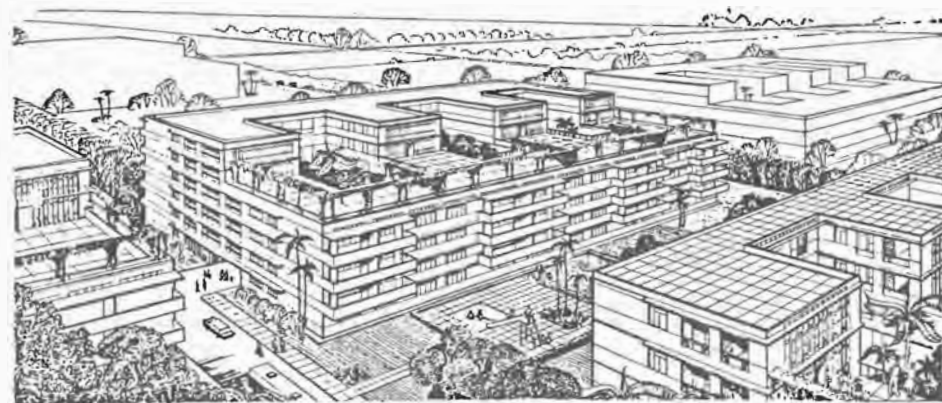
容到形式都嫌过于单调。从楼到底,除了每户有限的住处以外,就别无回旋的余地了。从各户到室外,除了上下攀登的楼梯间外,没有其它过渡空间。特别是酷暑季节,没有可供住户乘凉的场所。儿童游戏也不得其所以。因此,浅进深住宅不能满足居住生活多方面的使用要求;又缺乏必要的生活情趣。

由于进深浅,平面布置受到局限,厨房不能与居室有效地隔离,往往造成厨房包藏于居室内部,或

通过厨房进入卧室。厨房的热量、油烟干扰居室。

以上几点说明浅进深住宅不仅用地和综合经济效果不好,而且由于使用上的缺点,也不适应炎热气候条件。

二、吸取南方民居的传统经验
南方民居在适应当地炎热气候条件,以经济的手法创造轻巧通透、荫凉宜人的居住环境方面,为我们改进住宅设计,提供了丰富的经验。

图7 内院式住宅
(= Hofhausstil)

1. 平面沿南北纵向伸展,进深很大。广州城市典型民居进深约20米(图3),福建上杭县某宅进深更大,约50米(图4)。用地经济,布局紧凑,住宅内部荫凉。

2. 以院子或天井为中心,借助串通的厅廊,构成通透的平面格局,以利通风。武汉市民居就是在进深达20米的纵长方块平面内,以小院子为枢纽,南北开口组织穿堂风,同时于东西两侧也开口,沟通经院子横向联系的廊道,构成回风巷(图2)。这种处理适应了当地风向日变化的气候特点,争取东南风和西南风。是非常成功的手法。本文所介绍的内院式住宅方案,就是运用这种手法,在大进深多层住宅中组织开敞通透的平面格局。

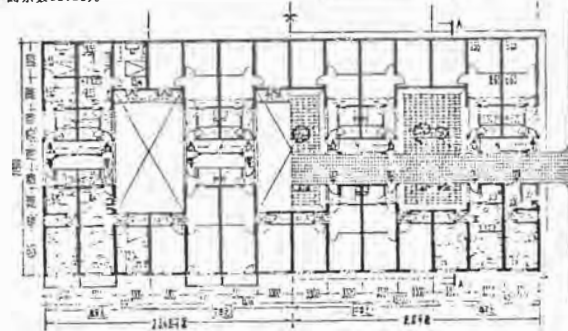
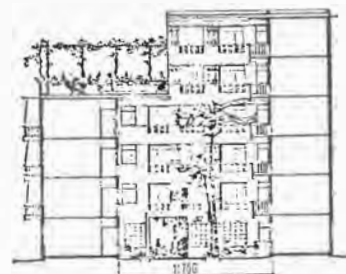
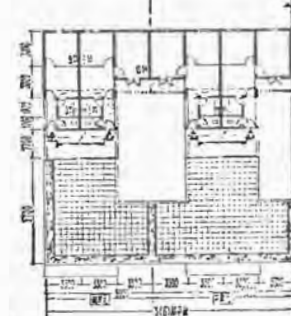
3. 以封闭求荫凉,改善住宅内部的微小气候。为了防止南方强烈

的太阳辐射热经窗洞进入居室造成室内过热,上述民居普遍于四周围以高墙,对外很少开窗,甚至不开窗。图5是广东农村典型民居,小天井的南面高筑围墙,仅在廊道两端山墙上开门,保温性能很好的石墙对外不开窗。虽然封闭,但热稳定性好,在烈日曝晒下仍保持荫凉。从此可以看出,对于炎热地区的住宅来说,关键在于减少太阳辐射热的影响,而房间的朝向并不是绝对的。民居中大量东西厢房均朝内院或天井开设门窗,朝向虽不好,却能获得荫凉舒适的使用效果。

4. 重视解决内部热源的干扰。

造成住宅室内过热的原因,除了太阳辐射热之外,另一个原因就是厨房炉灶散热。民居中因为多以柴草为燃料,热量和烟灰干扰居室。图6安徽歙县某宅中将厨房独立于宅院主体之外,是考虑周密,手法独

图8 内院式住宅方案
平均每户建筑面积49.95米²/户
平均每户居住面积29.17米²/户
平面系数38.23%



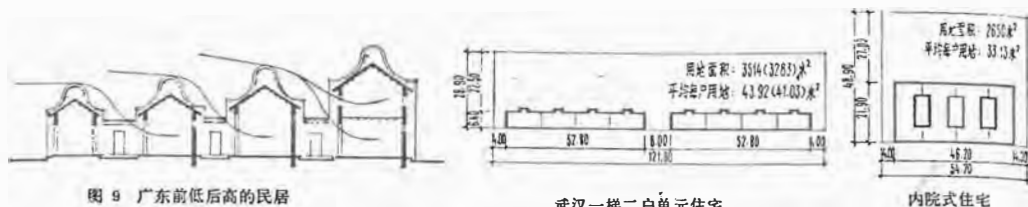


图9 广东前后后高的民居

武汉一梯二户单元住宅

图10 住宅用地比较

到的实例。

三、适应炎热地区气候条件的内院式住宅方案

试作的内院式住宅方案，以两开间纵长矩形平面为主体，进深21.9米。设置联接开间与主体构成端头和中间单元（图8）。这一方案的特点是6.6×11.7米尺度较大的内院、敞开的梯间和底层贯通的过街楼使平面格局开敞通透。既有南北通畅的穿堂风，又有东西串通的回风。

内院纵深将近12米，等于四层楼高。这与民居中院子深度与檐高之比例大体接近。东西两侧都有凹廊和开敞楼梯间和过街楼，扩大了空间，使院落没有闭塞之感。内院面积约70平方米，夏天荫凉，冬天避风，为居民提供了良好的户外环境。净宽2.9米的过街楼可以通行消防车和机动车，满足消防、救护病人和搬运家具等使用要求。人行道穿越过街楼、经过内院与住宅山墙间的街坊道路联系，改变了一般住宅人行道的处理手法。行人由过街楼进入底层各户和楼梯间，不再

沿住宅窗前经过，保证居室的安静；住宅长边之间的大片空地不再被行人和道路穿越分割，可辟为庭园绿化区，设置儿童游戏场地，为住户提供幽静的户外活动场地。

剖面设计中，以楼梯间为界高低错落作南北不等高处理（图8）。这种手法在民居中比较普遍（图9），这样做可以弥补间距不足的缺陷，北面二层以上住户均在日照标准以内，仅底层6户日照条件不好，占7.5%。南低北高，有助于改善内院和北面住户的自然通风条件。四层屋面辟为屋顶花园，利用绿化遮阳和分隔平台空间，平台成为部分楼层住户的户外活动场所。

内院式住宅的两种单元均为一梯四户，比较经济。全部独门独户，互不干扰。内院式住宅方案平面布局上发挥了一般厅式住宅使用上的优点。作为每户起居活动中心和户内交通枢纽的“厅”，通常都很窄小。图1住宅实例中的小厅仅5.3平方米，不论宾主，登门进户的第一个感觉总嫌过于局促，家具

布置也受到限制。在本方案中，考虑将厅适当扩大，以改善其使用条件。居室小室多间，以做到合理分居。三室户约占五分之一，占半数的小二室半户的居住面积为31平方米，相当于二室户的面积。平面布置中使厨房毗邻前厅，夏季从凹廊进入厨房，厨房热源不干扰居室；冬季则改由前厅直入厨房，还有助于提高居室温度，灵活适用。所有厨房、厕所都有直接的自然采光通风。在炎热地区，这种明厨明厕使用效果好。厕所考虑有一淋浴位置。

平面中仅采用3.3米一种开间，墙的轴线大都对直拉通，结构简单，便于采用大板或框架轻板等新结构，以适应建筑工业化的要求。厨房厕所定型化，无论平面尺寸及室内设备及配件都完全统一，而且尽量集中布置，施工方便，管道经济，以降低造价，节省投资。

内院式住宅方案在节约用地，适应炎热气候条件，创造较好居住环境方面，所具有的优点还有待于实践的检验。

（上接第5页）

板，如墙板外壁采用石棉水泥板、钢丝网水泥板、水泥刨花板、陶粒混凝土壳板、预应力水泥薄板等。填充材料为矿棉、半硬质矿棉板、膨胀珍珠岩、加气混凝土块、粉煤灰加气混凝土块等，而外墙板内壁多数采用石膏板。除复合墙板外也有少数采用加气混凝土条板和素块。内墙板大多采用不同类型的石膏板。

框架轻板建筑的突出特点是自重轻，材料省，减少运输量，简化基础工程的设计与施工，并有利于抗震；房间布置比较灵活，适应性强，可以与公共建筑实现通用化、系列化，可以大量利用工业废料以减少

水泥用量；湿作业少，施工速度较快等。根据一些试点工程试验结果，框架轻板建筑与其它建筑体系相比，每平方米自重为400~600公斤，平均可减轻约40~60%，水泥用量为65~100公斤，平均可节省水泥15~50%，用钢量为11~20公斤，用工量在2.5工日左右。

目前，框架轻板建筑正处于发展阶段。在加速发展轻质高强、多功能的新型建筑材料的同时，尚需对各种结构类型的比较与选择和隔热、保温、隔声、防水等问题积极开展科学研究工作，使之逐步完善和推广。

So nehmen sich doch manche Planer und Forscher die Zeit und die Gewissenhaftigkeit, Altes und Bewährtes mit Neuem und Notwendigem verbinden zu wollen. Das scheint bei dem rasanten Entwicklungs- und Modernisierungstempo, das die chinesische Regierung auch in Sachen Städtebau vorgegeben hat, nicht die Regel zu sein. In der Februarausgabe 1984 der Zeitschrift »Städtischer und ländlicher Aufbau«, ein neues Monatsheft, das Raum für wissenschaftliche und technische Diskussionen über Städtebau und Stadtplanung bietet, leistet ein Autor, Wang Guojian, eine sehr kritische Auseinandersetzung mit den Mängeln heutiger Stadtplanung in China. Er listet fünf Punkte auf:

» 1. Die heutigen Forschungsfelder sind sehr eng gesteckt. Die Forschung beschränkt sich auf rein technische Kategorien, betont die »harten« Wissenschaften und vernachlässigt die »weichen«. Dabei harren viele offene Fragen dringend einer wissenschaftlichen Antwort, z. B.: Was beinhaltet und bedeutet »Zusammenfassung und Entfaltung« konkret? (Anm. Im Zuge der gewünschten Entlastung von Großstädten sollen in den nächsten Jahren Kleinstädte vorrangig entwickelt werden, u. U. sollen auch jeweils mehrere kleinere Städte zu einer städtischen Verwaltungs- und Wirtschaftseinheit »zusammengefaßt« werden. In der Diskussion wird dafür auch häufig der Begriff »Verstädterung« von Dörfern verwendet. A. K. S.) Welche Strukturen, Verwaltungshierarchien und Entwicklungswege weisen verschiedene Stadttypen auf? Welche ökonomischen und sozialen Vor- und Nachteile bringt die geplante »Zusammenfassung« von Kleinstädten? Es fehlt an Forschung, Diskussion über die Realisierbarkeit von Bauprojekten bevor sie begonnen werden.

2. Die bestehenden Forschungseinrichtungen für Städtebau sind äußerst unvollkommen, technische Kräfte sind schwach entwickelt. Es fehlt ein städtebauliches Forschungsinstitut auf nationaler Ebene. Die lokalen Institute sind ebenfalls zu wenige. In all diesen Institutionen herrscht ein gravierender Mangel an Fachkräften.

3. Forschungsgelder fließen nicht an die richtigen Stellen, so daß umfangreichere experimentelle Forschung gar nicht durchgeführt werden kann.

4. Durch mangelnde Absprachen und Koordinierung werden Forschungsthemen doppelt behandelt, was zu Geld- und Energieverschwendung führt. Es fehlt eine übergeordnete Koordinierungsstelle für städtebauliche Forschung. Grob geschätzt waren im Jahre 1983 von insgesamt 140 Forschungsvorhaben mindestens 40 doppelt gefördert worden.

5. Die Forschungsverwaltung ist noch nicht systematisiert, es fehlt eine begründete Rangordnung und auch die Wissenschaftlichkeit... Noch herrscht in der städtebaulichen Wissenschaft Gleichmacherei und das Prinzip des »eisernen Reistopfes« (Anm.: Mit dem »eisernen Reistopf« ist der auf Lebenszeit garantierte Arbeitsplatz gemeint, der auch ungeachtet schlechter Leistung nicht kündbar ist. Dieses Prinzip wird heute in China allorten zugunsten von Leistungslohn und Anstellung bzw. Kündigung nach Qualifikation aufgegeben. Mit »Gleichmacherei« ist das ehemals geltende Lohnsystem gemeint, das das Gehalt nur nach Dienstalter und nicht nach Leistung berechnete. A. K. S.).¹³

¹³ Wang Guojian, Sich auf den wissenschaftlichen Fortschritt stützen und den Städtebau entwickeln, in: Chengxiang Jianshe, Nr. 2, 1984, S. 10, Übers. A. K. S.



»Restaurierung« des Peking Sommerpalastes 1979.

Mit anderen Worten: es wird heute in China überstürzt gebaut, obwohl, wie der Autor des zitierten kritischen Beitrages anmerkt, das technische Niveau im Baugewerbe in den fünfziger Jahren stehengeblieben ist. Während der Kulturrevolution 1966–76 wurde die Ausbildung und Weiterbildung von Technikern völlig vernachlässigt. Das ist für den Neubau von dringend benötigten Wohnungen natürlich fatal: sie haben einen technischen und qualitativen Standard, der schon überholt ist, bevor das Haus fertig ist.¹⁴

Um so mehr noch gibt es einen Mangel an Wissen und technischen Fähigkeiten, wenn es um die getreuliche Nachbildung und Restaurierung von Altbauten geht. Hier klappt eine Wissenslücke, die heute immerhin erkannt und gewürdigt wird. Es wird zukünftig wohl

¹⁴ Zum ländlichen Wohnungsbau und seinem Verhältnis zur Tradition, vgl. *Claudia Schneider-Esleben*, Tradition im Bauwesen der VR.China, unveröff. Diplomarbeit im Fachbereich Architektur der Hochschule für Bildende Künste Hamburg 1978. Vgl. »China soll aus deutschen Fehlern lernen«, in: *General-Anzeiger*, 9. 1. 1985: »Hastig hochgezogene Betonsilos aus vorgefertigten Bauteilen bröckeln und reißen, kaum daß sie fertiggestellt sind. Sie sind dazu ausersehen, den Wohnraumanspruch des Einzelnen von derzeit 4,5 Quadratmetern bis 1995 auf 5,3 Quadratmeter anzuheben«.

kaum mehr so restauriert, wie noch 1979 im Peking Sommerpalast: die trübe gewordenen Farben wurden knallig weiß überstrichen und nach Gutdünken hübsch angemalt (siehe Abb.). Heute gibt es z. B. Fachliteratur über »Die Technik der Restaurierung von Chinas alten Gebäuden«. Das Vorwort zu diesem Buch, das sich an Bauhandwerker, Tischler und Steinmetzen wendet, ist exemplarisch für das wachsende Bewußtsein von den baulichen Schätzen, die China birgt. Dort heißt es: »Chinas alte Bauwerke sind ein Teil des weit zurückreichenden kulturellen Erbes unseres Landes, sie sind die Kristallisation der großartigen Schöpferkraft vergangener Generationen der werktätigen Bevölkerung. Diese alten Gebäude haben eine zweckmäßige Struktur und Form, individuellen Stil und demonstrieren originelle und wandlungsfähige Baukunst, deren prächtige Meisterschaft internationale Anerkennung genießt... Seit einigen Jahren, im Zuge der Entwicklung des Städtebaus und des Tourismus, ist die Aufgabe, alte Gebäude zu restaurieren, täglich drängender geworden. Dadurch, daß wir das Problem im Laufe der Zeit immer vor uns hergeschoben haben, sind aber die alten Handwerker, die sich auf Restaurierungsarbeiten verstehen, immer weniger geworden, die handwerkliche Kunstfertigkeit ist heute nicht mehr genügend vorhanden, im Vergleich mit dem gewaltigen Ausmaß der Aufgabe steht das in keiner Relation.«¹⁵

Natürlich geht es nicht nur um technisches Können; zuvor soll erkannt sein, was schützens-, was rettenswert ist. In China findet derzeit ein historischer Wertewandel statt, der vieles auf den Müllhaufen der Geschichte werfen wird, was uns hierzulande am Herzen liegen mag. Mit dem Abriß mancher Bauten oder Häuserensembles etwa werden auch Lebensweisen, Wohngewohnheiten verschüttet und unmöglich gemacht.

Wichtig erscheint uns, Denkmalpflege – gerade in Ländern mit großen politisch-kulturellen Umbrüchen, wie in China und Gesellschaften Afrikas, Asiens und auch Latein-Amerikas – in einen sozialen statt nur formalen ästhetischen Kontext zu stellen. Veränderte Lebensformen oder -weisen lassen anders bewerten, verleihen andere Würden, machen jeweils anderes zum Denkmal. Nicht nur die materiellen Manifestationen von Lebensweisen können Gegenstand der Pflege sein, auch ihre sozialen, kulturellen Fundamente stehen zur Disposition: soll ihnen Pflege angedeihen oder sollen die Zeugnisse vergangener, schlechter Zeiten dem Vergessen anheimfallen, was bei Baudenkmalern und Objekten der Bildenden Künste immer einem Vernichten oder zumindest Magazinieren gleichkommt? Innerhalb sozialistischer Umwälzungen – und damit haben wir es in China nach dem Selbstverständnis dieses Landes zu tun – stellt sich nachdrücklich die Frage nach der »Kunst zu erben«,¹⁶ da nicht schlichte Regierungswechsel zu registrieren sind, sondern massive Drehungen, also Revolutionen. Denkmalpflege unter solchen welthistorischen

¹⁵ Aus *Du Xianzhou* (Hrsg.), Die Technik der Restaurierung von Chinas alten Gebäuden, Peking 1983.

¹⁶ Ein Begriff der materialistischen Kunsttheorie-Diskussion der 30er Jahre: *Ernst Bloch / Hanns Eisler*, Die Kunst zu erben (1938), in: *Alternative*, Nr. 69, 1969, S. 216–219.

Bedingungen wird sich die Kontemplation einer Denkmalpflege in statischen (oder so erscheinenden) Gesellschaften nicht leisten wollen oder können. Das mag man als außenstehender Freund etwa der chinesischen Kultur bedauern. Gleichwohl wird man den je eigenen Ansatz eines Zugangs zu kulturellen Denkmälern würdigen lernen müssen.

Vor allem wird man seinen Eurozentrismus ablegen müssen. Wissen wir denn, können wir denn sicher sein, daß gerade dieses Objekt, weil es alt ist und für Europa das Paradigma chinesischer Kultur darstellt, es auch für Chinesen solche Bedeutung haben muß?! Wenn wir sagen »für Chinesen«: Wer ist das, wer weiß im Lande China was über evtl. schutzwürdige Denkmäler? Es gibt wohl keinen Austausch über den nahen Lebens- und Kulturbereich hinaus in China, so daß Denkmalpflege funktionsabhängig, vielleicht wissenschaftsabhängig sein wird. Bevölkerungsaktionen werden, wenn überhaupt, regional oder aus kultischen Erwägungen stattfinden. Überregionalen Schutz bzw. gesamtchinesisches Interesse dürften mythologisch bedeutsame Objekte usw. haben – etwa die Große Mauer, das Bewässerungssystem, die Ideallandschaft am Fluß Li mit seinen gestaffelten Bergkegeln ...

6. Ein letztes Plädoyer für das Hofhaus: Nostalgie oder städtebauliche Vernunft?

In Peking wird das Altstadtviertel, das unmittelbar an den im Zentrum liegenden alten Kaiserpalast, die Verbotene Stadt, angrenzt, konserviert werden. Wir hoffen, nicht im rein musealen Sinne, denn wir hängen an den Pekinger Hofhäusern nicht (nur) wegen ihrer Architektur; auch nicht wegen der z. T. noch mangelnden Wohnqualität (wer steht im bitterkalten Pekinger Winter schon gerne vor dem öffentlichen WC Schlange?). Wohnhausarchitektur kann unserer Meinung nach nicht im einzelnen Objekt gewürdigt werden. Das käme einer Reduzierung der Architekten-Tätigkeit auf die rein ästhetische, die künstlerische, zum Teil auch künstliche Seite gleich.¹⁷ Wir sind der Meinung, daß dringend zumindest ein Ensemble (von Gebäuden und unbebautem Raum) zu betrachten ist, wenn nicht gar die Stadtplanung einer Stadt oder eines Stadtquartiers.¹⁸

Die in Peking gefundene Hofhaus-Architektur mit dem gefächerten Areal solcher Haus-Hof-Typen kann als ein geordnetes Ganzes gelten, an dem zuerst das Ensemble auffällt:

¹⁷ Vgl. Michael Müller, Architektur als ästhetische Form oder ästhetische Form als lebenspraktische Architektur? In: W. Martin Lüdke (Hrsg.), »Theorie der Avantgarde«. Antworten auf Peter Bürgers Bestimmung von Kunst und bürgerlicher Gesellschaft. Frankfurt 1976, S. 268 ff.

¹⁸ Auch diesen Aspekt des Betrachtens eines Ganzen finden wir im Selbstverständnis früherer chinesischer Architekten wieder, die sich aufgrund ihrer Lehre von »Feng-shui« Wind und Wasser, der Natur und ihrer harmonischen Bewahrung verpflichtet fühlten. Besonders bemerkenswert ist noch, daß der Baugedanke mitten im Schoße der Mutter Natur, also draußen auf dem späteren Bauplatz, beraten wird, und nicht vom grünen Tisch aus projiziert wird.



Neubau eines ländlichen Wohnhauses im traditionellen Stil in einem Dorf nahe Peking.

die verkehrsberuhigten und dennoch von Radfahrern, Karren, Trägern und Fußgängern (Männer, Frauen, Kinder) frequentierten Wege und Gassen.¹⁹

Diese Gassen sind, obgleich außerhalb des Hofhauses gelegen, doch funktional mit ihnen verbunden. Sie sind die nach außen verlegte Hof-Öffentlichkeit: man sitzt, arbeitet, schläft dort, man benutzt die Straßenbeleuchtung fürs Handarbeiten und Lesen; man kann Gestelle errichten, auf denen Kinderwagen und Spieldecken für Krabbel-Kinder sich befinden. Man kann vor dem Haus für die Familie kochen und kleine Garküchen als Gewerbe betreiben (wohnen und arbeiten). Was uns als Idylle erscheint, ist Folge der Wohnungsnot.²⁰ Aber Gassen und Wege können auch als sozialer Besitz genutzt werden, so unsere These, weil im Innern des Hofhauses bereits ein Verhalten geübt wurde bzw.

¹⁹ Der Katalog zur in Holland zusammengestellten Ausstellung »Die Straße. Form des Zusammenlebens« (Düsseldorf 1973) faßt »Die chinesische Straße als politisches Phänomen« auf (S. 39 ff.) Vgl. auch über »Die Stadt des Ostens« Juan Maestre Alfonso und Richard Meier als Interviewpartner. Das Elend der großen Städte. Ursachen und soziale Folgen urbaner Fehlentwicklung. Reinbek 1978, S. 94 ff.

²⁰ Über die negativen Seiten und manchmal durchaus lähmenden Wirkungen dieser »Idylle« in Form einschränkender sozialer Kontrolle berichtet etwa Michael Kahn-Ackermann, China – Drinnen vor der Tür. München 1979.

werden konnte oder eben werden mußte (wegen der Enge und großen Wohndichte), das nicht (nur) abkapselte, sondern zu gegenseitiger Wahrnehmung und Hilfe führte.

Die Hofhäuser sind multifunktional. Sie kennen einen geordneten Eingang: man muß als Ankommender, Fremder zumeist einige Meter überwinden, bevor man im Hof ist, um von dort, hier der nachbarschaftlichen Kontrolle und Prüfung zugänglich, auf überdachten Gängen, von der Öffentlichkeit des Hofes aus, die entsprechende Wohnung aufzusuchen. Man macht als fremder Besucher die Erfahrung der Fremdheit und die Erfahrung der im wahrsten Sinne des Wortes schrittweisen Annäherung in aller Offenheit. Man erfährt diesen Prozeß für sich selbst und inmitten des strukturierten Lebenszusammenhanges anderer. Ziel ist nicht nur der Besuch dieser einen Familie, Ziel ist oder muß zugleich auch das Einfädeln in den Organismus eines vom Hof her aufgebauten Lebenszusammenhanges sein. Nicht nur man selbst als Fremder erfährt etwas, auch die dort lebenden Personen erfahren etwas: Nachbarschaftlichkeit als soziale Kontrolle, als Sicherheit.

Wenn heute, nachdem die Chinesen einige Jahre Erfahrung mit Hochhäusern, Trabantenstädten und den Folgeerscheinungen gemacht haben, Stimmen laut werden, die auf den Umbau und die Weiternutzung der alten Hofhäuser drängen, so gibt uns das vielleicht Anlaß zur Hoffnung. Vielleicht kann China den Weg, den wir schon hinter uns haben, etwas abkürzen?²¹

Wir dürfen unsere Erwartungen allerdings nicht zu hoch stecken. Selbstverständlich stehen für chinesische Umbaupläne ökonomische und rationelle Gesichtspunkte im Vordergrund. So schreiben zwei Autoren, Wu Jizhou und Guo Dahai, in der Zeitschrift »Städtischer und ländlicher Aufbau« vom März 1984 zur Begründung, warum sie für die Reparatur und Restaurierung alter einstöckiger Wohnhäuser eintreten: »Für Umbauten braucht man nur wenig neues Baumaterial; für die Mehrzahl kann man industrielle Abfallprodukte verwenden. Für Umbauten und Restaurierungen sind keine aufwendigen technischen Anlagen erforderlich; eine kleine Restaurierungstruppe kann die Arbeiten erledigen. Man kann zudem das Eigenkapital der Bewohner nutzen und die staatlichen

²¹ »Neubauten stehen leer; am liebsten wollen alle in Baudenkmalern wohnen« – so überschrieb *Manfred Sack* in der »Zeit« am 8. 3. 85, S. 69, einen Artikel, in dem es um den Interesse-Zuwachs am Wohnen in alten Gebäuden in der Bundesrepublik geht. Bauherren schließen sich zum Erhalt denkmalgeschützter Bauten zusammen, erhalten die Fassade und modernisieren innen. Historismus als Flucht aus einer leider nur kalten Moderne. Nostalgie statt Planung und Denken nach vorne, um dermaleinst späteren Generationen denkmalswürdige Bauten überlassen zu können. Vgl. »China soll aus deutschen Fehlern lernen« (s. A. 14): »Die Menschen, die heute in den vielfach heruntergekommenen Hofhäusern wohnen, wissen gar nicht, in welchen Schätzen sie eigentlich leben!« schwärmt der Berliner Teilnehmer an einem Rundgespräch zwischen chinesischen und westeuropäischen Städteplanern an der Fachhochschule Aachen. Und: »Allein die kunstvolle Struktur des Dachstuhls. Der Sinn für feine Farbnuancen. Ganz zu schweigen von der sinnvollen Einteilung, in Harmonie mit den klimatischen Bedingungen, mit der Familienstruktur. Es muß doch möglich sein, daß wir den Chinesen unsere eigene Fehlentwicklung stärker vor Augen führen und ihnen ersparen, uns unkritisch nachzueifern.«

Mittel schonen. Der allgemeine Beschäftigungsgrad kann durch diese (arbeitsintensive [A. K. S.]) Methode erhöht werden.«²²

Immerhin weisen die Autoren neben den finanziellen Vorteilen auch auf Nebeneffekte hin: »Einige Bauten haben in der Tat eine recht lange Geschichte, sie prägen das individuelle Gesicht einer Stadt. Wir müssen achtgeben, daß sie uns weiter erhalten bleiben.«²³ Wenn die Häuser stehenbleiben dürfen, innen natürlich »nach Nutzungs- und Sicherheitsaspekten umgebaut«²⁴ – dann hat vielleicht das Hofhaus-Leben ihrer Bewohner auch noch eine Chance.²⁵

²² Wu Jizhou / Guo Dahai, Dem Umbau von Altbauten Vorrang geben, in: Chengxiang Jianshe, Nr. 19, 3, 84, S. 19, Übers. A. K. S.

²³ Ebda.

²⁴ Ebda.

²⁵ Über Anregungen aus dieser Architektur und Stadtplanung für uns in Europa haben wir ausführlich in unserem Aufsatz: Wohnen in der Stadt. Pekinger Anregungen für uns hierzulande, in: Stadt. Nr. 1, 1984, S. 4ff., besonders S. 9ff., geschrieben.

Altstadterhaltung und Stadterneuerung in Österreich

1. Der Denkmalschutz – 2. Altstadterhaltung als Aufgabe der Bundesländer – 3. Förderung als Instrument der Altstadterhaltung. – 4. Initiativen und Forschung zur Altstadterhaltung – 5. Aktuelle Informationen, Stand 1985.

Altstadterhaltung und Stadterneuerung¹ haben in den letzten Jahren in Österreichs öffentlicher Meinung einen hohen Stellenwert bekommen. Höchste Politiker stellen Stadterneuerung vor Stadterweiterung. Die Meinungsbildung ist so weit fortgeschritten, daß grobe Verstöße gegen den Denkmal- oder Ortsbildschutz unabhängig von gesetzlichen Schranken in den Medien negativ geahndet werden.

Die Problemlage ist im einzelnen sehr verschieden. Wien ist vom Erneuerungsbedarf her kopflastig, der Osten Österreichs hat ein weit höheres Wohnungssubstandardvolumen als der Westen, die Fragen des Ortsbildes stellen sich deutlicher in den Klein- und Mittelstädten, die Erhaltung und Erneuerung der Dörfer ist als Problem weitgehend autonom. Gesetze wirken für den ganzen Staat unabhängig von diesen Differenzierungen, finanzielle Förderungsangebote werden aber nach Ländern und Städten sehr unterschiedlich gestellt.

Die Kräfte, die sich um die Erhaltung der Altstädte und Ortsbilder bemühen, sind dort, wo sie nicht den geordneten Bereich des eigentlichen Denkmalschutzes betreffen, eher unkoordiniert, punktuell und von einer Gruppe engagierter Einzelpersonlichkeiten getragen. Weder eine bundesweite Institutionalisierung dieses Aufgabengebietes noch ein ausreichender Erfahrungsaustausch der Bundesländer untereinander ist in Sicht. Trotzdem wächst die Zahl der beispielhaften und erfolgreichen Aktivitäten von Jahr zu Jahr. Eine neue Gefahr für die Altstädte und Ortsbilder erwächst jedoch bereits aus dem Pendelschlag in die Gegenrichtung der Erhaltung des historischen Erbes: Geschichtsfälschung durch nostalgische Kopien, Potemkin'sche Lösungen einer nur äußeren Bilderhaltung und folkloristische Revitalisierung für den Fremdenverkehr.

¹ Übersicht in: Stadt und Land – Neues Leben in alter Heimat, 3. Handbuch von PRO AUSTRIA NOSTRA, Eschenbachgasse 11, 1010 Wien; 1984.

1. Der Denkmalschutz

Der österreichische Denkmalschutz² hat eine große Tradition. Schon Kaiserin Maria Theresia verfügte mit einem Edikt vom 12. August 1749 den Schutz von Archivalien, das erste Ausfuhrverbotsgesetz wurde 1818 erlassen. Eine »Central-Commission zur Erforschung und Erhaltung von Baudenkmalen« wurde 1850 gegründet. Alois Riegl und Max Dvorák standen mit ihrem genialen Wirken noch vor dem ersten Denkmalschutzgesetz 1923.

Mit der letzten Novellierung 1979 hat sich der Denkmalschutz nicht dem Ensemblegedanken Altstadt³ geöffnet, sondern ihn eindeutig der Kompetenz der Bundesländer als Ortsbildschutz im Rahmen der Baugesetzgebung zugewiesen. Ganz im Gegensatz zur bayerischen Gesetzgebung, die 1984 schon 545 Stadt- und Ortsensembles in Denkmallisten erfaßt hat, kennt der Denkmalschutz in Österreich nur das reine Denkmal-Ensemble (z. B. Burganlagen)⁴. Eine Änderung dieser bestehenden verfassungsmäßigen Kompetenzverteilung wird als nicht sachdienlich bezeichnet. Auch von den Fragen der Revitalisierung und wirtschaftlichen Verwendung von Denkmälern ist die Abkoppelung weitgehend gelungen. Durch eine solche Festlegung wurde das spezialisierte Wirken des Denkmalamtes in Wien und das der Landeskonservatoren im üblichen finanziellen Rahmen bewahrt und sichergestellt. Österreich hat, etwa wie Bayern, weit über 100 000 Denkmale, die nur zum geringen Teil mittels des Denkmalschutzgesetzes (§ 3) beschlossen oder laut gesetzlicher Vermutung (§ 2) denkmalwürdig sind.

Wenn Denkmalschutz in Österreich, wie dargestellt, fast isoliert neben den Belangen der Altstadterhaltung operiert, so nimmt er doch die Aufgabe wahr, dafür wissenschaftliches Basismaterial¹² aufzubereiten. Von besonderer Bedeutung sind der Atlas der historischen Schutzzonen in Österreich,⁵ Baualterpläne,⁶ die Dehio-Bände,⁷ die Kunsttopographie,⁸ und die Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege,⁹ deren letztes Heft im

² Norbert Helfgott: Die Rechtsvorschriften für den Denkmalschutz, Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien, 1979 (samt Raumordnungs-, Altstadterhaltungs- und Ortsbildschutzgesetzen).

³ Rainer Reinisch; Das Altstadtensemble im neuen Denkmalschutzgesetz 1978, in: Österreichische Gemeinde-Zeitung 20/1978.

⁴ Rainer Reinisch; Das Altstadtensemble – Beispiel Inn-Salzach-Städte.

⁵ Atlas der historischen Schutzzonen in Österreich, Band I, Städte und Märkte, herausgegeben vom Bundesdenkmalamt, Wien 1970; Band II, Schutzzonen in Wien, 1981.

⁶ Baualterpläne von A. Klaar, herausgegeben im Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien 1972, ff.

⁷ Dehio-Handbuch, herausgegeben vom Bundesdenkmalamt (nach Bundesländern geordnet), Verlag Anton Schroll & Co, Wien.

⁸ Österreichische Kunsttopographie, herausgegeben vom Institut für Österreichische Kunstforschung des Bundesdenkmalamtes (nach politischen Bezirken geordnet), Wien.

⁹ Österreichische Zeitschrift für Kunst und Denkmalpflege (jährlich 4 Nummern), herausgegeben vom Österreichischen Bundesdenkmalamt, Verlag Schroll & Co., Wien.

Januar 1983 sich eingehend des Themas »Ortsbildschutz und Denkmalpflege« annahm. 2000 Denkmale der Technik und Industrie werden durch einen Industrie-Dehio¹⁰ erfaßt und auch die Architektur des 20. Jahrhunderts¹¹ bereits mit etwa 7000 Objekten festgehalten.

Der problematische Fragenkomplex Altstadterhaltung – Denkmalschutz¹² mindert die eminente Wichtigkeit und hohe Qualität des Bundesdenkmalamtes in keiner Weise. Für die Altstadterhaltung und deren praktische Umsetzung ist das vom Bundesdenkmalamt konzipierte Zentrum der Denkmalpflege in der Kartause Mauerbach eine echte Hilfestellung. Als Informations- und Fortbildungszentrum dient es auch dem Vergleich und der Erprobung von einschlägigen Werkmethoden und Techniken (z. B. Trockenlegung, Ersatzmaterialien usw.) Die Experten der Werkstätten, die Österreichische Sektion des IIC (International Institute for conservation of historic and artistic works) und deren Restauratorenblätter¹³ sind in Kreisen der Altstadterhalter wenig bekannt und kaum genutzt.

2. Altstadterhaltung als Aufgabe der Bundesländer

Altstadterhaltung wird als echte Substanzerhaltung im Sinne eines Denkmalschutzes durch Landesgesetze bisher nur für die Schutzzonen in Wien, Graz und Salzburg festgelegt. Diese Altstadterhaltungsgesetze formulieren generell das Verbot des Abbruchs in den festgelegten Zonen. Ausnahmen auf Grund »wirtschaftlicher Abbruchreife« bedürfen eines Gemeinderatsbeschlusses.

Für die Länder Steiermark, Kärnten, Salzburg und Tirol gelten Ortsbildschutzgesetze, die verallgemeinernd besehen nur die äußere Erscheinung schützen. In Niederösterreich, Burgenland, Oberösterreich und Vorarlberg fehlen sogar diese gesetzlichen Grundlagen. Die Aussonderung von Ortsbilderhaltungszonen wird aber in Einzelfällen mit den geltenden Raumordnungsgesetzen als Bebauungsplan bewerkstelligt. Das Beispiel von Braunau am Inn zeigt, daß mit dem Textteil dieses Planes (Stadtsatzung) sogar Substanzerhaltung verordnet werden kann.

Die Erfolge der Altstadtanierung sind unterschiedlich. Die Stadt Graz hat eine Fläche von 8,5 km² zur Schutzzone erklärt (mittelalterliche Stadt 1,0 km², mittelalterliche Vororte 0,8 km², Gründerzeitviertel 4,7 km², ländliche Orte 2,0 km²). Die Praxis zeigt ein unterschiedliches Maß der Erhaltungsstrenge. Salzburg hat sogar die Wohnnutzung

¹⁰ Manfred Wehdorn – Ute Georgeacopol-Winischhofer; Baudenkmäler der Technik und Industrie in Österreich, Band 1: Wien, Niederösterreich, Burgenland; Böhlau Graz – Wien.

¹¹ Fritz Achleitner; Österreichische Architektur im 20. Jahrhundert – Ein Führer, 3 Bände, Residenz-Verlag Salzburg.

¹² Norbert Wibiral; Denkmalschutz und Denkmalpflege im Spiegel der Fachpublikationen, in: Das neue Bild von Oberösterreich, 150 Jahre Oö. Musealverein, 128. Band, Linz 1983.

¹³ Restauratorenblätter (nach Themen geordnet), Österreichische Sektion des IIC (International Institute for conservation of historic and artistic works), A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 15/4.

eingefroren, um der Verdrängung durch den tertiären Sektor Einhalt zu gebieten. Auch der Ortsbildschutz wird in unterschiedlicher Qualität und Intensität betrieben. Während in der Steiermark 30 Orte mittels detaillierter Ortsbildkonzepte Schutzzonen aufweisen und ein Dutzend in Bearbeitung steht, hat es das Land Salzburg bisher nur auf 6 gebracht.

Daß trotzdem nicht die Demolierungswelle rollt, ist auf eine allgemeine Sensibilisierung für die Belange des Ortsbildes in den letzten Jahren und auf die Welle der Nostalgie zurückzuführen. Darüber hinaus engagieren sich einzelne Politiker der Landesregierungen mit informativen und motivierenden Aktionen, um das Bewußtsein um das historische Erbe zu heben. Die Aktion »Niederösterreich – schön erhalten – schöner gestalten« ist beispielhaft. Eine periodisch erscheinende, verständlich gestaltete Broschüre¹⁴ befaßt sich mit einschlägigen Themen, präsentiert das gute Beispiel und ruft zum Wettbewerb auf. Das kleine aber effiziente Team bietet Hilfestellung bei allen Ortsbildfragen an, das Ortsbildtelefon hat 24 Stunden Tonbanddienst und die 1. Ortsbildmesse findet 1985 statt. Eine weitere Aktion, die Planungskostenzuschüsse und Planungshilfe anbietet, läuft auch für die Dorferneuerung und Dorfentwicklung. Wie in Niederösterreich wird die Beispielswirkung von vorbildlich gestalteten Städten, Orten und Einzelobjekten durch Prämiiierung in fast allen anderen Bundesländern gefördert.

Die Zuständigkeit der Landesregierungen für die Altstadterhaltung und Ortsbildpflege sowie die Erhaltung und Gestaltung des ländlichen Bereiches ist klargestellt. Die rechtliche Ordnung ist noch nicht in allen Bundesländern hergestellt und die Art der praktischen Bearbeitung und Förderung sehr unterschiedlich. Bedauernswerterweise gibt es keinen Erfahrungsaustausch oder eine periodische Publikation, die sich mit diesem Sachbereich beschäftigt. Die Effizienz der Bemühungen um die Städte und Orte hängt zum Wesentlichen von der Existenz und der ausreichenden und qualitativen Besetzung einer entsprechenden Amtsstelle des Landes ab – in diesen Belangen ist künftig noch viel zu tun.

Seit geklärt ist, daß die Denkmale österreichischer Stadtbaukunst nicht als Ensembles im Sinne des Denkmalschutzgesetzes gewertet werden, liegt es an den Ländern, für diese Bereiche (etwa laut dem Schutzzonenatlas) eine Substanzerhaltung und Schutzqualität zu verhängen, die dem Denkmalschutz gleichkommt. Der Konflikt zwischen Stadterneuerung und Altstadterhaltung ist in jedem Einzelfall bewußt auszutragen und zu bereinigen.

3. Förderung als Instrument der Altstadterhaltung

Zur politisch motivierten Durchsetzung von Stadterhaltungs- und Stadterneuerungszielen werden finanzielle Förderungen von Bund, Land und Gemeinden angeboten.¹⁵ Die verwirrende Vielfalt und Kompliziertheit der Abwicklung setzt ein hohes Informationsniveau des

¹⁴ »Niederösterreich – schön erhalten – schöner gestalten«, Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, A-1014 Wien, Herrngasse 19.

¹⁵ Hermann Pauls; Finanzierungsmöglichkeiten im Altbau, in: Stadt und Land, Neues Leben in alter Heimat, 3. Handbuch, PRO AUSTRIA NOSTRA, Eschenbachgasse 11, A-1010 Wien, 1984.

Förderungswerbers voraus. Daher ist es nicht verwunderlich, daß größere Bauträger und Genossenschaften davon eher Gebrauch machen als einzelne Miethausbesitzer. Geldinstitute erfüllten mit der Vermarktung der Förderung eine wichtige Aufgabe (neben Gebietsbetreuungen).

Im Rahmen der Durchführungsverordnungen zum neuen Wohnbaugesetz werden allein für (das Land) Wien jährlich 5,2 Milliarden Schilling (DM 740 Millionen) an Förderungsmitteln für den Wohnbau freigesetzt. Mittelfristig schwebt den zuständigen Politikern vor, daß davon drei Milliarden für die Stadterneuerung verwendet werden: eine Milliarde soll der sogenannten »kleinen Wohnungsverbesserung« dienen, zwei Milliarden sollen pro Jahr die großvolumige Wohnhaussanierung fördern. Diese eindrucksvollen Ziffern machen sich aber bescheiden aus, wenn man den Gesamt-sanierungsbedarf von einigen hundert Milliarden Schilling berücksichtigt.

Der Altstadterhaltung stellen sich trotz verbesserter Förderungsangebote vielfältige Schwierigkeiten entgegen: überalterte Bevölkerung in historischen Schutzzonen, hoher Investitionsaufwand bei einkommensschwacher Bewohnerschaft, kleinmaßstäbliche Aufgabe für Großunternehmer und keine exakte Prognostizierbarkeit des Arbeitsumfanges.

Eine Aufzählung aller Förderungsmöglichkeiten würde den Rahmen dieser Übersicht sprengen. Neben Sonderaktionen der Gemeinden ist die Wohnbeihilfe ein wirksames Instrument, um soziale Barrieren gegen die Erneuerung zu überwinden. Den Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaften wird in Zukunft eine verantwortungsvolle Aufgabe in der Organisation von Stadterneuerung, aber auch der Altstadterhaltung zu wachsen müssen. Neue Gesetze^{16a + 16b} bilden auch geänderte Voraussetzungen für die Förderung.

4. Initiativen und Forschung zur Altstadterhaltung

Zu Zeiten der Diskussion über ein Tätigkeitsfeld sind alle praktischen und theoretischen Initiativen wichtig. Die Mühe aller wird Altstadterhaltung einer Formulierung näher bringen. Bedeutende Anstöße gab der Europarat mit Deklarationen, dem Denkmalschutzjahr 1975 und der Europäischen Kampagne für Stadterneuerung.¹⁷ Musterstädte präsentierten in diesen Jahren ihre Leistungen: Krems, Rust, Salzburg, Wien, Sankt Pölten, Eisenstadt und Braunau am Inn.

^{16a} Wohnbauförderungsgesetz 1984 – WFG 1984

Bundesgesetz zum 27. 11. 1984 über die Förderung der Errichtung von Wohnungen sowie zur Änderung des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes

^{16b} Wohnhaussanierungsgesetz – WSG

Bundesgesetz vom 27. 11. 1984 über die Förderung der Verbesserung und Erhaltung von Wohnhäusern, Wohnungen und Wohnheimen sowie zur Änderung des Stadterneuerungsgesetzes und des Stadtwohnungsgesetzes

¹⁷ Peter Weber / Institut für Stadtforschung: Stadterneuerung in Österreich, Schriftenreihe der Österreichischen Raumordnungskonferenz (ÖROK) Nr. 25, Wien 1981.

Die 1973 gegründete Organisation PRO AUSTRIA NOSTRA (PAN) als nationale Organisation von EUROPA NOSTRA ist mit ihrer Zielsetzung einer Substanzerhaltung Österreichs auf kulturellem, landschaftlichem und geistigem Gebiet wichtiger Motor der Altstadterhaltung. Die Jahrbücher und monatlichen PAN-Nachrichten¹⁸ sind ein wesentlicher aktueller Informationsaustausch über Altstadt-Aktivitäten. PRO AUSTRIA NOSTRA stand auch Pate bei der Gründung des »Zentrums für praktische Altstadterhaltung und Ortsbildpflege in Krems – ZPAO«,¹⁹ sowie des »Internationalen Städteforums Graz«.²⁰ Letzteres publiziert die »ISG-Nachrichten« als fachliche Umschau. Tätig ist auch das Österreichische Nationalkomitee des ICOMOS²¹ (Internationaler Rat für Kulturdenkmäler und schutzwürdige Bereiche). Eine gute Zusammenschau erfolgreicher Altstadterhaltung in den letzten Jahren bieten zwei Bände »Bauten von gestern – heute erlebt«.²²

Ein Defizit hat Österreich sicher im Bereich der Universitäten abzubauen. Es gibt keine Lehrkanzel für Stadterneuerung und Altstadterhaltung, aber doch gute Ansätze dazu. An der Technischen Universität in Wien ist das Institut für Baukunst und Bauaufnahmen unter o. Prof. Dr. Ing. Hans Koepf besonders durch die Stadtbauaufnahmen – Aktion Österreich²³ bekannt geworden – diese Tätigkeit ist eine nicht zu unterschätzende Voraussetzung für den Erfolg der Altstadterhaltung. Auch die periodische Publikation »Stadterhaltung – Stadtgestaltung«²⁴ desselben Instituts deckt einen dringenden Bedarf teilweise vorzüglich ab. Bemerkenswert sind die Lehrveranstaltungen im Rahmen der Wahlfachgruppe Baukunst (Bauen in der Altstadt) und Denkmalpflege (Regeneration alter Wohnviertel). Auch das Institut für Städtebau, Umweltgestaltung und Denkmalpflege an der Technischen Universität Graz bemüht sich unter o. Prof. Dr. Peter Breitling in vielfältiger Weise um die Belange der Altstadterhaltung.

Wissenschaftliches Basismaterial erarbeitet das Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung in Linz und publiziert die Österreichische Stadtbibliographie,²⁵ gemeinsam mit dem Österreichischen Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung (Linz) die Beiträge zur Geschichte der Städte Mitteleuropas (8 Bände) und die Forschungen zur

¹⁸ PAN-Nachrichten, PRO AUSTRIA NOSTRA, A-1010 Wien, Eschenbachgasse 11

¹⁹ ZPAO – Zentrum für praktische Altstadtsanierung und Ortsbildpflege.

²⁰ Internationales Städteforum Graz, A-8010 Graz, Hauptplatz Nr. 3/III.

²¹ ICOMOS – Conseil International des Monuments et de sites, Österreichisches Nationalkomitee, Bundesdenkmalamt, Hofburg, A-1010 Wien.

²² Bauten von gestern – heute erlebt, Verband der wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs, A-1070 Wien, Lindengasse Nr. 37, Wien 1979/1980.

²³ Hans Koepf; Stadtbauaufnahme-Aktion Österreich, Institut für Baukunst und Bauaufnahmen, Technische Universität Wien, A-1040 Wien, Karlsplatz 13; Wien 1970 (verschiedene Detailpublikationen).

²⁴ Stadterhaltung – Stadtgestaltung, herausgegeben vom Institut für Baukunst und Bauaufnahmen (Prof. Dr. Hans Koepf), A-1040 Wien, Karlsplatz 13.

²⁵ Österreichische Stadtbibliographie (jährlich), herausgegeben vom Ludwig-Boltzmann-Institut für Stadtgeschichtsforschung (Leitung: Univ. Prof. Dr. Wilhelm Rausch), A-4020 Linz, Postfach 320.

Geschichte der Städte und Märkte Österreichs. Die Kommission für Wirtschafts-, Sozial- und Städtegeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gibt die Österreichischen Städtebücher heraus, deren erster Band über das Bundesland Oberösterreich vorliegt. Die Zusammenschau der Initiativen und Forschung ist unvollständig – sie zeigt Positives auf. Nicht verschwiegen sei aber neben dem Fehlen einer echten Wahlfachgruppe an der Universität der mangelnde Informationsfluß von der Forschung zur tätigen Praxis an vorderster Front.

5. Aktuelle Informationen (Stand 1985)

Aktuelle Information kann nur ein Schlaglicht sein. Die gerauschte Zusammenschau zeigt aber, daß Altstadterhaltung in den größeren Städten ein Problem der Kultur- und Bauämter ist, die Orte und Dörfer aber als ein Anliegen der Ämterstellen der Landesregierung wahrgenommen werden.

Wien

Altstadterhaltung ist wegen der hohen Denkmaldichte und wegen der ca. 1000 Hektar umfassenden Schutzzonen ein wesentliches Problem und Anliegen der Stadt. Überschattet werden diese Bemühungen von der Last der nötigen Stadtreparatur, Stadterneuerung, Revitalisierung und Verkehrsberuhigung. 100 000 Wohnungen stehen leer, weitere 170 000 sind Substandardwohnungen. Erfolg verspricht man sich von der Umlenkung der Wohnbauförderungsmittel in Richtung Stadterneuerung und durch den sanften Weg der Gebietsbetreuung zur Motivation der betroffenen Bevölkerung.

Niederösterreich

Ohne Ortsbildschutzgesetz wird mit einem engagierten Team der Landesregierung die Aktion »Niederösterreich schön erhalten – schöner gestalten« betrieben. Es ist weniger Konzept als Hilfestellung bei privaten oder Gemeinde-Initiativen zur Ortsbildpflege. Für die drei Gemeinden Obermarkersdorf, Schrattenthal und Waitzendorf werden Konzepte ausgearbeitet. Drösing, Höflein und Ludweis waren Pilotprojekte. 20 Dörfer jährlich zu erneuern, ist das wohl zu hoch gesteckte Ziel.

Die Stadt Krems hat in Österreich Vorbildfunktion. Durch die Zusammenarbeit der Gemeinde mit einer Gemeinnützigen Wohnbaugesellschaft, budgetmäßiger Vorsorge und einer sozialen Wohnbauaktion der Stadt²⁶ wurde ein gutes Beispiel neben das andere gesetzt.

²⁶ Harry Kühnel; Denkmalpflege und Althausanierung in Krems an der Donau 1959–1974, Sonderdruck aus den Mitteilungen des Kremser Stadtarchivs 12, Krems an der Donau, 1974.

Burgenland

Eine unter dem Titel »Burgenländische Kulturoffensive«²⁷ geführte Aktion der Kulturabteilung der Burgenländischen Landesregierung setzt ohne gesetzliche Vorsorge Beispiele einer Ortsbildpflege und fördert modellhafte Aktivitäten. Ein Team von Fachleuten hat Gestaltungskonzepte für einige Orte entwickelt und jeweils der Bevölkerung vorgestellt (z. B. Oberpullendorf, Donnerskirchen²⁸).

Oberösterreich

Bis heute ohne Ortsbildschutz wird von der Landesregierung²⁹ den Orten und Dörfern Hilfestellung angeboten. Bemerkenswert sind die Bemühungen zur Kulturgütererhebung³⁰ der Projektgruppe Raumordnung im Oberösterreichischen Volksbildungswerk. Ein umfassender Kulturgüterkataster wird erhoben und dokumentiert.

Die Stadt Braunau am Inn betreibt seit Jahren wissenschaftlich fundierte Altstadterhaltung und Stadterneuerung und wurde zur Musterstadt für vergleichbare Klein- und Mittelstädte. Linz hat 100 Hektar Schutzzonen in der Altstadt und 53 Hektar in Streulage verordnet. Auch Werkarbeitersiedlungen der vierziger Jahre werden als schützenswert erachtet. Die Erfolge der Altstadterhaltung sind beachtlich, ein Linzer Planungsinstitut Altstadt und die Stadterneuerungsgenossenschaft EOS haben ihre Tätigkeit jedoch eingestellt.

Steiermark

Einschlägige Gesetze und die Landesinitiative sind die Basis des außerordentlichen Erfolges in der Ortsbild- und Altstadterhaltung der Steiermark. Die Erarbeitung eines umfassenden Ortsbildkonzeptes ist Voraussetzung zur Erklärung einer Schutzzone und der finanziellen Förderungen des Landes. Eine Aktion »Unsere Steiermark wird schöner«³¹ wird von einer breiten Öffentlichkeit und den Medien mitgetragen und hat einen erheblichen Motivationsschub zur Folge. Die Stadt Graz ist dem Umfang und der Qualität nach ein außerordentliches Juwel österreichischer Stadtbaukunst. Die Bemühungen zu ihrer Erhaltung und Erneuerung zeichnen sich auch durch eine wirksame Veröffentlichung in den Medien aus.

²⁷ Kaitna / Reichel / Smetana; Burgenländische Kulturoffensive – Ortsbildpflege und Baukultur, Amt der Burgenländischen Landesregierung, Kulturabteilung, A-7000 Eisenstadt, Schloß Esterhazy.

²⁸ W. Kaitna / R. Reichel / K. Smetana; Das Ortsbild als kommunale Aufgabe – Am Beispiel der Ortsbildgestaltung und Teilbebauungsplanung Donnerskirchen, hg. Kaitna / Reichel / Smetana, Gärtnergasse 2/11 A, A-1030 Wien.

²⁹ Ortsgestaltung und Ortsbildpflege, Amt der Oö. Landesregierung, Landesbaudirektion, Schriftenreihe 1979.

³⁰ Orts-Stadt-Bild Dokumentation (Bearbeiter: Hans-Peter Jeschke und Ernst Pitschmann), Oö. Raiffeisen-Zentralkasse, A-4020 Linz, Raiffeisenplatz 1.

³¹ Unsere Steiermark wird schöner, Raiffeisen-Bausparkasse, A-8010 Graz, Tummelplatz.

Kärnten

Seit 1979 hat Kärnten ein Ortsbildpflegegesetz. Das Fehlen einer wirksamen Bautradition und die Dominanz des Fremdenverkehrs wird zu verstärkten Anstrengungen um die Erhaltung des historischen Erbes führen müssen. Klagenfurt wurde durch seine Fußgängerzonen und das Öffnen der Höfe bekannt, wobei die Geschäftsnutzung stark dominiert.

Salzburg

Die gesetzliche Vorsorge wurde nach breiter öffentlicher Diskussion für den ländlichen Bereich und die Stadt Salzburg geschaffen. Die Erklärung von Schutzzonen in den Orten läuft langsam, die Schutzzone der Landeshauptstadt ist mit einem generellen Demolierverbot belegt. Die Überbelastung durch Fremdenverkehr und Warenpräsentation stört die Bemühungen der Substanzerhaltung.

Tirol

Seit 1976 ist die gesetzliche Basis für eine rein äußerliche Orts- und Stadtbilderhaltung gelegt. Innsbruck hat 8 Schutzzonen und fünf weitere Orte haben eine solche ausgewiesen.³²

Vorarlberg

Ohne Gesetz und Landesstelle stehen nur fallweise Mittel aus dem Landschaftspflegefonds für Ortsbildaktionen zur Verfügung. Sogar die Oberstadt von Bregenz ist nur mit wenigen Einzelobjekten unter Denkmalschutz.

³² Arnold Klotz; Erhaltungs- und Schutzzonen in Innsbruck – Stand und Erfahrung, in: Berichte zur Raumforschung und Raumplanung, Heft 6/1983.

Andreas Feldtkeller

Altstadtsanierung: zum Beispiel Tübingen

1. Allgemeines – 2. Besonderheiten des Tübinger Verfahrens – 3. Zeitlicher Ablauf – 4. Sanierungsbeiträge – 5. Städtebauliche »Maßnahmepakete« – 6. Kosten und Finanzierung.

1. Allgemeines

»dem kleinen und unscheinbaren, aber den Musen seit Jahrhunderten werten und zu ihrem Dienst ganz geeigneten Tübingen«, Wieland 1807

1.1 Einleitung

Tübingen ist als Stadt mit einer 500 Jahre alten Universität und als Aufenthaltsort berühmter Denker und Dichter bekannt. Tübingens Altstadt nimmt zwar in der Baugeschichte keinen exemplarischen Rang ein, hat aber doch mit ihrem insgesamt gut erhaltenen Altbaubestand und der charakteristischen »buckligen« Topographie zwischen Neckar und Ammer besonderen Reiz.

Zur Geschichte der Stadt müssen hier einige Stichworte genügen. Die Ursprünge sind urkundlich nicht belegt. Ende des 11. Jahrhunderts besteht eine Burg mit Weiler (vermutlich kontrollieren die Grafen von Tübingen von hier aus die Fernstraße Ulm – Straßburg). Die Stadt mit Stadtverfassung, Markt und Stadtmauerring stammt aus dem 13. Jahrhundert. 1342 gehen Burg und Stadt an die württembergischen Grafen. 1477 gründet Eberhard im Bart die Universität, die von da an die Entwicklung der Stadt – bis heute – maßgeblich bestimmt. Tübingen hat 1793 etwa 6600 Einwohner, an der Universität sind 1791 188 Studenten eingeschrieben. Nach dem Anschluß an die Eisenbahn im Jahre 1861 entsteht in Tübingen und den Nachbarorten in bescheidenem Umfang Industrie, die aber das Übergewicht der Universität und der entstehenden Verwaltungen und der Garnison nicht ausgleicht. Kennzeichnend für die gegenwärtige Situation ist die Studentenzahl von 23 Tausend bei 75 Tausend Einwohnern auf einer Markungsfläche von 108 Quadratkilometern.

1.2 Sanierungsbedürftigkeit der Stadt

Stadtsanierung ist in den letzten Jahren in weiten Bevölkerungskreisen zum Reizwort geworden; ihr Ausgangspunkt bedarf gerade deshalb immer wieder der Erläuterung. Die historischen Stadtkerne werden ausgehend vom 19. Jahrhundert zu Gewerbe- und Dienst-



Johann Pfister 1620 Tübingen Neckarfront. Ausschnitt mit Stift, Burse, Aula, Stiftskirche, Neckarbad, Tuchmacherrahm und Färberturm.

leistungszentren, die nicht mehr nur den Altstadtbewohnern, sondern einer sich um die alten Kerne ansiedelnden, rapide wachsenden Bevölkerung mit neuen Lebensgewohnheiten und höheren Ansprüchen dienen. Die alten Quartiere »ersticken« sozusagen in der Umarmung durch das sie umlagernde Stadtgefüge:

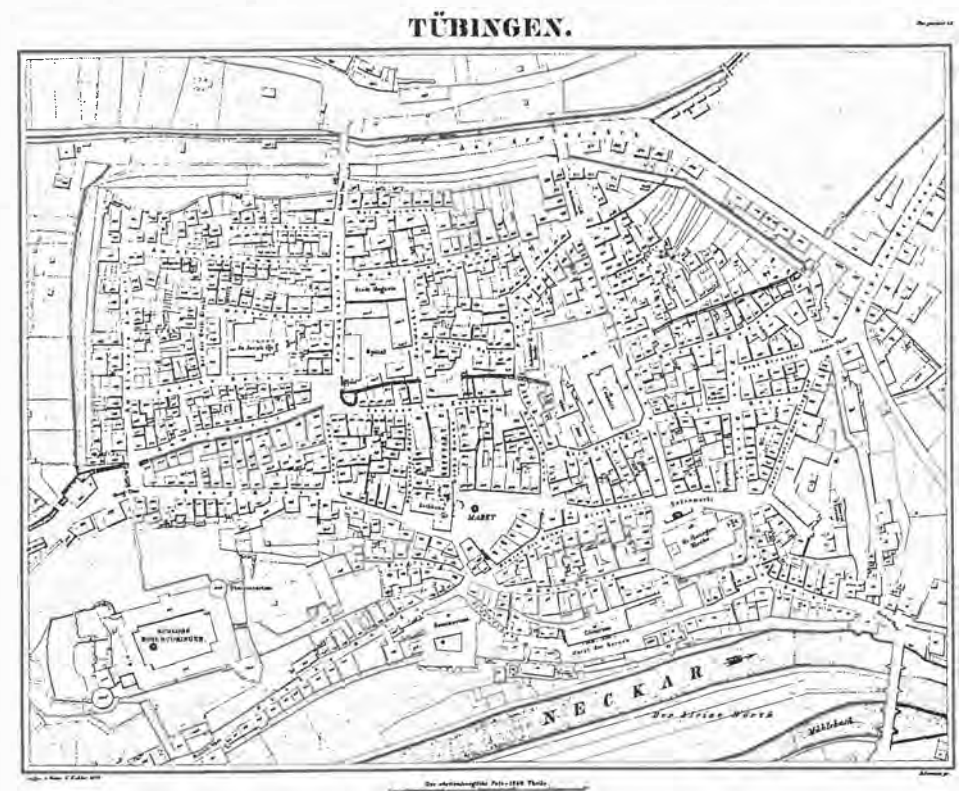
- Dabei wird der direkte Zugang aus den engen Quartieren zur freien Landschaft abgeschnitten;
- die klimatischen Bedingungen verschlechtern sich;
- wachsender Verkehr und wachsende Grundstücksausnutzung machen die Wohnbedingungen zunehmend unerträglich;
- die soziale Infrastruktur wird nicht mehr an zeitgemäße Standards angepaßt,
- und die Bausubstanz wird wegen der verlorengegangenen Eignung für Wohn- und Gewerbebezüge vernachlässigt.

Eine »Selbstheilung« der aus dem Gleichgewicht geratenen Stadtkerne durch die in ihr wirtschaftenden Kräfte ist nicht möglich. Der in dieser Situation typischerweise einsetzende spekulative Stadtumbau fällt zwar in Tübingen wegen der fehlenden Wirtschaftskraft weg; die Altstadt wird aber auch hier zu einem nur schlecht funktionierenden »Stadtzentrum« und zum Wohngebiet jener Unterprivilegierten, die sich den Umzug ins »Grüne« nicht leisten können.

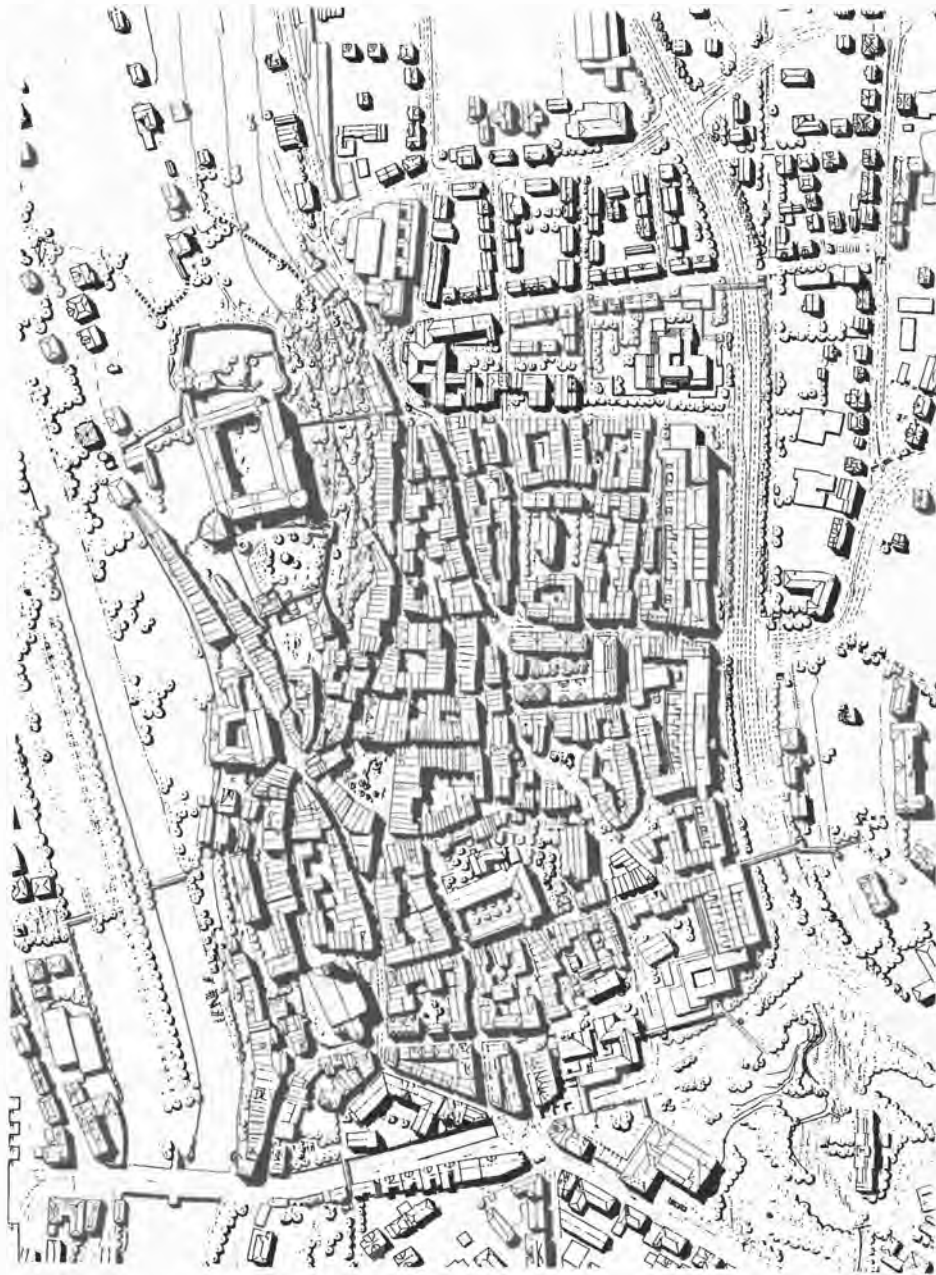
1.3 Wege der Stadterneuerung

Als sich anfangs der 1960er Jahre die Stadt Tübingen entschließt, regulierend in die Entwicklung der Altstadt einzugreifen und Wege zur Sanierung zu suchen, geht sie davon aus, daß der »verbrauchte« Stadtkern an moderne Ansprüche angepaßt, abgewirtschaftete Bausubstanz beseitigt und marktwirtschaftliches Kapital zur Durchführung der erforderlichen Baumaßnahmen aktiviert werden muß. 10 Jahre später steht dann der Gedanke der »erhaltenden Erneuerung« im Vordergrund. Die Stadt ist bereit, historische Bausubstanz auch mit unverhältnismäßig großem finanziellen Einsatz zu retten und neuen Nutzungen zuzuführen; die Eingriffe in den Stadtgrundriß der Altstadt werden auf ein Minimum begrenzt – es geht nicht mehr um Erschließung für den Verkehr, sondern um Beruhigung vom Verkehr. 1975 legt das Landesdenkmalamt eine Liste der Kulturdenkmale mit 200 Objekten (anstelle der bisher ausgewiesenen 8 Denkmale) innerhalb der Altstadt vor.

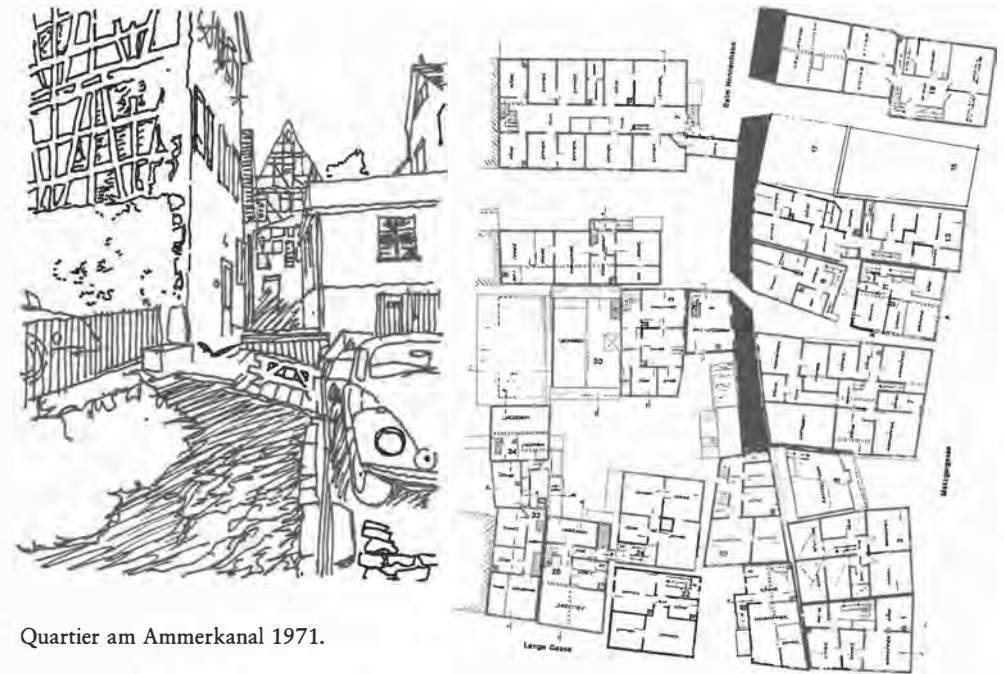
Die Auseinandersetzung mit der sozialen Problematik der Stadterneuerung führt dann in einer dritten Phase zu der Politik, die Vorteile der Sanierung mit Vorrang den Sanierungs-



Tübingen Katasterplan von 1819, ergänzt 1848.



Gutachten Gerd Albers, Peter Breitling u. a. 1967
Bebauungsvorschlag



Quartier am Ammerkanal 1971.

betroffenen selbst, also den in der Altstadt Wohnenden und Wirtschaftenden zugute kommen zu lassen. Die Lenkungsmöglichkeiten der Kommune werden gezielt dazu eingesetzt, die für die Altstadt typische Mischung im sozialen Gefüge zu erhalten, ihr eine Chance zum Weiterbestehen zu geben. Wir neigen heute in bedenklichem Maße dazu, den Wert historischer Stadtquartiere zuerst – und vielfach sogar ausschließlich – in ihrem baulichen Gefüge, in ihren Gebäuden, ihren Straßen- und Platzbildern zu sehen. Der vielfältigen Mischung aus Wohnen und differenziertesten Gewerbeeinrichtungen, die diesem baulichen Gefüge Lebendigkeit verleiht und die bei uns – vorläufig noch im Gegensatz zu italienischen und französischen Städten – akut zu verschwinden droht, schenken wir dagegen zu wenig Beachtung. Wir laufen Gefahr, letztlich eine Hülse mit weitgehend fremdem Inhalt zu konservieren, wenn wir nicht die Erhaltung der typischen Mischung in den Altstädten zu einem vorrangigen Programmpunkt der Sanierung machen.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß in Tübingen einige für Mittelstädte vergleichbarer Größe und Funktion übliche Sanierungsziele bewußt nicht in die Planung einbezogen wurden:

- Kein Ausbau der Universitätseinrichtungen in der Altstadt,
- keine Aufwertung der Altstadt durch ein Kultur-, Kongreß- und Tagungszentrum (stattdessen sogar Verlegung des Landestheaters aus dem »Museum« am Altstadtrand in eine ehemalige Stuhlfabrik in der Südstadt),

- kein Ausbau der Altstadt für touristische Zwecke, keine neuen Hotels, Gaststätten, Studentenkneipen (für die Errichtung neuer Gastronomiebetriebe verlangt die Stadt den Realnachweis der erforderlichen Pkw-Stellplätze).

2. Besonderheiten des Tübinger Verfahrens

2.1 Sonderamt Altstadt-sanierung

Sanierung ist zunächst im Grundsatz für alle historischen Städte dasselbe Problem. Von besonderem Interesse wird die Sache dort, wo in einer Stadt vom üblichen abweichende Wege beschritten werden. Vor 22 Jahren wurde in der Tübinger Bauverwaltung ein »Sonderamt Altstadt-sanierung« eingerichtet; dieses Amt ist für alle Erneuerungsmaßnahmen in der Altstadt zuständig und direkt dem Baubürgermeister unterstellt. Damit unterscheidet sich das Verfahren von dem der meisten westdeutschen Städte, die entweder mit Sanierungsträgern, Sanierungsbeauftragten, mit Arbeitsgruppen oder der Zuordnung der Sanierungsstelle zu einem anderen Amt arbeiten (in Tübingen gab es von 1972 bis 1974 ein kurzes Zwischenspiel mit Sanierungsträgern). Für die enge Zusammenarbeit des Sanierungsamtes mit allen an der Sanierung Beteiligten ist die Unterbringung der Dienststelle in einem zentral gelegenen Altstadt-haus entscheidend.

Aufgabenkatalog des Sonderamts Altstadt-sanierung:

Ausarbeitung der Rahmenplanung

Erarbeiten und Fortschreiben von Sanierungskonzepten

Aufstellung von Bebauungsplänen und Satzungen

Maßnahmeträgerschaft bei Ordnungs- und Modernisierungsmaßnahmen
Stadtbildpflege

Planungsrechtliche Bearbeitung aller Baugesuche und Werbegesuche

Freiflächenplanung/Verkehrsflächenneugestaltung

Betreuung von Hochbaumaßnahmen

Stellen: 2 Architekten, 1 Wohnungskaufmann,

Sozialarbeiter (2 halbe Stellen), 1 Vermessungstechniker,

2 Verwaltungsangestellte. (Seit 1983 2 zusätzliche Stellen).

2.2 Rahmenplanung / Bürgermitwirkung / Erneuerungsmethoden

Die Grundsätze der Tübinger Sanierung sind in einem »Rahmenplan Altstadt-sanierung« enthalten, der vom Sonderamt Altstadt-sanierung erarbeitet, ab 1973 vom Sanierungsausschuß beraten und 1977 vom Gemeinderat beschlossen wurde. Es handelt sich um eine Broschüre, die weniger eine fertige Vorstellung von der sanierten Altstadt als Verfahrensregeln für den Sanierungsprozeß enthält und die auch für den Bürger ohne weiteres verständlich ist.

Zu Beginn der Durchführungsphase hatten die Tübinger Bürger bei einer 1971 zu diesem Thema in der Evangelischen Akademie Bad Boll veranstalteten Tagung Gelegen-



Rathausgasse 1 – mittelalterlicher Fachwerkbau mit späterer Aufstockung und neuem Anbau; das alte Fachwerk wurde nur in Fragmenten freigelegt.

heit, sich in die Probleme der Tübinger Sanierung einzuarbeiten. Aus bürgerschaftlicher Initiative bildeten sich anschließend fünf Arbeitsgruppen, die in Tübingen die wichtigsten Themen weitererörterten und ihre Ergebnisse ein halbes Jahr später in einem Empfehlungspapier der Öffentlichkeit vorstellten.

Ebenfalls 1971 bekommt Martin Fürstenberg mit seinem »Team für Sozialplanung« von der Stadt den Auftrag zur Erarbeitung eines Berichts über die sozialen Probleme der Stadtsanierung in Tübingen (und zur Aufstellung von Sozialplänen für zwei förmlich festgelegte Sanierungsgebiete). Die Arbeit des Teams war geprägt von einer sehr eingehenden Erkundung der Wünsche und Bedenken, die die verschiedenen Gruppen in der Altstadt der bevorstehenden Sanierung entgegenbrachten.

Die Instrumente des Städtebauförderungsgesetzes (einschließlich der zugehörigen Fördermittel von Bund und Land) werden in relativ kleinen Teilgebieten der Altstadt (Lammblock/Rathausblock/Hintere Grabenstraße, zusammen etwa $\frac{1}{3}$ der Altstadtfläche) eingesetzt. In den übrigen Bereichen der Altstadt wird von Anfang an mit Erfolg eine »einfache« Sanierung praktiziert.

Die Stadt Tübingen geht bisher einem Gesamtanlagenschutz für die Altstadt aus dem Wege. Es besteht allerdings eine sehr intensive »kritische Kooperation« mit der in Tübingen ansässigen Außenstelle des Landesdenkmalamtes. Eine auch ins Detail gehende und in der Fachpresse verschiedentlich deshalb abschätzig beurteilte Stadtbildsatzung zieht für die Architekten (aber auch für Werbegestalter und Verkäufer einschlägiger Serienprodukte) die Grenzen der Gestaltungsfreiheit. Die Altstadt wird nicht als Tummelplatz für die »laufenden Ereignisse« der Architekturszene betrachtet. Die Erhaltung des überlieferten Straßen- und Platzhabitus mit seinem regional geprägten Haustyp steht im Vordergrund; die »Erfindung« neuer Varianten innerhalb dieses vorgegebenen Typs ist ein wichtiges Sanierungsthema.

3. Zeitlicher Ablauf

Die einzelnen Schritte der Tübinger Sanierung folgen nicht einem vorgefaßten Ablaufschema. Sie ergeben sich pragmatisch aus einem behutsamen Herangehen an die Probleme und der laufenden Verwertung gewonnener Erfahrungen.

- 1954 Bausperre für Teile der Altstadt
- 1961 Ortsbausatzung Neckarfront
- 1962 Sanierungsgebiet Altstadt nach § 25/26 BBauG alt (Vorkaufsrecht)
- 1963 Einrichtung des Sonderamts Altstadtsanierung
- 1964 Zeichnerische Aufnahme aller Altstadtgebäude (bis 1970)
- 1967 Städtebauliche Gutachten Rathausblock und Hintere Grabenstraße
Gutachten Albers im Auftrag des Landesdenkmalamtes
- 1969 Gemeinderat diskutiert »Leitsätze zur Sanierung«
- 1970 Bürgerinitiative für Kinderspielfläche bei der Jakobuskirche
- 1971 Intensive Bürgerbeteiligung / Förmliche Festlegung von drei Sanierungsgebieten / Erster Verkehrsversuch Fußgängerzone
- 1972 Martinimarkt erstmalig seit 1947 wieder in der Altstadt. – Beginn der Durchführungsphase in den förmlich festgelegten Sanierungsgebieten
- 1973 Bildung des Sanierungsausschusses
- 1974 Erste Modernisierungsvereinbarungen nach § 43 StBauFG
- 1975 Liste der Kulturdenkmale vom Denkmalamt vorgelegt
- 1976 Durchführung von fünf Altstadtprojekten im Konjunkturprogramm 1975
- 1977 Aufnahme von zwei Altstadtgebieten in das 14-Städteprogramm des Landes Baden-Württemberg
Rahmenplan Altstadtsanierung vom Gemeinderat beschlossen
- 1978 Ausstellung »Tübinger Kulturdenkmale« in der Kunsthalle
Stadtbildwettbewerb des Schwäbischen Heimatbundes
Silbermedaille im Bundeswettbewerb »Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau«
- 1979 Stadtbildsatzung wird rechtskräftig
Beginn der Arbeiten am Ammerkanal
- 1980 Marktplatz nach Eröffnung Parkhaus König Fußgängerbereich
Neustadtgasse erster verkehrsberuhigter Bereich in Tübingen

- 1982 Lobende Erwähnung für die »Sanierung am Ammerkanal« beim Walter-Hesselbach-Preis »Ortsbegehung«.
- 1983 Zuweisung neuer Aufgaben an das Sonderamt Altstadtsanierung (Wohnumfeldprogramme, Dorfkernsanierung).

4. Sanierungsbeteiligte

Stadterneuerung ist ein Prozeß, der nicht auf der grünen Wiese abläuft und deshalb auch nicht am grünen Tisch geplant werden darf. Die Erörterung und Auseinandersetzung mit den Betroffenen prägt die Arbeit; Planen heißt hier mühsam und mit viel Geduld und Phantasie Kombinationen aufspüren, Kombinationen, in denen sich privates Mitwirken und öffentliche Ziele zusammenspannen lassen.

Liegenschaftlich sich bietende Chancen müssen erkannt und genutzt, nicht dagegen vorgedachte Strategien »durchgezogen« werden.

4.1 Bewohner

Der Altstadtbewohner ist im Laufe der Sanierungsarbeit zur wichtigsten Figur im Planungsprozeß geworden. Er bedarf der Unterstützung durch die Lenkungsinstrumente der Stadt am meisten. Seine Reaktionen stellen für den Planer das empfindliche Barometer für das Klima in der Altstadt dar. Der Altstadtbewohner möchte in aller Regel in der Altstadt bleiben, sich dabei wohnungsmäßig verbessern und vor allem von nächtlichen Lärmbelästigungen verschont werden; gegenüber gewerblichem Umtrieb zur Tageszeit ist er tolerant.

Im Rahmenplan Altstadtsanierung ist festgelegt, daß Wohnraum in der Altstadt nicht nur verbessert, sondern zunächst vor allem konsequent erhalten werden soll:

- durch eine restriktive Anwendung des Verbots der Zweckentfremdung von Wohnraum (auch keine Ausnahme bei Anträgen für Arztpraxen!),
 - durch die Festschreibung der Wohnnutzung in allen Bebauungsplänen für Obergeschoss (teils oberhalb Erdgeschoß, teils oberhalb erstem Obergeschoß).
- Es ist weiter festgelegt, daß zuerst die Altbewohner in den Genuß der Wohnungserhaltungspolitik kommen sollen:
- über die Erhebung der Wohnwünsche und der finanziellen Belastbarkeit der betroffenen Haushalte,
 - die Durchführung eines Ersatzwohnungsprogramms in der Altstadt
 - und den Ankauf von Belegungsbindungen für die Unterbringung von Sanierungsbedürftigen beim Abschluß von Modernisierungsvereinbarungen mit privaten Eigentümern.

Die Veränderungen in den Bevölkerungszahlen der Altstadt zeigen den Erfolg dieser Politik. Die Gesamtwohnfläche hat sich nicht verkleinert. Seit 1978 ist die Bewohnerzahl

der Altstadt stabil geblieben. 90% der von Maßnahmen in den förmlich festgelegten Gebieten betroffenen Haushalte wurden wieder in der Altstadt untergebracht. Der Austausch der Stammbevölkerung gegen Neuzuzieher hat aufgehört.

Wohnbevölkerung Altstadt (stat. Bez. 0111/0113/0114)		
1972	5278	
1977	4435	Abnahme
1979	4203	- 20%
1981	4287	
1983	4256	Zunahme
1984	4304	+ 2%

Anm.: Die Abnahme der Bevölkerung bis 1979 ist auf den zunehmenden Pro-Kopf-Anspruch an Wohnfläche zurückzuführen (Zunahme von 25 auf 30 m² = + 20%); in diesem Zeitraum geht die Vermietung von Studentenzimmern in Privatwohnungen stark zurück.

4.2 Eigentümer

Nach den Erhebungen des Sozialberichts (Team für Sozialplanung 1973) wohnten zu Beginn der Sanierung etwa 20% der Hauseigentümer außerhalb der Altstadt (sie standen der Sanierung überwiegend abwartend gegenüber). Von den Eigentümern, die selbst in ihren Häusern wohnten (80%!) gaben 50% an, ihr Haus peu à peu gerichtet zu haben und weiter modernisieren zu wollen, 15% waren sanierungsinteressiert und die restlichen 15% erklärten sich wegen hohen Alters oder unzureichenden Einkommens zur Sanierung nicht in der Lage.

Zur richtigen Einschätzung der Verhältnisse ist es wichtig zu wissen, daß es in der Tübinger Altstadt noch heute fast ausschließlich Eigentum an Einzelgrundstücken mit Häusern von zwei bis fünf Geschossen bei Grundstücksflächen zwischen 80 und 200 m² gibt. Zu Beginn der Sanierung gab es keine Gebäude im Besitz von Baugesellschaften (auch nicht von gemeinnützigen!) und nur ganz wenige Grundstücke, die ausschließlich gewerblich genutzt waren.

An diesen Verhältnissen hat sich durch die Sanierung relativ wenig geändert. Ab 1971 galt der Grundsatz, daß die Eigentümer (wo erforderlich mit Hilfe der Stadt) ihre Häuser selbst sanieren sollen.

Die Stadt hat von diesem Zeitpunkt an Grundstücke nur noch erworben

- wenn Eigentümer ihre Grundstücke der Stadt selbst angeboten haben
- oder wenn sie für die Neuordnung von besonderer Bedeutung waren (Schlüsselgrundstücke für die Umgestaltung des Wegenetzes oder für Parkieranlagen).

Bei dieser Zurückhaltung der Stadt war die Flexibilität in der Planung eine entscheidende Voraussetzung. Sanierungskonzepte wurden immer erst dann festgeschrieben, wenn eine Übereinstimmung mit den liegenschaftlichen Gegebenheiten erreicht war.

Die praktische Auswirkung dieses Vorgehens läßt sich am Beispiel des Lammblocks zeigen, indem die Beteiligung der verschiedenen Eigentümergruppen an den Baumaßnahmen aufgelistet wird.

Eigentümergebeteiligung Sanierungsgebiet Lammblock

Zahl der Gebäude der Randbebauung	20
- private Sanierung durch Altbesitzer	8
- privates Eigentum teilweise oder nicht saniert	4
- private Sanierung durch früheren Mieter	1
- Modernisierung durch Neuerwerber (Eigennutzung)	2
- Neubau durch Kirchengemeinde (Gemeindezentrum)	1
- Sanierung durch Stadt/Kreisbauges. (Ersatzwohnungen)	3
- Modernisierung durch Stadt (für 6 Haushalte mit Kindern) und private Kapitalanleger (Läden/Praxis)	1
Beteiligung an der Hof-Neubauung	
- 6 Läden: Bau durch Ladenbetreiber (keine Filialisten!)	
- 37 Stellplätze: 1/3 Stadt, 1/3 Altbesitzer im Quartier	
- Freianlage: Bau und Eigentum Stadt.	

Eine neuere Erhebung über den Anteil der heute in der Altstadt wohnenden Eigentümer liegt nicht vor. Aus der Tatsache, daß Altbesitzer in den letzten Jahren eher wieder dazu tendieren, in die Altstadt zurückzukehren als aus ihr heraus in Neubaugebiete zu ziehen und aus der Tatsache, daß bei den relativ wenigen Grundstücksveräußerungen in der überwiegenden Zahl der Fälle Käufer zum Zuge kommen, die die Gebäude zur Eigennutzung erwerben, ist zu schließen, daß der frühere Anteil nicht wesentlich unterschritten sein kann.

4.3 Gewerbetreibende

Auf dem Sektor des innerstädtischen Gewerbes vollziehen sich ganz unabhängig von Sanierungsmaßnahmen rapide Veränderungen. Klein-, Familien- und Spezialbetriebe werden mehr und mehr durch Filialisten weniger Branchen ersetzt. Die Frage ist, ob Altstadtsanierung diesen Prozeß beeinflussen und abbremsen kann.

Eines dürfte klar sein: wo ganze Stadtquartiere abgerissen oder auch nur konsequent durch Baugesellschaften modernisiert werden, haben es Kleinbetriebe schwer, zu überleben. Sicherlich ist auch richtig, daß die Verbesserung der Stadtqualität zu höheren Mieten führt und damit zur Verlockung für den Eigentümer, den »alten Laden« nicht mehr selbst zu betreiben, sondern an einen gutzahlenden Filialisten zu vermieten. Wo Familientraditionen abbrechen und die Kinder das Handwerk ihrer Eltern nicht übernehmen wollen, kann allerdings auch die schönste Sanierungsförderung nichts ausrichten. Dennoch: wo sich die Sanierung zum Ziel setzt, die typische Gewerbemischung aktiv zu fördern, kann zumindest der landläufige Trend abgebremst werden.

In der Tübinger Altstadt findet man noch 1985 eine Vielzahl kleiner Familienbetriebe, darunter erstaunlich viele Handwerksbetriebe; Filialbetriebe haben nur ganz geringfügig zugenommen und bilden die Ausnahme. Einige Handwerksbetriebe haben ihren Betrieb in ein von der Stadt als Gewerbehof umfunktioniertes aufgelassenes zentrumsnahes Fabrikareal verlegt.

Die Stadt hat bei der Sanierung

- Handwerker ermutigt, ihren Standort beizubehalten,
- bauliche Erweiterungen bei Handwerkern und Einzelhändlern durch Abgabe von Teileigentum/Eigentum an Sanierungsgrundstücken gefördert,
- die Altstadtquartiere als Mischgebiete ausgewiesen, in denen auch Handwerksbetriebe verbleiben können,
- neue Einzelhandelsflächen in günstiger Lage (Lammhofpassage, Markt am Nonnenhaus) erschlossen, um den Druck des Gewerbes auf die Wohngeschosse der Altbauquartiere zu mindern.

Die Analyse der tatsächlich ablaufenden Veränderungsprozesse ist nur durch Beobachtung der konkreten Einzelfälle möglich:

Handwerk	1969	1985	Einzelhandel	1969	1985
Zahl der vorkommenden Handwerkssparten	33	29	Zahl der vorkommenden Einzelhandelsbranchen	86	80
Zahl der Betriebe	124	69	Zahl der Betriebe	223	243
– darunter Baugewerbe	37	23	– darunter Lebensmittel (ohne Bäckerei- und Metzgereibetriebe)	24	24
– darunter Bäcker und Metzger	21	8	– darunter Buchhandlungen + Antiquariate	9	16
– darunter Kunsthandwerk	–	3	– darunter Mode- und Textilwaren (Boutiquen)	14	23
Jährliche Abnahme der Betriebe	1969–72 1972–77 1977–85	– 6% – 4% – 2%!	Veränderung der Zahl der Betriebe	1969–72 1972–85	– 10% + 17%

Quelle: Adreßbücher

Es wird bei uns gern kritisiert, die Altstadt bestehe nur noch aus Boutiquen. Die genaue Durchsicht des Bestandes ergibt etwas völlig anderes. Bei etwa zwei Drittel der Betriebe handelt es sich um Firmen, die bereits vor der Sanierung bestanden oder einen früheren Betrieb gleicher Branche weiterführen; Modewaren und Buchhandlungen, Kunsthandlungen und Kunstgewerbeläden haben überdurchschnittlich zugenommen, aber innerhalb einer nach wie vor bemerkenswerten Branchenvielfalt.

Der Einzelhandel, der zu Beginn der Sanierung seine dominierende Stellung an benachbarte Gebiete (Geschäftsviertel südlich des Neckars) zu verlieren drohte, hat diese mit einer Zunahme und Stärkung der Betriebe unbestrittenmaßen wieder zurückgewonnen. Von den 1969 vorhandenen 86 Einzelhandelsbranchen des Adreßbuches sind 1985 noch 74 vorhanden, 6 neue sind hinzugekommen.

4.4 Dienstleistungen

Arzt- und Rechtsanwaltpraxen, Architekten, Versicherungen und Banken haben sich schon vor der Sanierung überwiegend außerhalb der Altstadt angesiedelt. Die beschränkten räumlichen Möglichkeiten, insbesondere auch die strikte Anwendung des Wohnungs-

Zweckentfremdungsverbots haben dazu geführt, daß sich auf diesem Sektor die Zunahme der Betriebe auffallend bescheiden ausnimmt:

Dienstleistungsbetriebe	1969	1985		1969	1985
Arztpraxen	14	18	Bankfilialen	4	6
Rechtsanwälte	5	14	Bausparkassen	3	2
Zahnärzte	8	7	Fahrschulen	3	3
Architekturbüros	1	5	Friseure	19	12
Versicherungen	7	4			
			insgesamt	64	71

4.5 Ausländische Bewohner

Ausländer werden von der Stadt bei Sanierungsmaßnahmen wie Einheimische behandelt. Das heißt, daß auch sanierungsbetroffene Ausländer überwiegend innerhalb der Altstadt umgesetzt werden. Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung ist seit 1972 von 12% auf 18% angestiegen. Dabei spielt die Kinderzahl der Familien eine wesentliche Rolle: 1981 betrug der Anteil der ausländischen Kinder an den entsprechenden Altstadtjahrgängen 36%, an den Kindergartenjahrgängen sogar 46%! Dennoch stellen die ausländischen Bewohner im Vergleich zu den Verhältnissen in anderen Mittelstädten, wo ganze Altstadtviertel überwiegend von Ausländern bewohnt werden, ein eher geringes Problem dar. Die sprachliche Integration der Ausländerkinder ist ein wichtiges Motiv bei der Einrichtung der mitten in der Altstadt liegenden Kindertagesstätte Stiefelhof.

4.6 Kinder in der Altstadt

Viele Erwachsene sind der Meinung, zentrale, dicht besiedelte Stadtgebiete seien keine geeignete Umwelt für Kinder; mit Kindern müsse man außerhalb der Kernstadt wohnen. Aber tatsächlich boten die alten Stadtviertel noch vor fünfzig Jahren für Kinder einen hundertmal reicheren Erfahrungshintergrund als alles, was seitdem neu geplant und gebaut wurde. Die Entwicklung hat die Stadtzentren als Lebensraum für Kinder verdorben und so muß sich jeder Politiker und Planer, der es mit alten Stadtquartieren zu tun hat, fragen, ob die alten Quartiere mit ihren hervorragenden Erlebnisqualitäten wieder für Kinder bewohnbar – besser ausgedrückt: benutzbar – gemacht werden sollen oder nicht. Wobei es nicht um die Anlage von Kinderspielflächen geht, sondern gerade umgekehrt um die Wiederherstellung einer kinderfreundlichen Umwelt, in der Kinderspielflächen überflüssig sind.

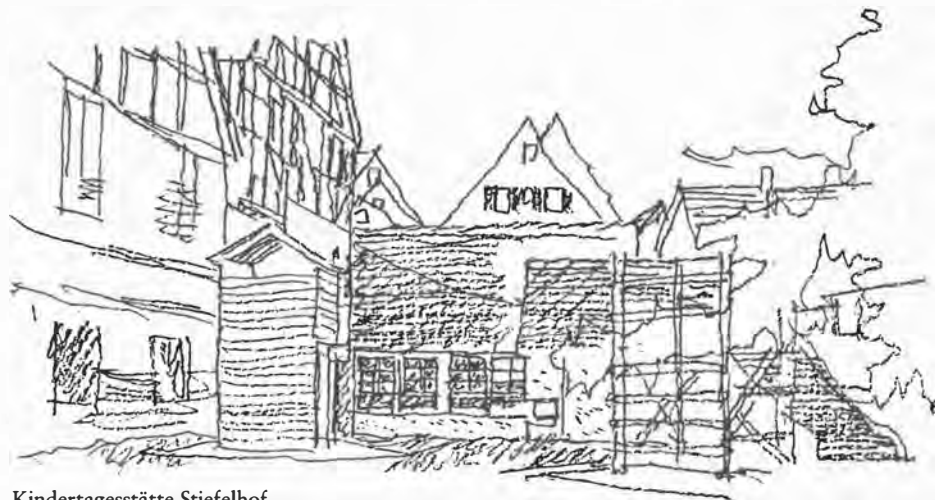
Für die Tübinger Altstadtsanierung wird diese Aufgabe mehr und mehr zum zentralen »Thema«. Dabei hat die Stadt wegen der selbstaufgelegten Verpflichtung, Ersatzwohnungen in der Altstadt zuerst den sanierungsbetroffenen Bewohnern zu geben, wenig Möglichkeiten, Haushalten mit Kindern direkt mit geeignetem Wohnraum zu helfen; der Schwerpunkt der Maßnahme liegt so zuerst in der Verbesserung der Wohninfrastruktur durch

Verkehrsberuhigung, Schaffen von Freiflächen ohne permanente Verkehrsgefährdung, Herstellung »kleiner kolonisierbarer Flecken« (Colin Ward, »The Child in the City« 1977), durch den Bau einer Kindertagesstätte mitten in der Altstadt und einer neuen Altstadt-Grundschule. Die Stadtbücherei, die bisher im Technischen Rathaus wenig attraktiv untergebracht ist, wird im Rahmen der Sanierung in das ehemalige Werksgebäude der Stadtwerke an der Nonnengasse – und zwar mit einer eigenen Abteilung für Kinder – verlegt.

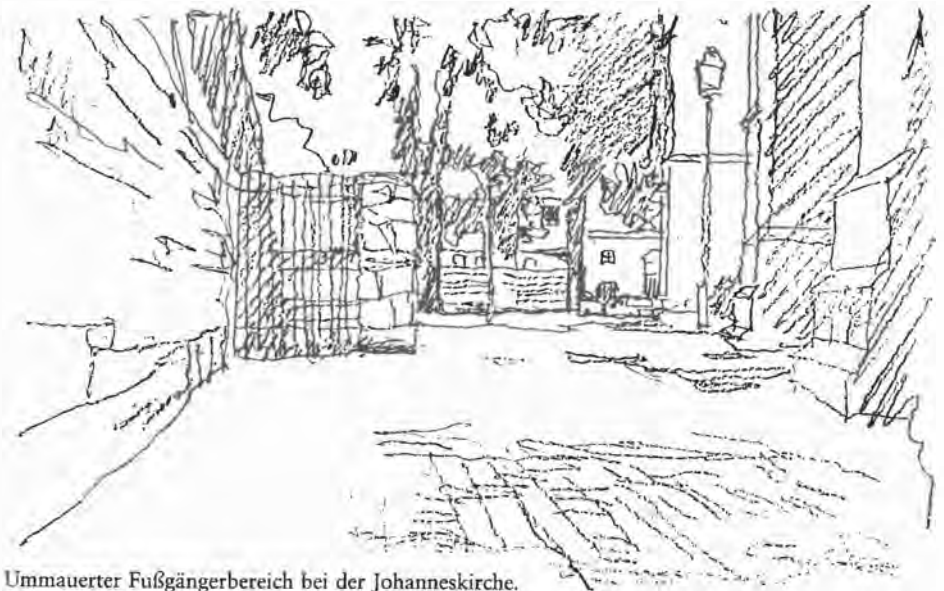
Auf dem Tübinger Wohnungsmarkt haben es Familien mit Kindern außerordentlich schwer, geeigneten Wohnraum zu finden. Bei allen ausreichend großen Wohnungen stehen sie in unmittelbarer Konkurrenz zu Wohngemeinschaften, die in der Regel imstande sind, eine höhere Miete zu bezahlen. Die Stadt beginnt deshalb, Altbauten speziell für Haushalte mit Kindern umzubauen; hier sollen nebeneinander Familien und Alleinerziehende mit Kindern zum Zuge kommen (Marktgasse 2, Projekte Metzgergasse 31 und Areal Stadtwerke). Daneben werden von der Stadt beim Verkauf modernisierungsbedürftiger Gebäude in den letzten Jahren nur noch Familien als Kaufinteressenten berücksichtigt, die mit Kindern selbst in die Wohnungen einziehen wollen. Der Erfolg der Bemühungen zur Wiederherstellung einer kinderfreundlichen Altstadt zeigt sich heute beispielsweise daran, daß die Kinderzahlen in der Altstadt einen zusätzlichen Kindergarten erfordern, so daß die Stadt sich entschlossen hat, die auf dem freigewordenen Stadtwerkareal geplante Wohnbebauung abzuändern und einen Kindergarten in die Planung aufzunehmen.

4.7 Kapitalanleger

Ohne privates Kapital läßt sich eine Altstadtsanierung nicht durchführen. Problematisch ist aber immer, wenn dieses Kapital von Personengruppen oder Verwertungsgesellschaften



Kindertagesstätte Stiefelhof.



Ummauerter Fußgängerbereich bei der Johanneskirche.

kommt, die nur an der optimalen Rendite oder Steuerabschreibung, nicht aber an den sozialen und kulturellen Zielen der Sanierung interessiert sind. Erstaunlicherweise haben solche Kapitalanleger an der Tübinger Altstadt jahrelang kein Interesse gehabt – vermutlich haben die von der Stadt angewandten Steuerungsinstrumente auf sie zu abschreckend gewirkt.

In einem einzigen Fall – bei dem Projekt des »Marktes am Nonnenhaus« – hat die Stadt selbst ein Altstadtgrundstück an einen Anlageträger abgegeben; dies allerdings mit der Verpflichtung, einen bereits vorliegenden Entwurf zu realisieren, der durch Bebauungsplan und Stadtbildsatzung zusätzlich abgesichert war. In jüngster Zeit treten in Einzelfällen Kapitalanleger auf, die die erhöhten Abschreibungsmöglichkeiten bei der Erneuerung denkmalgeschützter Bausubstanz nutzen wollen. Solche Fälle dürften in Altstädten, die als Gesamtanlagen ausgewiesen sind, in Zukunft vermehrt und nicht nur zum Vorteil dieser Altstädte auftreten (z. B. durch einseitige Nutzung der Objekte für Büros und Kleinstwohnungen).

5. Städtebauliche »Maßnahmepakete« der Sanierung

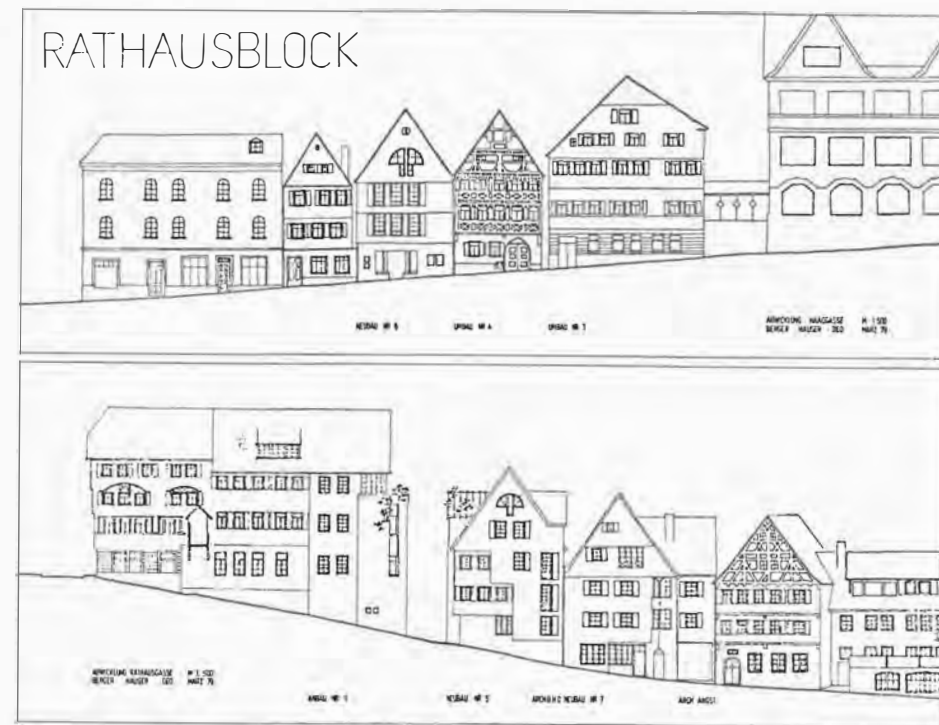
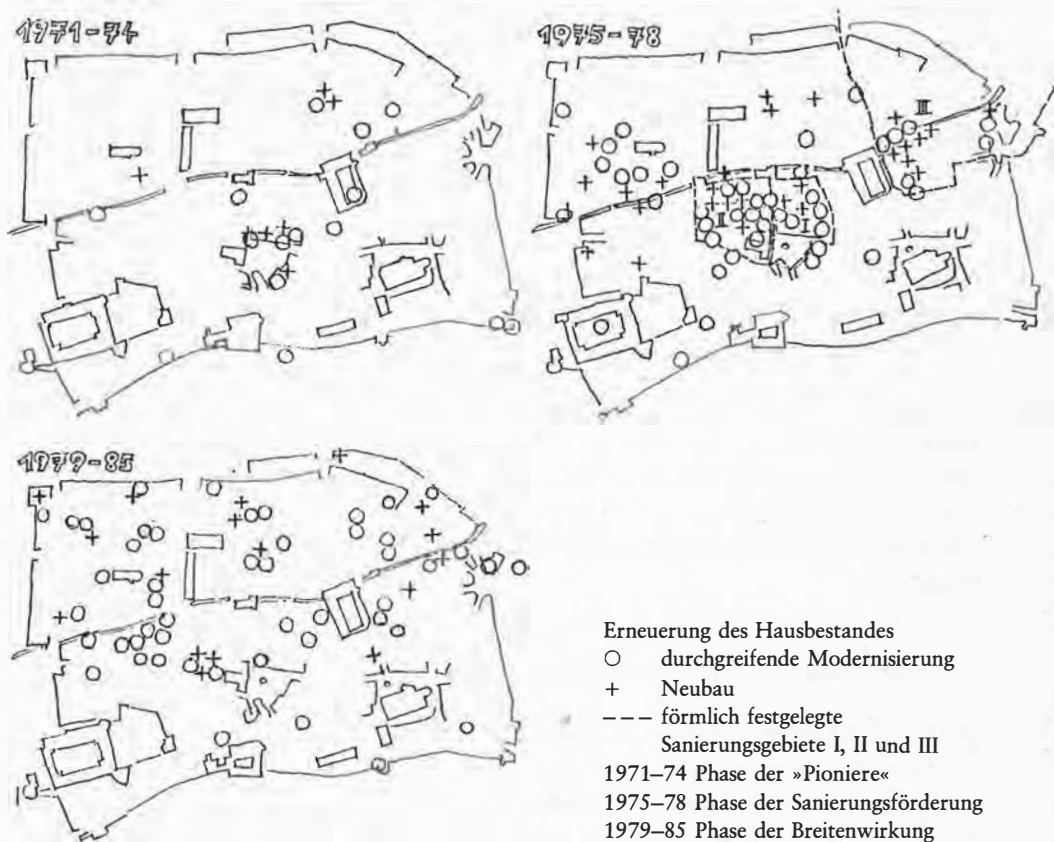
Die Erneuerung einer historischen Altstadt besteht aus Hunderten kleiner Einzelmaßnahmen, die erst zu einem Mosaik zusammengesetzt die für das Fortbestehen des alten Stadtgefüges notwendige Reparatur ergeben. Die Tübinger Maßnahmen sollen im folgenden zu größeren »Paketen« zusammengefaßt dargestellt werden.

5.1 Erneuerung des Hausbestandes

Nach dem Prinzip »Umbau geht vor Neubau« werden zahlreiche Altbauten durchgreifend instandgesetzt und modernisiert; an vielen Häusern werden im Lauf von Jahren peu à peu Verbesserungsarbeiten ausgeführt; erst wo Bausubstanz nicht mehr zu retten ist, wird sie durch einen Neubau ersetzt. Von den etwa 800 Häusern der Altstadt wurden in den letzten 15 Jahren etwa 10% durchgreifend erneuert, 3% durch Neubauten ersetzt, 80% in kleinen Schritten instandgesetzt.

5.2 Ersatzwohnungsbau

Zur Schaffung von Ersatzwohnungen in der Altstadt für sanierungsbedingte Bewohner läuft seit 1975 ein Ersatzwohnungsprogramm. Es besteht aus der Modernisierung städtischer Altbauwohnungen, der Errichtung von Neubauten in Baulücken durch die Stadt und aus der Veräußerung städtischer Grundstücke an die Tübinger gemeinnützigen Woh-



Ersatzwohnungsbau Rathausblock in drei Neubauten.

nungsbaugesellschaften mit der Verpflichtung, auf den Grundstücken Wohnungen für Sanierungsbetroffene zu bauen. Das Programm umfaßt inzwischen 90 Wohnungen mit Mieten zwischen 3,50 und 5,50 DM je m² Wohnfläche.

5.3 Verkehrsberuhigung

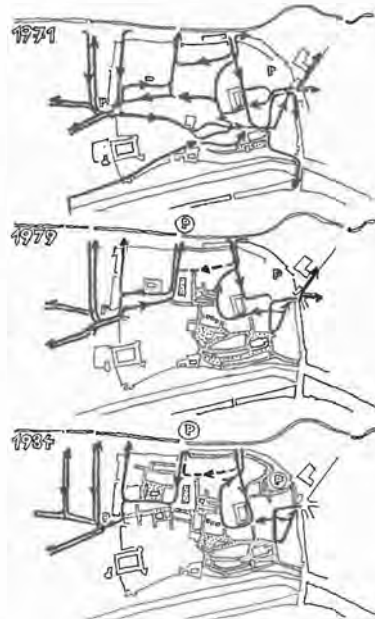
Die Straßen und Plätze der Altstadt sollen wieder mit Vorrang dem Fußgänger und dem Aufenthalt der Bewohner dienen. Für die hierzu notwendige Verlagerung des Verkehrs wird eine Schleifenerschließung von der Nordseite der Stadt aus verwirklicht (entsprechend den Vorschlägen, die Colin Buchanan 1963 in seinem Buch »Traffic in Towns« gemacht hat). Innerhalb der Altstadt gibt es ein Netz aus Fußgängerzonen, reinen Fußgängerarealen, verkehrsberuhigten Bereichen, Sackgassen und Straßen mit Geschwindigkeitsbeschränkung 30 km/h und Nachtfahrverbot.

Der Umbau der Straßen orientiert sich an dem historischen Straßenbild (Pflaster, keine Möblierung, wenige Bäume). Die erforderlichen Parkierungsanlagen am Rande der Altstadt können nur mit einer immer wieder kritisierten Verzögerung geschaffen werden. Alle



Autoverkehr in der Neckargasse 1971.

Stufen der Verkehrsberuhigung 1971–1984
(durchfahrender Verkehr und beruhigte Bereiche).



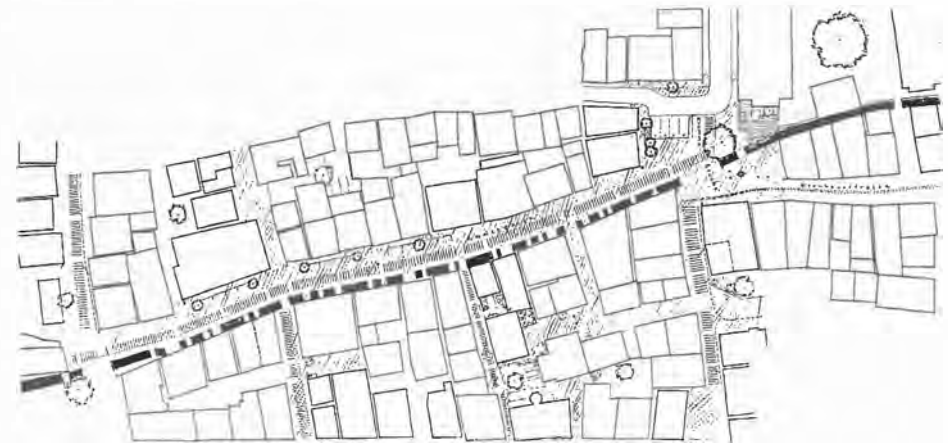
größeren Parkieranlagen im Altstadtbereich sind städtisches Eigentum; die beiden Parkhäuser König und Am Stadtgraben sind nachts geöffnet und zum Nulltarif benutzbar (Ziel: Beruhigung der Wohnquartiere). Bus und Fahrrad haben im Altstadtbereich mit der knappen Verkehrsfläche Schwierigkeiten, die nicht behoben werden können.

5.4 Grün und Wasser in der Altstadt

Die im Siedlungskörper der Innenstadt »eingekesselte« Altstadt (insbesondere die »Untere Stadt«) benötigt als Ersatz für den verlorengegangenen Kontakt zur freien Landschaft eine Aufwertung ihrer eigenen »landschaftlichen« Elemente. Kernstück dieser Aufwertung ist die Reparatur eines aus dem 13. Jahrhundert stammenden, jahrzehntelang vergessenen und mit Bohlen überdeckten Gewerbekanals. Dieser Ammerkanal durchquert heute wieder als offener Wasserlauf die Unterstadt; er hat ihr eine ganz typische, belebte Atmosphäre zurückgegeben.

5.5 Umbau von Quartieren

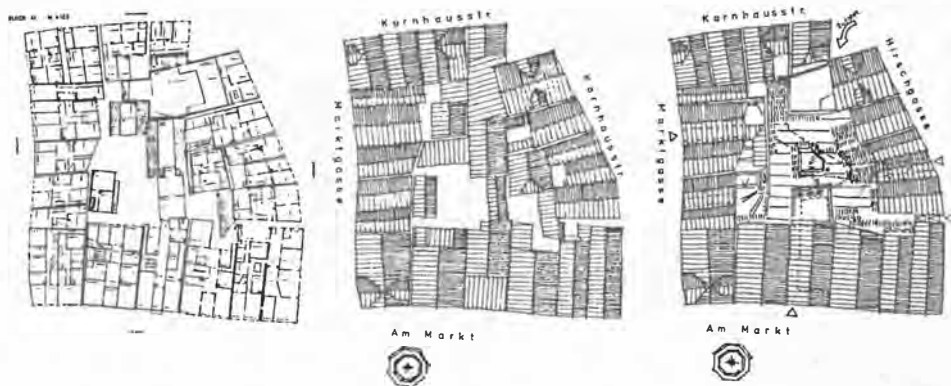
In einzelnen, stark verbauten Quartieren ist eine grundlegende Neuordnung der Hofzone unerlässlich. Zu einer Erneuerung der historischen Randbebauung tritt hier die Auskernung und Neubebauung im Blockinneren: die Neubebauung der in der Fläche recht bescheidenen Höfe beinhaltet Ladenerweiterungen und Nachbarschaftsgaragen, die mit



Ammergasse mit Ammerkanal und Bäumen.



Ammerkanal beim Nonnenhaus mit
Altem Schlachthaus und dem neugebauten »Markt am Nonnenhaus«.



Umbau von Quartieren: Beispiel Lambblock vor und nach der Sanierung.

halböffentlichen (d. h. vor allem nachts geschlossenen) und privaten Grünflächen überdeckt sind. Die Ausweisung der betreffenden Quartiere als Sanierungsschwerpunkte überträgt ihnen eine gewisse Beispielfunktion im Sanierungsverfahren.

5.6 Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur

Typisch für innerstädtische Wohnbereiche ist ihr Zurückbleiben in der Ausstattung mit wohnbezogenen öffentlichen Einrichtungen. Im Rahmen der Sanierung muß dieses Defizit mit Vorrang ausgeglichen werden; bei den in der Tübinger Altstadt durchgeführten Maßnahmen der letzten 15 Jahre handelt es sich überwiegend um Umnutzungen von Altbauten.

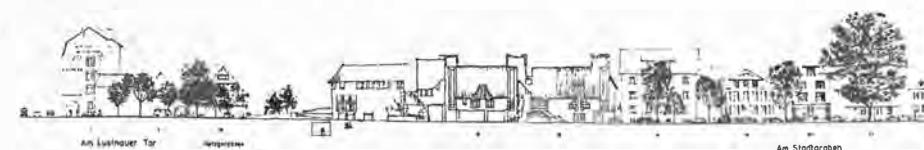
5.7 Stadtbau Hintere Grabenstraße

Bei dem Bereich Hintere Grabenstraße handelt es sich um eine Randzone der Altstadt, die früher als Gartenfläche innerhalb der Mauer genutzt war, vor etwa 100 Jahren mit Scheuern und Schuppen zugebaut und nach 1950 von der Stadt in großen Teilen im Hinblick auf die Sanierung aufgekauft worden war. Die Planung hat im Laufe der Jahre zahlreiche Modifikationen durchlaufen; die Fläche bot sich zur Unterbringung von Nutzungen an, die anderswo in der Altstadt wegen ihres Flächenbedarfs und Verkehrsaufkommens nicht realisiert werden konnten (Warenhaus/Parkhaus/Veranstaltungssaal). Bürgerinitiativen haben sich dieses Bereichs besonders intensiv angenommen.

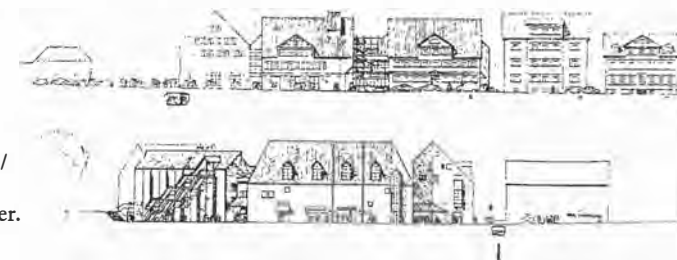
Die realisierte Lösung umfaßt den Umbau des Hauses Am Lustnauer Tor 1 (Haus Schimpf), den Neubau des »Markts am Nonnenhaus« mit einem Wohnhof in der Dachzone, das städtische »Parkhaus Am Stadtgraben« und den Umbau des ehemaligen Stadtwerkegebäudes für die Stadtbücherei; geplant ist ferner die Nutzung des früheren Hofes der Stadtwerke für Sozialwohnungsbau und einen Kindergarten.



Übersichtsplan über die Altstadt, Zustand 1984.

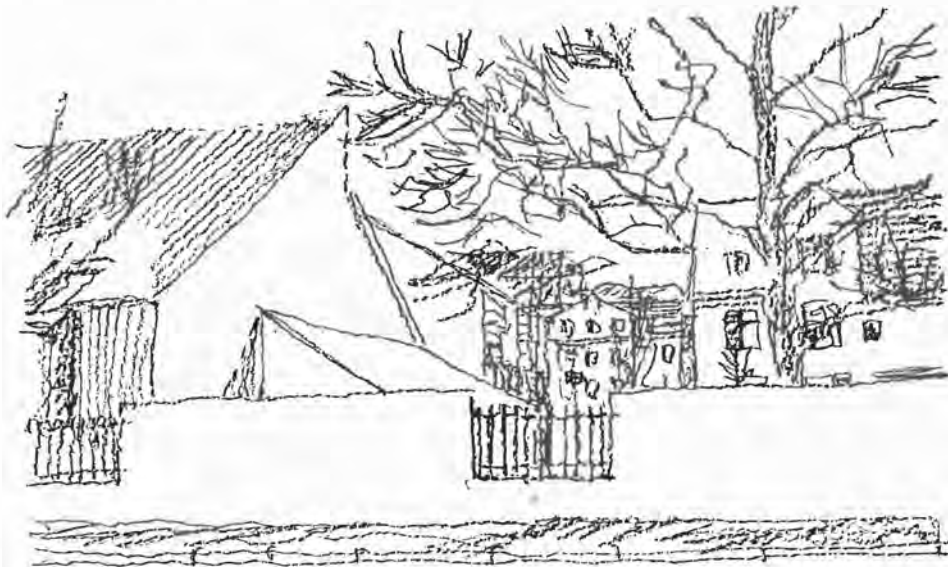


Stadtbau Hintere Grabenstraße »Markt am Nonnenhaus« und »Parkhaus Am Stadtgraben«, Skizze aus dem Bebauungsplanverfahren / Fassadenabwicklungen des Entwurfs Fred Angerer.





Neue Silcherschule.



Neue Silcherschule.

6. Kosten/Finanzierung

Übersicht über die bis 1983/84 angefallenen Sanierungskosten:

a) <i>Studien- und Modellvorhaben des Bundes 1965–1971</i>		
Ausgaben überwiegend Grunderwerb und Bauaufnahmen aller Gebäude (Zuschuß Bund/Land 0,22 Mio. DM)		5,69 Mio. DM
b) <i>Sanierungshaushalt</i>		
Maßnahmen in drei förmlich festgelegten Gebieten (Lammblock/Rathausblock/Hintere Grabenstraße)		
Ausgaben 1971–1983		31,26 Mio. DM
– davon Grunderwerb		
– davon Erschließung		
– davon Modernisierung		
Einnahmen 1971–1983		8,15 Mio. DM
Unrentierliche Kosten		23,11 Mio. DM
(Zuschüsse Bund/Land zu den unrentierlichen Kosten $\frac{2}{3}$; Förderrahmen $\frac{1}{3}$ = 28,27 Mio. DM)		23,11 Mio. DM
c) <i>Baumaßnahmen im Vermögenshaushalt</i>		
<i>Hochbau 1971–1984</i>		
Erneuerung von Kulturdenkmälern (Gemeindebedarf, Wohnungen) 14 Objekte		11,06 Mio. DM
Ersatzwohnungsbau in Neubauten 4 Objekte		3,80 Mio. DM
Gemeindebedarfseinrichtungen		
Neubau Grundschule »Silcherschule«		9,00 Mio. DM
Kindertagesstätte »Stiefelhof«		0,95 Mio. DM
Parkierungsanlagen (König/Am Stadtgraben/Nachbarschaftsgaragen Lammblock + Rathausblock) (Finanzierung teilweise aus Ablösungsbeträgen)		13,23 Mio. DM
<i>Tiefbau und Grünflächen 1971–1984</i>		
Umbau von Altstadtstraßen		2,00 Mio. DM
Fußgängerzone Holzmarkt/Kirchgasse (Zuschuß 85% Bund Konjunkturprogramm)		0,61 Mio. DM
Verbesserung und Umbau von Straßen im 14-Städte-Programm (60% Zuschuß Land)		1,92 Mio. DM
Umbau Lustnauer Tor (Bushaltestelle)		0,80 Mio. DM
Freifläche bei der Jakobuskirche		0,21 Mio. DM
Grünflächen im 14-Städte-Programm (60% Zuschuß Land)		1,22 Mio. DM
Reparatur Ammerkanal (teilweise 14-Städte-Programm 60% Zuschuß Land)		1,00 Mio. DM
d) <i>Zuschüsse der Stadt an Hauseigentümer</i>		
für Maßnahmen der Stadtbildpflege		
1970–72		36 000 DM
1973–75		90 000 DM
1976–78		350 000 DM
1979–81		450 000 DM
1982–84		450 000 DM
Zuschüsse der Stadt an Hauseigentümer für Erhaltungsmaßnahmen an Kulturdenkmälern		1,38 Mio. DM
1978–82		370 000 DM
		0,37 Mio. DM
e) <i>Personalkosten Sonderamt Altstadtsanierung</i>		
1963–68		413 000 DM
1969–73		616 000 DM
1974–78		1 049 000 DM
1979–83		1 702 000 DM
		3,78 Mio. DM

Literaturauswahl

Gerhard Isenberg u. a. Raumökonomische Stellung und Existenzgrundlagen der Stadt Tübingen unter Berücksichtigung der Altstadtansanierung 1967. – Gerd Albers / Peter Breitling u. a. Erhaltende Erneuerung des Stadtkerns, Gutachten zur Altstadtansanierung in Tübingen 1969. – Universitätsstadt Tübingen, Stadtzentrum Tübingen – Das Baureferat stellt Vorschläge für die Erneuerung zur Diskussion 1971. – Bruno Tietz u. a. Tübingen als Einkaufsort 1971. – Martin Fürstenberg / Gisela Schuler u. a. Sozialbericht zur Erneuerung des Stadtzentrums Tübingen 1973. – Wolfgang Mückl / Lothar Rall, Zur Frage neuer Einkaufszentren in Tübingen 1974. – Wolfgang Braatz / Gisela Schuler u. a. Stadtentwicklung, Notiz aus Höxter und Tübingen, Bauwelt 1976. – Universitätsstadt Tübingen, Rahmenplan Altstadtansanierung 1977. – Andreas Feldtkeller / Gabriele Howaldt u. a. Kulturdenkmale Tübingen 1978. – Universitätsstadt Tübingen, Stadtbildsatzung 1979. – Ulrike Pfeil, Im Ersatz gut behaut, Artikelserie Schwäbisches Tagblatt 1979. – Ludwig-Uhland-Institut der Universität Tübingen, Umbauen – Zur Kultur des Erneuerns 1980. – Ingrid Widmann u. a. Haushaltsbefragung zur Wohnzufriedenheit der Lammblockbewohner in der Altstadt Tübingen 1982.

Schlußbemerkung des Berichterstatters

Bei diesem Überblick über das Sanierungsverfahren bei der Tübinger Altstadtansanierung war kein Platz, um Fragen des Umgangs mit historischer Bausubstanz ausführlicher zu erörtern und auf die Bedeutung stadtgeschichtlicher Befunde für die Stadtgestaltung einzugehen. Hierfür wäre ein eigener ausführlicher Bericht erforderlich. Ich habe in meinem Text versucht, möglichst konkret die Wirkungen der Sanierung zu beschreiben. Die dabei gemachten quantitativen Angaben mögen manchem Leser nicht genügend aussagekräftig sein. Ihm möchte ich empfehlen, sich aus seiner eigenen Stadt zur Beurteilung meiner Angaben Vergleichsgrößen zu beschaffen. An dieser Stelle möchte ich schließlich darauf hinweisen, daß Altstadtansanierung eine Gemeinschaftsleistung ist und daß hier eigentlich eine lange Liste mit den Namen derjenigen folgen müßte, die mit dem Sonderamt Altstadtansanierung an dieser Aufgabe zusammengearbeitet haben.

Die Autoren

MARTIN GRASSNICK, von 1949 bis 1977 nebenamtlicher Dombaumeister von Xanten und von 1966 bis 1970 Direktor und Professor des Staatl. Hochschulinstituts für Berufspädagogik in Mainz, war seit 1970 o. Professor für Entwerfen, Baugeschichte, Denkmalpflege und Geschichte des Städtebaus an der Universität Kaiserslautern. In vielen Veröffentlichungen hat er sich vor allem den Forschungsgebieten Denkmalpflege und Konstruktionen historischer Bauten zugewandt, aber auch zahlreiche eigene Bauten aufgeführt. Verschiedene Ehrenmitgliedschaften und Auszeichnungen von Berufsverbänden, Großes Bundesverdienstkreuz, Cavaliere Ufficiale nell'Ordine Al Merito della Repubblica Italiana.

DR. GÁBOR CSANÁDI, geboren 1948 in Budapest, ist Wiss. Mitarbeiter und Lehrstuhlbeauftragter an der Eötvös Loránd Universität Budapest, Lehrstuhl für Soziologie. Seine »nichtökologische Studie« über Budapest ist im Erscheinen. Zusammen mit János Ladányi hat er in der Österr. Zeitschrift für Soziologie 1984 eine Studie über »Schulsystem und Gesellschaftsstruktur in Ungarn« veröffentlicht.

DR. JÁNOS LADÁNYI ist 1949 in Budapest geboren und Wiss. Mitarbeiter und Lehrstuhlbeauftragter an der Karl-Marx-Universität Budapest, Lehrstuhl für Soziologie. Von ihm sind in der Zeitschrift »Valóság« Arbeiten über Preispolitik und Sozialpolitik (1975) und über die »Verteilung der Sozialleistungen in Ungarn« (1976) erschienen.

DIETER HENNICKEN hat Kunst, Kunstgeschichte und Philosophie an der Kunstakademie und Universität Düsseldorf studiert. Nach dem Staatsexamen dort Studium der Architektur und Stadt-

planung an der RWTH Aachen. Seit 1984 ist er Wiss. Bediensteter an der Gesamthochschule Kassel, Arbeitsbereich Siedlungsplanung.

Über VOLKER ROSCHER ist im Band 1 dieses Jahrgangs dieser Zeitschrift berichtet worden (S. 86).

GERD KOCH (1941) ist Professor für Pädagogik und Pädagogische Medien (Theater) an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Berlin, Dr. phil. und Dipl.-Pädagoge. Seine Arbeitsgebiete sind Lernen und Lehren in den Bereichen Politische Kultur, Politische Bildung und Theaterpädagogik.

ANN KATHRIN SCHEERER (1954) ist cand. phil. der Sinologie. Von 1976–1978 Studium der chinesischen Sprache und modernen Geschichte an der Universität Peking, seither freiberufliche Tätigkeit als China-Referentin in der Erwachsenenbildung. Sie arbeitet derzeit an einer Dissertation über die chinesische Frauenbewegung der zwanziger Jahre.

Über RAINER REINISCH, den Baudirektor der Stadt Braunau, hat der Band 2 des Jahrgangs 7 (1980) dieser Zeitschrift berichtet. Derzeit bereitet Rainer Reinisch einen Bildband über die »Altstadt in Österreich« vor.

ANDREAS FELDTKELLER ist 1932 in Berlin-Charlottenburg geboren. Er hat in Stuttgart und Berlin Architektur studiert. Nach verschiedenen Tätigkeiten in Stuttgart und Köln war er Assistent an der Kingston School of Art, von 1963 bis 1969 Mitarbeiter bei der Regional Planungsgemeinschaft Neckar-Alb, darnach bei der Universität Tübingen. Seit 1972 ist er dort Leiter des Sonderamtes Altstadtansanierung.

Notizen

Zum Schutz der Denkmale

Die Gründung einer Deutschen Stiftung Denkmalschutz nach dem Vorbild des britischen National Trust kündigte der hessische Landeskonservator Prof. Gottfried Kiesow an. Die Stiftung, die sich im Frühjahr der Öffentlichkeit vorstellen will, soll mit ihrem Kapital und ihrem Wissen die Sanierung und Nutzung von Baudenkmalen unterstützen, sagte Kiesow bei einer Arbeitstagung des Denkmalbeirats des Kreises Offenbach in Seligenstadt. Baden-Württemberg, so Kiesow, stelle beispielsweise im Jahr 50 Millionen Mark für den Schutz von Denkmälern im Privatbesitz zur Verfügung, Hessen nur den zehnten Teil davon. Das reiche nicht einmal, um dem Bauherrn bei der Restaurierung historischer Häuser die Mehrwertsteuer zu ersetzen. Das soll die Stiftung ändern helfen. (dpa)

In die französische Denkmalschutzliste wurden 23 Bauwerke der französischen Eisenbahn (SNCF) aufgenommen. Geschützt sind künftig die Bahnhöfe von Toulouse, Bordeaux-St.-Jean, Montpellier, Straßburg und Teile des Pariser Ostbahnhofs, des Gare de Lyon und des Gare St.-Lazare. Als denkmalschutzwürdig wurden ferner der Wasserturm von Königshoffen in Straßburg, das Bahnwärterhaus von Chenonceau an der Loire und eine Reihe von gemauerten Eisenbahnbrücken bezeichnet. Auf Anweisung des Kulturministeriums wurde auch die Zahnradbahn von Evian (Hochsavoyen) mit ihren Original-Wagen, den Stationen und den Maschinenanlagen in die Liste aufgenommen. Die Bahn, die sechs Stationen hat und 761 Meter Höhe überwindet, soll wieder instandgesetzt werden. AFP

Die berühmte spätbarocke Wieskirche bei Steingaden im oberbayrischen Landkreis Weilheim-Schongau ist zum Schutz der Besucher jüngst geschlossen worden. Wie die Pressestelle des Bischöflichen Ordinariats Augsburg mitteilte, gehen nach verschiedenen Baugutachten vom

Stuck der Innenraumdecke Gefahren für die Besucher aus. Verschiedene Deckenteile haben sich bereits von der tragenden Konstruktion gelöst und halten nur noch durch die eigene Verspannung zusammen. Wenn diese Spannung durch Abbrechen auch nur kleiner Teile verringert würde, könnten auch größere Teile der Stuckdecke zu Boden stürzen, befürchteten die zu Rate gezogenen Bauexperten.

Im September 1984 hatte die Bundeswehr Hubschrauber-Tiefflüge über der Wieskirche verboten, unter denen, wie Mitarbeiter des Diözesanbauamtes Augsburg bemerkt hatten, die Gewölbeschalen ins Schwingen geraten. Bemühungen bayrischer Politiker, auch Düsenjäger-Tiefflüge über dem Gotteshaus verbieten zu lassen, scheiterten bislang.

Denkmalbewußtsein von Anfang an

Mit der wechsellvollen Geschichte ihrer Heimatstadt sollen die Volks- und Sonderschüler in Amberg in diesen Monaten ganz besonders vertraut gemacht werden. Das Stadtjugendamt gab den Lehrern aus Anlaß eines Stadtjubiläums den Leitfaden »Unterrichtsprojekt 950 Jahre Amberg« in die Hand. Das von einem Teil der Amberger Lehrer unter Rückgriff auf das Stadtarchiv in nur einem Jahr zusammengestellte Werk füllt zwei Ordner mit insgesamt 700 Seiten. Das Unterrichtswerk, dessen Benutzung und individuelle Nutzung dem einzelnen Lehrer überlassen bleibt, ist in 14 chronologisch unterteilte Kapitel gegliedert und endet vorerst im Jahre 1945. Die Verfasser haben jedoch eine Ergänzung ihres Leitfadens offengelassen.

Die Lehrer Ambergs sollen mit dieser Hilfe den Unterricht in Heimatkunde vertiefen. Ziel der Arbeit ist es, bei den Schülern die Kenntnis der eigenen Stadt zu verbessern und sie über diesen Weg an eine innere Beziehung zu ihrer Heimat heranzuführen. Die Individualität und Schönheit der alten Stadt, die lange Zeit die Residenz der Wittelsbacher für die Obere Pfalz

war, soll sich den Schülern nach dem Wunsch des Schulamtes besonders erschließen.

Mehr über ihre Heimatstadt sollen die Kinder der Münchner Grund-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien erfahren. Zu diesem Zweck stellte Stadtrat Albert Loichinger zusammen mit dem Leiter der Stadtbildstelle, Dieter Hüttner, und dem Chef des Museumspädagogischen Instituts, Manfred Vogt, Lehrern, Schulräten, Heimatpflegern und Beamten verschiedener Schulbehörden mehrere Diareihen, Spiele und »Lehrerhandreichungen« vor, die er für den Heimatkundeunterricht für geeignet hält. Unter anderem ein »München-Memory«, das aus zwölf Quartetten besteht. Für jedes Quartett steht ein berühmtes Bauwerk – unter anderem der Alte Peter, Altes und Neues Rathaus, die Residenz, Stadttore und der Alte Hof – das in vier verschiedenen historischen Epochen abgebildet ist. Oder ein Bausatz »Der Schöne Turm«, mit dem man das 1807 als »Verkehrshindernis« abgerissene Bauwerk an der Nahtstelle von Neuhauser- und Kaufingerstraße verkleinert nachbauen kann. Neben verschiedenen Diareihen schließlich eine Tonbildschau »Auf den Spuren des mittelalterlichen München«, die das Leben in der Stadt zwischen dem 12. und 16. Jahrhundert zeigt.

Restaurierungen

Das Hölderlin-Haus in Bad Homburg, das wegen Baufälligkeit im vergangenen Jahr abgebrochen wurde, soll nun nach den vorhandenen Zeichnungen wiederaufgebaut werden. Die Stadt hat jetzt dafür 1,3 Millionen Mark bereitgestellt. Hölderlin wohnte in dem Haus in den Jahren 1804 und 1805.

Mit dem »Deutschen Preis für Denkmalschutz« ist im November letzten Jahres die Bremer »Villa Ichnon« ausgezeichnet worden. Das Baudenkmal im Zentrum der Hansestadt wurde im Jahre 1849 als Wohnhaus errichtet. Seit 1967 hatte das architektonisch reich ausgestattete Gebäude leergestanden, bis es 1982 durch eine Initiative Bremer Kaufleute restauriert und zu einem Kul-

turzentrum umgestaltet wurde. Jetzt haben dort zehn Vereine ständige Büros, Versammlungs- und Ausstellungsräume.

Das von Karl Friedrich Schinkel und Ludwig Persius zwischen 1824 und 1827 für den Prinzen Karl von Preußen umgebaute Schloß Klein-Glienicke – nahe Potsdam, aber noch auf West-Berliner Territorium gelegen – soll nach langen Jahren der Nutzung als Sportler-Erholungsheim, Seniorengästehaus und Heimvolkshochschule wieder in seinen ursprünglichen Zustand versetzt werden und öffentlich zugänglich sein. Wie der Direktor der Berliner Schlösserverwaltung, Jürgen Julier, vor dem Abgeordnetenhaus erklärte, ist mit der Wiederherstellung der Innenräume des klassizistischen Gebäudes nicht vor 1990 zu rechnen. Neben Möbeln, Gemälden und Kunsthandwerken aus der Schinkel-Zeit und dem Spätbiedermeier sollen die Interieurs eine ständige Ausstellung mit Dokumenten zur Gesamtheit der »Potsdamer Parklandschaft« aufnehmen.

C. B.

Das Schweriner Schloß, 1843 bis 1857 im Stil der Neurenaissance erbaut, soll grundlegend restauriert werden. Dafür werden aus dem Staatshaushalt mindestens 55 Millionen Mark bereitgestellt. F.A.Z.

Was getan wird

In einem besonderen Investitionsprogramm stellt das Land Niedersachsen in den Jahren 1985 und 1986 vierzig Millionen Mark zur Erhaltung von über dreihundert Baudenkmalen zur Verfügung. Wie Wissenschaftsminister Cassens (CDU) dazu sagte, würden diese staatlichen Zuschüsse, die in der Regel auf dreißig Prozent der gesamten Investitionskosten beschränkt seien, eine Investitionssumme von rund 130 Millionen Mark bei Kommunen, Kirchen und Privaten aktivieren. Die Ankündigung des Programms habe eine außerordentlich große Resonanz gefunden: siebzig Prozent des Volumens seien schon belegt. Bei der Verteilung der Mittel, so Cassens, würden die Objekte von denkmalpflegerischer Bedeutung in

strukturschwachen Regionen mit besonders hoher Arbeitslosigkeit bevorzugt berücksichtigt. In den Jahren 1980 bis 1984 hatte Niedersachsen nur rund fünfzig Millionen Mark für den Denkmalschutz bereitgestellt. tgn.

Aus den Mitteilungen des Innenministeriums Baden-Württemberg:

Bei der Vorlage des Wohnungs- und Städtebauprogramms 1985/86 des Landes Baden-Württemberg machte Innenminister Dietmar Schlee im November letzten Jahres deutlich, daß der Wohnungsbau, die städtebauliche Erneuerung, die Modernisierung und die Denkmalpflege stärker als bisher als Teile eines umfassenden Gesamtkonzeptes verstanden werden sollen, dessen Ziel es ist, in Partnerschaft mit den Kommunen Städte und Gemeinden zu einem lebenswerten Erlebnisraum auszugestalten. Schwerpunkte sollen im Bereich der Wohnungspolitik in der Erhöhung der Eigentumsquote, im Wohnungsbau in Stadterneuerungsgebieten und in der Lösung sozial dringlicher Wohnungsprobleme liegen, außerdem allgemein im Bereich städtebaulicher Erneuerungsmaßnahmen und im weitesten Bereich des Denkmalschutzes.

Die Landesregierung hat in ihrer ersten Sitzung in diesem Jahr wichtige Eckwerte für eine umfassende Gesamtkonzeption zur Stadt- und Dorfentwicklung und zur Denkmalpflege beschlossen. Die Programme, die bis zum Beginn der 90er Jahre reichen, umfassen ein Gesamtvolumen von 4 Milliarden Mark. Die Landesregierung, so Schlee, legt bei diesem neuen Programm größten Wert auf eine enge Verzahnung der Stadt- und Dorfentwicklung mit der Wohnungsbauförderung, der Wirtschafts- und Technologieförderung, mit dem Straßenbau und dem öffentlichen Personennahverkehr, mit dem Landschafts- und Umweltschutz und mit der Denkmalpflege. Gemeinsames Ziel der Städte und Gemeinden Baden-Württembergs soll sein: »Stadt ist Lebensraum«.

Auf die derzeit überaus günstigen Bedingungen im Wohnungsbau hat Innenminister Schlee Anfang Februar hingewiesen. In Anbetracht sta-

biler Baupreise und attraktiver Finanzierungs- und Förderungsbedingungen hat Schlee allen Bauwilligen zugeraten, die für Bauherren und Wohnungskäufer selten günstige Situation zur Wohneigentumsbildung zu nutzen.

Ebenfalls im Februar gab das Innenministerium bekannt, daß jetzt 80 Millionen Mark Finanzhilfe für die Stadterneuerung in den größten Städten des Landes (ab 20 000 Einwohner) bereitgestellt worden sind, je zur Hälfte vom Land und Bund aufgebracht. Die Städte beteiligen sich zusätzlich mit einem Eigenanteil von 40 Millionen Mark, so daß das gesamte Volumen des Sanierungs- und Entwicklungsprogramms 1985 rund 120 Millionen Mark umfaßt. Zusätzliche Sanierungsmaßnahmen sind in neun weiteren Städten des Landes geplant, darunter Heilbronn (»Alt-Böckingen-Süd«), Mannheim (»Westl. Unterstadt – Erweiterungsgebiet G 7«) und Stuttgart (»Oberstadt«, Sanierungsgebiet II).

Die Schwerpunkte für die Weiterführung der Stadterneuerungsmaßnahmen im Landessanierungsprogramm und im Wohnumfeldprogramm, deren Jahresfördermittel 1985 zusammen 304 Millionen Mark umfassen, sind einmal nach wie vor die Erhaltung und Verbesserung von Altbaugebieten, dann Mischgebiete (Wohnen und Gewerbe nebeneinander) und vorhandene Gewerbegebiete, die durch städtebauliche Maßnahmen verbessert werden können.

Personalien

Verantwortungsbewußtsein und Entscheidungskraft hat *Werner Bornheim* genannt Schilling, der am 9. Februar dieses Jahres 70 Jahre alt geworden ist, am besten während des Krieges in seiner Heimatstadt Köln entwickeln können: Als Mitarbeiter des Rheinischen Museums und des Wallraf-Richartz-Museums war er befaßt mit der Organisation der Bergung der Kunstschatze der Kölner Museen, die am Ende des Krieges an nicht weniger als 32 Stellen ausgelagert waren. In der Ordnung und Sicherung der reichen Museumsbestände im Wirbel der Kriegszerstörung bewährte sich zum erstenmal seine Umsicht zur Erhaltung kulturellen Erbes.

Veranstaltungen

Das Jahr 1975 war das europäische Denkmalschutz-Jahr, dessen Sinn und Zweck darin bestand, »das Interesse der europäischen Völker für ihr gemeinsames architektonisches Erbe zu wecken« und »Bauwerke wie Gebiete von architektonischer und historischer Bedeutung zu schützen und ihr Ansehen zu stärken«. In diesem Jahr, also zehn Jahre danach, fand nun vom 1. bis 4. April in Basel/Schweiz der *zweite internationale Denkmalschutzkongreß* statt. Er beschäftigte sich mit einer der Folgen dieses geweckten Interesses – dem größeren Strom der die erhaltenen Bauwerke und Gebiete besuchenden Touristen.

Tourismus und Denkmalpflege sind unauflösbar miteinander verbunden. Es ist wichtig, daß jene, die in der Denkmalpflege arbeiten, und jene, die im Tourismus tätig sind, miteinander sprechen, einander verstehen und Entscheidungen treffen, die das aus Bauwerken und Gebieten bestehende Erbe schützen werden. Der Erhellung dieses Zusammenhangs diene der Basler Kongreß.

Oberbürgermeister Konrad Adenauer ernannte Bornheim 1945 zum Kustos für Museen, Denkmalpflege und Stadtarchiv. Nach Adenauers Entlassung übernahm Bornheim im November 1945 das Amt des Regierungskonservators in Koblenz. Mit der Bildung des Landes Rheinland-Pfalz wurde der promovierte Kunsthistoriker 1948 Landeskonservator. In einem Land aus Resten und Teilen von Preußen, Hessen und Bayern mußte ein neues Denkmalamt aufgebaut werden, das als Novum auch die Verwaltung der staatlichen Schlösser mit einschloß. Aber Bornheim setzte sich nicht nur für die Erhaltung der historischen Kulturlandschaft von Rheinland-Pfalz ein, und von 1963 bis 1975 wurde er Vorsitzender der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland.

Dabei gelang es ihm vor allem, die Schwierigkeiten der Denkmalpflege einem breiten Publikum zu vermitteln. Über die Landesgrenzen hinaus wurde er ab 1964 tätig, als er zum Präsidenten des deutschen Nationalkomitees von Icomos, International Commission for Monuments and Sites, ernannt wurde. Bornheim hat sein umfassendes Wissen in unzähligen Beiträgen und Büchern dargestellt. Stg.

Besprechungen

Richard Pankhurst, History of Ethiopian Towns, From the Middle Ages to the Early Nineteenth Century, Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1982. 343 Seiten und mit zwei Karten, 128,- DM.

In der von Ernst Hammerschmidt herausgegebenen Reihe Äthiopische Forschungen ist als Bd. 8 das Buch des bekannten Äthiopischen Wirtschaftshistorikers Richard Pankhurst erschienen. Von den 23 in dem Literaturverzeichnis aufgeführten Werken Pankhursts ist wohl *Economic History of Ethiopia 1800–1935*, Addis Ababa 1968, das bekannteste. Pankhurst hatte sich aber schon lange vor dieser Veröffentlichung mit äthiopischer Stadtgeschichte beschäftigt, so mit der Geschichte von Gondar (*Notes for the History of Gondar*, 1969) und mit der Geschichte von Dabra Tabor (*The History of Dabra Tabor*, 1977).

Die Stadtgeschichtsschreibung in Afrika im allgemeinen und in Äthiopien oder für Äthiopien im besonderen ist ein sehr junger Zweig verglichen mit dem Alter der europäischen Stadtgeschichtsschreibung. Dies hat eine Ursache darin, daß es nach der irrigen Auffassung bekannter Historiker in Schwarzafrika südlich der Sahara gar keine Städte gab. Als im 19. Jahrhundert die Nachricht nach Europa drang, daß in Äthiopien Städte vorhanden seien, stieß diese Information auf äußerste Skepsis. Die Rolle der Stadtgeschichtsschreibung in Europa kann vielleicht daran gemessen werden, daß ihre Bedeutung bei weitem nicht auf die Einwirkung auf die allgemeine Geschichtsschreibung beschränkt war, sondern daß bereits Auguste Comte in der Entstehung der europäischen Stadt im 11. Jahrhundert zusammen mit dem Einbruch der arabischen Wissenschaften den entscheidenden Wandlungsprozeß vom religiösen zum »metaphysischen Zeitalter« – also zur bürgerlichen Periode – in seinem Dreistadiengesetz erblickte.

Was die Stadtgründung und die Existenz von Städten für die Kultur in einem nomadisierenden Kulturkreis bedeuten kann, mag aus den Worten

von Jorge Luis Borges entnommen werden, der kürzlich in einer amerikanischen Zeitschrift die Geschichte der Reitervölker (*Stories of Horsemen*) vorstellte. Darin schildert er die Gauchos Südamerikas bis zu den Reiterhorden Attilas, Dschingis Khans und Tamerlans, die Scheu oder Angst, die diese Reitervölker vor den Städten hatten, in denen ihre Angst hätte konsolidiert werden können. Der Essayist kommt zu dem Ergebnis: »Die Gestalt des Mannes auf dem Pferd ist insgeheim ergreifend. Unter Attila, der Geißel Gottes, unter Dschingis Khan, unter Tamerlan zerstört und gründet der Reiter ungestüm ausgedehnte Reiche, aber alles, was er zerstört und gründet, ist illusorisch. Sein Werk ist, wie er, vergänglich. Vom Bauern kommt das Wort »Kultur« und von den Städten das Wort »Zivilisation«. Aber der Reiter ist ein Sturm, der vergeht.«

Betrachtet man die Geschichte Äthiopiens und vor allem das Verhältnis von mobiler Kaiser- oder Königspfalz und Stadtgründung, dann sieht man, daß über das ganze Mittelalter bis in unsere Gegenwart des 20. Jahrhunderts Äthiopien zwischen bauerlicher Kultur, städtischer Zivilisation und halbnomadisierenden Kaisern hin und her oszillierte. In seinem Vorwort macht Pankhurst klar, daß er zunächst möglichst viele der beschriebenen Städte selbst besuchte und die mündliche Tradition festzuhalten trachtete. Der Beginn der Studie beschäftigt sich mit der Entwicklung von Dabra Derhan zu Beginn des 15. Jahrhunderts, wie sich die Stadtgeschichte in der Chronik des Kaisers Zar'a Ya'qob darstellt. Dann geht der Verfasser zur Beschreibung von Massawa, Zayla und Harar über, wobei er sich auf Berichte arabischer Reisender beziehen kann. Die Schwierigkeit der Quellenlage zwingt die nachfolgende Periode, allein nach den Beschreibungen von Alvares vorzunehmen. Anschließend kann Pankhurst mit der Chronik des Kaisers Sarsa Dengel auch die Gründungsgeschichten der Städte und ihrer Entwicklung schärfer unter die Lupe nehmen.

Interessant ist dies deshalb, weil auf ihn wohl eine der bestbekannten Verfassungsurkunden,

die Ser'ata Mangest, zurückgeht, die Äthiopien bereits im 16. und 17. Jahrhundert organisierte und in welcher auch gerade die Organisation des kaiserlichen Hofes und der Zentralstadt beschrieben wird. Daher wird es auch möglich, vom späten 16. Jahrhundert an die Geschichte der kaiserlichen Städte und anderer Provinzen und ihrer Zentren zu verfolgen. Für das 18. Jahrhundert kann sich Pankhurst auf die Berichte des schottischen Forschers und Reisenden James Bruce berufen. Die Quellenlage, abgesehen von den Berichten der europäischen Reisenden, zwingt, arabische, türkische und andere orientalische Quellen hinzuzuziehen, was zeigt, wie diffizil eine solche Arbeit ist. Pankhurst dankt in seinem Vorwort auch einer Reihe äthiopischer Forscher und Forschern aus anderen Gegenden der Welt für ihre Mithilfe an dieser unschätzbaren Arbeit (Zu Sarsa Dengel und der Ser'ata Mangest s. Bairu Tafla und Heinrich Scholler: *Ser'ata Mangest – an early Ethiopian Constitution*, in: VRÜ 76, 487 ff.)

Mit besonderem Interesse liest der Afrikanist oder Äthiopist, aber auch jeder, der sich mit weltlichen oder geistigen Stadtzentren beschäftigt, das Kapitel über die Heilige Stadt von Aksum (S. 75). Hier, wo in der Spätantike das äthiopische Empire entstand, begann im Mittelalter eine neue Belebung der Stadtkultur vor allem durch den Kaiser Zar'a Ya'qob und die Kaiser des 16. Jahrhunderts. Interessant ist, die Anordnung der Stadtarchitektur zu verfolgen und sie mit den Dokumenten der äthiopischen Reichsverfassung (Ser'ata Mangest) zu vergleichen. Dies ist deshalb reizvoll, weil, wie Friedrich Heyer ausgeführt hat, die äthiopische Metropole, vor allem aber der geistige Mittelpunkt Aksum, wo alle Kaiser die geistliche Ölung erhielten, nach dem Vorbild des apokalyptischen »neuen Jerusalems« organisiert wurden. Diesem Abschnitt folgt eine Schilderung der Häfen von Massawa und Hergigo, von welchen Massawa bis in jüngster Zeit eine bedeutende Rolle, gerade auch im Krieg gegen Eritrea gespielt hat. Zum Abschluß des ersten Teils folgen Ausführungen über die königlichen Camps im Nordwesten, die lange Zeit neben der Errichtung fester Städte fortgesetzt werden mußten, wobei man sich

nicht einig ist, ob die Größe des Reiches, die Unerschlossenheit der Infrastruktur oder einfach der Mangel an Brennholz den Kaiser dazu zwang, immer wieder seinen Lagerplatz und seine ganze Hofhaltung zu verändern. Die kaiserlichen Camps beherbergten bis zu 60 000, ja 100 000 Menschen und stellten daher für die Logistik ein großes Problem.

In den abschließenden Bemerkungen zum ersten Teil sagt Pankhurst, daß an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert das Campsystem und das System der wandernden Kaiserpfalzen aufgegeben wurde und daß durch Sarsa Dengel die ersten Steinlager entstanden. Die Katama oder militärischen Camps wurden von Susneyos wohl definitiv aufgegeben. Vielleicht war dies auch ein Einfluß der Jesuiten und des von ihnen verbreiteten Katholizismus, zu dem sich Susneyos später auch bekannte.

Der zweite Teil des Werkes befaßt sich mit der Gondar-Periode, die durch die Gründung der Stadt Gondar eingeleitet wird (S. 115). Andere Städte entstehen oder werden wiederbelebt wie Aksum (S. 180) oder Dabra Derhan (S. 185). Interessant sind die Ausführungen über Bonga und Andaraca im Königreich Kaffa (S. 183), das erst durch Menelik II. am Ende des 19. Jahrhunderts zerstört wurde. Aufschlußreich für die Kultur Äthiopiens in dieser Periode sind auch die Ausführungen über Aringo und Yebaba, die Sommerstädte während der Gondar-Periode (S. 139).

Der dritte Teil des Buches beschäftigt sich mit der Entwicklung der äthiopischen Städte bis hin ins 19. Jahrhundert. Dabei verfolgt der Verfasser die weitere Entwicklung bereits erwähnter und ausführlich beschriebener Städte der ersten und zweiten Periode, wie z. B. Aksum (S. 228), Massawa und Gondar (S. 233 und 247). Z. T. werden aber auch gem. der geschichtlichen Entwicklung neuentstandene Stadtgründungen wie Ankobar (S. 276) beschrieben. Eine Bemerkung nur am Rande: Natürlich ist Addis Ababa nicht Gegenstand der Darstellung, da es erst Ende des 19. Jahrhunderts von Menelik II. gegründet wurde. In diesem Teil verbindet Pankhurst den Stadtchronisten mit dem Kulturhistoriker. In längeren Abschnitten schildert er Architektur

und Kunst, Handel und andere Aktivitäten in der Hauptstadt oder auch in den kleineren Provinzentren. Besonders detailliert ist diese Kunst- und Kulturgeschichte mit Hinblick auf Gondar während der letzten untersuchten Zeitperioden. Hier wird die Stadt genau beschrieben: Gebäude (S. 249), verschiedene Teile der Stadt (S. 252), die Quartiere der Muslims und der Falashas (S. 257), Berufe, Lebensmittelversorgung (S. 259, 263). Das Wort von der Zivilisation als Produkt der Städte wird hier transparent.

In den abschließenden Bemerkungen (S. 317ff.) wird noch einmal die Geschichte der Stadtgründungen beginnend mit den Militärlagern, den »moving capitals« bis hin zu den steinernen Schlössern, Burgen und Städten zusammengefaßt. Der Weg vom Beweglichen zum Festen, vom Nichtpermanenten zum Permanenten, zum Zentralen (wirtschaftlich wie politisch) bringt aber auch eine Veränderung der Mentalität, der Kultur und der Zivilisation mit sich. Der Zusammenbruch der Zentralregierung im 18. Jahrhundert führte glücklicherweise nicht zur Auflösung der einmal gegründeten Städte, sondern zu einer Diversifizierung und Vervielfältigung der regional oder peripher gelegenen Machtzentren, die aber an der Einrichtung der Stadt festhielten.

Das große Verdienst Pankhurst's ist es, aus unzähligen Quellen uns ein einheitliches Bild der Entwicklung vorgestellt zu haben und gleichzeitig ein eindrucksvolles kulturhistorisches Gemälde schwarzafrikanischer Entwicklung darzustellen.

München

Heinrich Scholler

MICHAEL NEUMANN, *Stadtplanung und Wohnhausbau in Oldenburg 1850–1914. Oldenburg: Heinz Holzberg Verlag, 1982, 233 S., 248 Abb.*

Die Baugeschichte der Stadt Oldenburg ist ein Sonderfall in der deutschen Stadtentwicklung. Sie ist auch ein Glücksfall, zumindest nach Ansicht vieler ihrer Bürger, wenn man Umfrageer-

gebnissen glauben darf, wonach keine deutsche Großstadt von ihren Bewohnern so geliebt wird wie die Stadt an der Hunte. Warum Sonderfall, warum Glücksfall? Nicht Mietskaserne und Wohnblock, sondern das freistehende Ein- und Zweifamilienhaus, der Deutschen liebste Wohnform, war die vorherrschende Bauweise für alle geplanten und ungeplanten Stadterweiterungen, seit die Stadt zu Beginn des 19. Jahrhunderts über die Grenzen der Wallanlagen hinauswuchs. Wie dies geschah, in welchen Etappen, nach welchen Plänen und welche Wohnhausformen dabei entwickelt wurden, damit befaßt sich das Buch des Denkmalpflegers Michael Neumann. Damit setzt er fort und vervollständigt, was er vor einigen Jahren mit einem Kollegen für die Oldenburger Nobelviertel Haarenesch und Dobben begonnen hat.¹

Zunächst wird knapp die Planungs- und Entstehungsgeschichte jener Stadtteile, meist reine Wohnquartiere, beschrieben, die rund um die Altstadt seit Anfang des vorigen Jahrhunderts, verstärkt seit der Gründerzeit bis zum Ausbruch des 1. Weltkrieges errichtet wurden. Deutlich wird, wie schon damals häufig nie realisierte und hundertfach geänderte Planungen, Kompetenzstreitigkeiten zwischen Behörden, kommunalpolitischer Zwist und auch Spekulation am Anfang neuer Stadtteile standen. Angesichts der beschaulichen Geschlossenheit, die manche dieser alten Wohngebiete noch heute auszeichnet, kann dies leicht vergessen werden.

Den Umschlag des Buches zielt die Straßenansicht einer Oldenburger »Hundehütte«, wie Oldenburger mit liebevollem Spott ihr stadtbaugeschichtliches Markenzeichen, das Giebelhaus nennen. Es verweist auf den Schwerpunkt des Buches: die typisierende Beschreibung der für diese Phase Oldenburger Stadtentwicklung charakteristischen Wohnhausformen, von denen die »Hundehütte« die bekannteste, aber nur eine unter anderen ist. Daneben arbeitet der Autor den im »Nordischen Klassizismus« wurzelnden Typ des zweigeschossigen Walmdachhauses heraus, das in zahllosen Varianten nicht minder häufig in den innenstadtnahen gutbürgerlichen Wohnquartieren zu finden ist. Schließlich als dritten Grundtypus das traufständige Klein-

wohnhaus, meist gebaut für Handwerker und Arbeiter, dessen bauhistorische Patenschaft in friderizianischen Siedlerhäusern vermutet wird, die der preußische König schon seit 1750 für die Landbewohner in der Mark Brandenburg serienmäßig errichten ließ. Zweierlei Überraschungen bringt die akribische Auswertung zahlloser Bauakten zutage. Zum einen verbirgt sich hinter den gleichförmigen Fassaden eine außerordentliche Grundrißvielfalt, zum anderen sind es keine starren Typen, die, einmal entworfen, nicht verändert, sondern vielmehr im Laufe der Jahre ständig verbessert wurden. Der Nachweis wird in einer geradezu überwältigenden Fülle von Grundrißplänen und Fassadenfotos erbracht. Die Ergebnisse überraschen insofern, als Variantenreichtum und Innovation so gar nicht zum Bild passen wollen, das gewöhnlich über den Wohnungsbau der Gründerzeit besteht.

So grundlegend und verdienstvoll das Buch für die Aufarbeitung der jüngeren Stadtgeschichte Oldenburgs ist, es läßt einige wichtige Fragen offen: Die Haustypen werden zwar in ihrer Grundrißvielfalt und dem formalen Reichtum ihrer Fassaden differenziert beschrieben und die bauhistorischen Wurzeln überzeugend freigelegt. Der soziale Gehalt jedoch, der sich in ihnen ausdrückt, wird meist nur beiläufig behandelt. Die auf der Hand liegenden Unterschiede zwischen den Wohnungsgrundrissen des 19. Jahrhunderts und denen, die wir heute zu bauen gewohnt sind, bleiben eigenartig unkommentiert, als ob es sich von selbst verstünde, warum damals Wohnhäuser ihre Schokoladenseite samt Wintergärten und Balkonen stets zur Straße zeigten und nicht zum Garten und zur Sonne. Man

bekommt zwar ein umfassendes und wohlstrukturiertes Bild des stadtbaugeschichtlichen Sonderfalls Oldenburgs in seinen bauhistorischen und architektonischen Facetten. Die eigentlich spannende Frage aber, wie es zu diesem Sonderfall kam, bleibt trotz einiger vager Fingerzeige nach wie vor offen. Nur mit der »Vorliebe der Oldenburger« für die Bauform des freistehenden Einfamilienhauses, an verschiedenen Stellen des Buches ins Feld geführt, und der zaghaften Industrialisierung dürfte er nicht zu erklären sein. Es bleibt für Oldenburg noch zu tun, was K. Schwarz für das Bremer Haus, einen anderen stadtbaugeschichtlichen Sonderfall, herausgearbeitet hat.² Die Chance, über das Studium der Ausnahme den Bestimmungsgründen für den Regelfall auf die Spur zu kommen, ist noch offen. Für jeden, den die regionalen Differenzierungen im Wohnungsbau in der Hochphase der Industrialisierung im Deutschland des 19. Jahrhunderts interessieren, bietet das Buch eine Fülle differenziert aufbereiteten Materials. Nur das Lesen ist etwas umständlich, da die dem Text zugeordneten zahlreichen Abbildungen am Ende des Buches zusammengefaßt sind, was den Leser ständig zum Blättern zwingt.

Anmerkungen

¹ Braun, Hermann / Michael Neumann (1978): Die Oldenburger Neustadtquartiere – Dobben und Haarenesch, Oldenburg 1978.

² Schwarz, K. (1976): Wirtschaftliche Grundlagen der Sonderstellung Bremens im Deutschen Wohnungsbau des 19. Jahrhunderts – Das Beispiel östliche Vorstadt, in: Bremer Jahrbuch, Bd. 54, 1976, S. 21–68.

Oldenburg

Johann Jessen

Denkmalschutz / Naturschutz

Naturschutz- und Landschaftspflegerecht Schleswig-Holstein

Vorschriftensammlung (einschließlich Denkmalschutzgesetz) mit einer erläuternden Einführung
bearbeitet von **Dr. jur. Jost-Dietrich Busch**,
Ministerialrat im Innenministerium
1984. Format DIN A 5. Kartiert. 184 Seiten.
DM 59,-.
ISBN 3555101390

Denkmalschutz und Denkmalpflege in Rheinland-Pfalz

Kommentar für die Praxis
von **Ernst-Rainer Hönes**, Regierungsdirektor
im Kultusministerium Rheinland-Pfalz,
mit einem Vorwort von **Dr. Georg Gölder**,
Kultusminister
1984. Format DIN A 5. Kartiert. 224 Seiten.
DM 86,-.
ISBN 3555450743

Naturschutz und Landschaftspflege in Rheinland-Pfalz

Vorschriftensammlung mit einer ausführlichen
erläuternden Einführung
bearbeitet von **Klaus Gienandt**, Ministerialrat
im Ministerium für Soziales, Gesundheit und
Umwelt, mit einem Vorwort von Staatsminister
Rudi Geil
1983. Format DIN A 5. Kartiert. 136 Seiten.
DM 54,-.
ISBN 3555450611

Hessisches Denkmalschutzrecht

Kommentar
von **Dr. Dr. Siegfried Dörffeld**, Ministerialrat
im Kultusministerium des Landes Hessen mit
einem Vorwort von **Prof. Dr. Gottfried
Kiesow**, Leiter des Amtes für Denkmalpflege
im Lande Hessen
Format DIN A 5. Kartiert. 200 Seiten.
DM 64,-.
ISBN 3555400444

Denkmalrecht Nordrhein-Westfalen

Kommentar
von **Dr. Hans Georg Gahlen**, Ministerialrat,
und **Horst Dieter Schönstein**, Oberamtsrat,
beide im Ministerium für Landes- und Stadt-
entwicklung
1981. Format DIN A 5. Kartiert. 176 Seiten.
DM 44,-.
ISBN 355530190 X

Bayerisches Denkmalschutzgesetz Kommentar

3., neubearbeitete und erweiterte Auflage
von **Dr. Wolfgang Eberl**, Ltd. Ministerialrat
im Bayer. Staatsministerium für Unterricht
und Kultus, Generalkonservator **Dr. Michael
Petzet**, Leiter des Bayer. Landesamtes für
Denkmalpflege, und **Dr. Dieter Martin**, Ltd.
Regierungsdirektor beim Bayer. Landesamt
für Denkmalpflege
1985. Format DIN A 5. Kartiert.
Ca. 270 Seiten. Ca. DM 86,-.
ISBN 3555500678

Schutz und Pflege von Baudenkmalern in der Bundesrepublik Deutschland

Ein Handbuch

Herausgegeben von **Dr. August Gebeßler**,
Präsident des Landesdenkmalamtes
Baden-Württemberg, und **Dr. Wolfgang
Eberl**, Ministerialrat im Bayerischen Staats-
ministerium für Unterricht und Kultus,
München
1980. Format DIN A 5. 474 Seiten
mit zahlreichen Zeichnungen und Fotos.
Leinen. DM 96,-.
ISBN 3170049879

Naturschutz als kommunale Aufgabe

Verfassungsrechtliche Bestimmung von
Zulässigkeit und Grenzen kommunaler
Aufgabenerfüllung im Naturschutz
von **Dr. Herbert Diemer**
1982. Format DIN A 5. Kartiert. 172 Seiten.
DM 39,-.
ISBN 3555005286
Band 22 der Reihe
„Schriften zur Öffentlichen Verwaltung“

Bewertungssystem für Umwelteinflüsse

Nutzungs- und wirkungsorientierte
Belastungsermittlung auf ökologischer
Grundlage
von **Dr. Ing. Jürgen Pietsch**, unter Mitarbeit
von **Dipl.-Ing. Franz-Josef Wallmeyer**,
beide Universität Essen, Arbeitsgruppe
Umweltbewertung (AUBE)
1983. Format DIN A 5. Kartiert. 160 Seiten.
DM 24,-.
ISBN 3555005790

Bitte fordern Sie unseren Fachkatalog an!

INHALTSVERZEICHNIS

ABHANDLUNGEN

MARTIN GRASSNICK, Das Problem einer möglichen Erweiterung historischer Stadt-Systeme	105
GÁBOR CSANÁDI / JÁNOS LADÁNYI, Der erste Generalbebauungsplan von Budapest	130
DIETER HENNICKEN / VOLKER ROSCHER, Entwerfen und wissenschaftliche Methode. Zum Amsterdamer Generalplan von 1934	141
GERD KOCH / ANN KATHRIN SCHEERER, Peking baut um. Tendenzen der chinesischen Stadtpla- nung und Denkmalpflege	165
RAINER REINISCH, Altstadterhaltung und Stadtsanierung in Österreich	186
ANDREAS FELDTKELLER, Altstadtsanierung: zum Beispiel Tübingen	195

DIE AUTOREN	219
-----------------------	-----

NOTIZEN	220
-------------------	-----

BESPRECHUNGEN	224
-------------------------	-----

Außereuropäische Stadtgeschichte

RICHARD PANKHURST, History of Ethiopian Towns, From the Middle Ages to the Early Nineteenth Century (H. Scholler)	224
--	-----

Bau- und Stadtplanungsgeschichte

MICHEL NEUMANN, Stadtplanung und Wohnhausbau in Oldenburg 1850–1914 (J. Jessen)	226
---	-----